

DIE PATRIARCHALVERFASSUNG DER UNIERTEN KIRCHE

von

Franz Xaver Sieß

aus Höflarn



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548806_0018

Die Patriarchalverfassung der Unierten Kirche

Inaugural-Dissertation
der Juristischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen



vorgelegt von
Franz Xaver Sieß
aus Höflarn

Approbiert am: 22. Juli 1959

Referent: Professor D.Dr.Hans Liermann
Dekan: Professor Dr.Heinrich Hubmann

Inhaltsübersicht

§ 1 Einleitung	9
----------------------	---

I. Teil

Die Stellung des Patriarchen nach dem neuen
Recht der Ostkirche

1. Kapitel: Die hierarchische Gliederung der Ostkirche

§ 2 Das Patriarchat	27
---------------------------	----

§ 3 Die übrigen Formen der hierarchischen Gliederung	32
---	----

2. Kapitel: Die Besetzung des Patriarchen- stuhls

§ 4 Das Wahlrecht der Bischöfe	37
--------------------------------------	----

§ 5 Die Kontrollrechte des Apostolischen Stuhls .	40
---	----

3. Kapitel: Die Rechte und Pflichten des Patriarchen

1. Unterkapitel: Die geistliche Verwaltung des Patriarchats

§ 6 Die allgemeinen Verwaltungsaufgaben des Patri- archen und das Verhältnis der Patriarchal- gewalt zum päpstlichen Primat	42
---	----

§ 7 Die Jurisdiktion des Patriarchen über die Metropolitanen und Bischöfe seines Patriarchats	67
--	----

§ 8 Die Jurisdiktion des Patriarchen über den Klerus und die Gläubigen des Patriarchats ...	81
--	----

§ 9 Das Ordenswesen in den Patriarchaten	87
--	----

§10 Die Jurisdiktion des Patriarchen über Ritusangehörige außerhalb des Patriarchats ..	97
--	----

2. Unterkapitel: Die Teilhabe des Patriarchen an den übrigen Funktionen der Jurisdiktion

§11 Der Patriarch und die Gesetzgebung	103
--	-----

§12 Die Zuständigkeit des Patriarchen im Bereich der Rechtsprechung	105
--	-----

4. Kapitel: Die Vorzugsrechte des Patriarchen	
§13 Die Privilegien des Patriarchen	111
§14 Die Stellung des Patriarchen in der Gesamtkirche	112
5. Kapitel: Die interimistische Verwaltung des Patriarchats	
§15 Die Sedisvakanz	117
§16 Die Sedisimpendenz	120

II. Teil

Die übrigen gesetzlichen Organe der Patriarchalverfassung

6. Kapitel: Die Kurie des Patriarchats	
§17 Allgemeines	123
§18 Die Ständige Synode	126
§19 Das Patriarchalgericht	132
§20 Die übrigen Ämter der Kurie	134
7. Kapitel: Die Patriarchalsynode	
§21 Die Einberufung der Synode und ihre Mitglieder	136
§22 Die Aufgaben der Synode	137
Anhang	139

Literaturverzeichnis

1. Literatur zur Einführung

- Benz, Ernst, Geist und Leben der Ostkirche, Hamburg 1957.
Koehler, Wilhelm, Die Katholischen Kirchen des Morgenlandes, Darmstadt 1896.
Seraphim, Die Ostkirche, Stuttgart 1950.
Silbernagl, Isidor, Verfassung und gegenwärtiger Bestand sämtlicher Kirchen des Orients, 2. Auflage, herausgegeben von Schnitzer Jos., Regensburg 1904.
De Vries, Wilhelm, Der christliche Osten in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1951.
Zankow, Stefan, Das orthodoxe Christentum des Ostens, Berlin 1928.

2. Literatur zum Thema

- Annuario Pontificio, Jahrbuch der Katholischen Kirche, Rom 1958.
Bender, L., CLAUSULA IN CAN. 142 NOVI IURIS ORIENTALIS ADIECTA AD TEXTUM CAN. 201 §1, REVUE DE DROIT CANONIQUE, STRASBOURG 1957, 378 ff.
Buchberger, Michael, Lexikon für Theologie und Kirche, X Bände, 1. Auflage, Freiburg 1930 - 1938.
Herder-Korrespondenz, Das kanonische Recht für die katholischen Kirchen der nichtlateinischen Riten, Freiburg, Jahrgang XII, 158 ff.
Herder-Korrespondenz, Ostkirchliche Einwände gegen das neue Kanonische Recht für die Orientalischen Kirchen, Freiburg, Jahrgang XIII, 84 ff.
Mörsdorf, Klaus, Streiflichter zum neuen Verfassungsrecht der Ostkirche, MÜNCHENER THEOLOGISCHE ZEITSCHRIFT, München 1957, 235 ff.

3. Literatur zum lateinischen Recht

- Eichmann-Mörsdorf, Lehrbuch des Kirchenrechts, 3 Bände, 8. Auflage, Paderborn 1953, 1954.
Jone, Heribert, Gesetzbuch der lateinischen Kirche, 3 Bände, 2. Auflage, Paderborn 1950, 1952, 1953.

Gesetzestexte

- AAS, 12 Martii 1949, S.89 ff., MP "Crebrae allatae",
Eherecht der Ostkirche.
- AAS, 6 Ianuarii 1950, S.5 ff., MP "Sollicitudinem
Nostram", Prozeßrecht der Ostkirche.
- AAS, 22 Februarii 1952, S.65 ff., MP "Postquam Aposto-
licis Litteris", Ordensrecht, Vermögensrecht und
Begriffsbestimmungen des Ostrechts.
- AAS, 15 Augusti 1957, S.433 ff., MP "Cleri sanctitati",
Verfassungsrecht der Ostkirche.
- AAS, 21 Augusti 1958, S.550, eine Klarstellung und Ab-
änderung des can.215 des Verfassungsrechts.

Abkürzungsverzeichnis

Annuario Pon-

- tificio Annuario Pontificio für das Jahr 1958.
- CIC Codex Iuris Canonici für die Latei-
nische Kirche.
- HK XII Herder-Korrespondenz, Jahrgang XII.
- HK XIII Herder-Korrespondenz, Jahrgang XIII.
- IOiud. Prozeßrecht der Ostkirche.
- IOmatr. Eherecht der Ostkirche.
- IOpers. Verfassungsrecht der Ostkirche.
- IOrel. Ordensrecht der Ostkirche.
- IOsignif. Begriffsbestimmungen für das Recht
der Ostkirche.
- IOtemp. Vermögensrecht der Ostkirche.
- Jone I, II, III Jone, Heribert, Gesetzbuch der latei-
nischen Kirche, 2.Auflage.
- Koehler Koehler, Wilhelm, Die Katholischen
Kirchen des Morgenlandes.
- Lexikon I, II usf. . Buchberger, Michael, Lexikon für
Theologie und Kirche, 1.Auflage.
- Mörsdorf I, II, III Eichmann-Mörsdorf, Lehrbuch des
Kirchenrechts, 8.Auflage.
- Mörsdorf Mörsdorf, Klaus, Streiflichter zum
neuen Verfassungsrecht der Ostkirche.

Silbernagl Silbernagl, Isidor, Verfassung und
gegenwärtiger Bestand sämtlicher
Kirchen des Orients, 2.Auflage, her-
ausgegeben von Schnitzer Jos.

De Vries De Vries, Wilhelm, Der christliche
Osten in Geschichte und Gegenwart.

Mit "can." sind in §9 Kanones des Ordensrechts, in §12
Kanones des Prozeßrechts, in allen übrigen Paragraphen
sowie im Anhang Kanones des Verfassungsrechts gemeint.



§1. Einleitung

Die Katholische Kirche gilt allgemein als das Musterbeispiel einer straff und einheitlich gegliederten, zentral geleiteten religiösen Gemeinschaft. Diese Auffassung ist daraus zu erklären, daß man die Katholische Kirche - im Grunde zu Unrecht - mit der Lateinischen Kirche identifiziert. Daß diese Gleichsetzung nicht berechtigt ist, zeigen die bestehenden Unionen in aller Deutlichkeit. Die Lateinische Kirche ist nur ein Ritus, nur ein Teil der Katholischen Kirche. Dieser Tatbestand ist nicht erst das Ergebnis der Unionen, sondern war schon in frühchristlicher Zeit gegeben. Die Riten der Kirche beruhen auf der Verschiedenartigkeit der Kulturen im Römischen Weltreich, dem Nährboden des Christentums.

Insbesondere die orientalischen Riten enthalten viel urchristliches Gedankengut, das der weiteren Pflege und Erhaltung würdig ist. Eine Vereinheitlichung ist daher nicht am Platze. Vielmehr ist der Fortbestand aller Riten der Kirche zu sichern.

Gewiß ist es nicht Aufgabe des Codex Iuris Canonici, Fragen des Ritus und der Liturgie zu regeln (CIC can.2). Aber andererseits können die eigenartigen Verhältnisse einer Ritusgemeinschaft eine besondere Gestaltung der kirchlichen Jurisdiktion um des Ritus willen erfordern (Vergl.can.260 ff.). Derartige Gesichtspunkte würden jedoch für sich allein die Schaffung eines eigenen Kodex für die Ostkirche nicht rechtfertigen. Es muß noch ein anderer gewichtiger Grund dafür vorhanden sein, daß nach CIC can.1 dieses Gesetzbuch nur für die Lateinische Kirche gilt. Die Lateinische Kirche und die Ostkirche unterscheiden sich außer im Ritus vor allem noch durch die Art ihrer hierarchischen Verfassung. Durch die ihr eigene Patriarchalverfassung erhält die Ostkirche ein ganz anderes Gesicht als die Lateinische Kirche. Dabei ist die hierarchische Gliederung der beiden Kirchen im Grunde genommen gar nicht verschieden, denn auch die Lateinische Kirche hat ihren Patriarchen, den Bischof von Rom. Entscheidend ist jedoch, daß hier die Patriarchalgewalt in

der Primatialgewalt aufgeht, während sie dort eine eigenständige hierarchische Stufe zwischen Primat und Episkopat darstellt. Der CIC unterscheidet nicht zwischen den Rechten des Papstes und den Rechten des abendländischen Patriarchen. Für den Bereich der Ostkirche ist die positivrechtliche Trennung von päpstlichen und patriarchalen Rechten erforderlich, da die Rechtsträger nicht identisch sind.

Der andersgeartete Kulturkreis, dem die Ostkirche entwachsen ist, hat im Verhältnis der beiden Kirchen weitere Unterschiede zur Folge. Es ist eine Eigenart des Vorderen Orients, daß die nationalen Gruppen nicht nebeneinander, sondern untereinander leben. Und diese nationalen Gruppen sind nicht selten religiöse Gruppen, die durch das gemeinsame Band des Blutes, des Glaubens, der Liturgie und der kirchlichen Hierarchie zusammengehalten werden. Seinen Höhepunkt erreichte dieses Personalprinzip unter der Herrschaft des Islams, als die christliche Bevölkerung ihrem geistlichen Oberhaupt auch in weltlichen Dingen unterstellt wurde(1). Eine Folge dieses personalbezogenen Denkens ist die mehr oder minder weitgehende Abhängigkeit auswärtiger Ritusgemeinschaften von ihrem Heimatverband.

Es ließe sich noch eine Fülle solcher ostkirchlicher Eigenheiten aufzählen, die es unmöglich oder doch nicht ratsam erscheinen lassen, der Ostkirche das Recht der Lateinischen Kirche aufzuzwingen. Zu dieser Erkenntnis ist man zum Schaden der kirchlichen Einheit erst spät gelangt. Sowohl die bestehenden als auch die möglichen Unionen haben durch die angeblichen und tatsächlichen Latinisierungstendenzen Roms oft Schaden gelitten. Die schismatischen Kirchen wußten nie so recht, was nach einer Union von ihrer Selbständigkeit noch übrigbleiben würde.

Die bisherige Rechtsordnung der mit Rom unierten Kirchen baute in erster Linie auf den Unionsdekreten auf. Besondere Bedeutung erlangte dabei die Bulle Reversurus vom 12. Juli 1867, die auf mehrere Unionen Anwendung fand.

(1) Vgl. HK XII S.158

Auf diese Weise kam eine einheitliche Linie in das Recht der Unierten Kirche. Im übrigen wurde der Rechtszersplitterung innerhalb der Gesamtkirche nur durch die unbedingte Forderung nach Unterwerfung der Unierten unter das *ius divinum* Einhalt geboten(2).

So sehr der neu entstehende Kodex die Eigenheiten der Ostkirche berücksichtigt und vom CIC abweicht, bringt er doch eine weitgehende Rechtseinheit und zwar in zweifacher Hinsicht. Einmal erhalten die verschiedenen Riten der Ostkirche jetzt - vom Partikularrecht abgesehen - die völlige Rechtseinheit. Zum anderen wird auch zwischen der Orientalischen und der Lateinischen Kirche die Rechtseinheit weitgehend hergestellt. Ein tiefgreifender Unterschied besteht nur im Personenrecht wegen der umfangreichen Rechte des Patriarchen.

Die Kodifikation des ostkirchlichen Rechts ist noch nicht abgeschlossen. Es sind bisher vier Teilpublikationen herausgekommen. Zunächst erschien mit MP "*Crebrae allatae*" vom 12. März 1949 das Eherecht. Mit MP "*Sollicitudinem Nostram*" vom 6. Januar 1950 wurde das Prozeßrecht promulgiert. Am 22. Februar 1952 folgten mit MP "*Postquam Apostolicis Litteris*" das Ordensrecht, das Vermögensrecht und einige Begriffsbestimmungen. Schon aus dem zeitlichen Abstand ist ersichtlich, daß das am 15. August 1957 mit MP "*Cleri sanctitati*" erschienene Personenrecht die größten Schwierigkeiten bereitete. Der erwähnte Abschnitt "*De verborum significatione*" hat im CIC keine Parallele, ist aber angesichts der verworrenen und oft mehrdeutigen kanonischen Begriffe sehr notwendig. Andererseits stehen im Vergleich zum CIC noch aus: der Allgemeine Teil, das Sachenrecht (mit Ausnahme des Eherechts) und das Strafrecht. Nach Abschluß der Teilpublikationen soll das ostkirchliche Recht nach Art des CIC zusammengefaßt werden(3).

In räumlicher Hinsicht ist der Geltungsbereich des Ostrechts nicht eingeschränkt. Es ist zwar für die Gläubigen der Ostkirche bestimmt, gilt aber für diese "ubi-

(2) Koehler S.21

(3) Mörsdorf S.235

que terrarum hi sunt"(MP "Cleri sanctitati"). Das ostkirchliche Recht hat aber einen personell begrenzten Geltungsbereich. Wo verläuft nun diese Grenze? Sicher gehören zu den "Ecclesiae Orientales" alle unierten Gemeinschaften, ganz gleich in welcher hierarchischen Verfassung sie sich befinden. Zu erwägen bleibt, ob der entstehende Kodex auch die Orthodoxe Kirche verpflichten will. Nach kanonischem Recht sind die Orthodoxen Glieder der Katholischen Kirche. Sie unterstehen daher an sich auch den bloßen Kirchengesetzen(CIC can.87,12). Die schismatischen Orientalen gehören aber wohl zur Orientalischen Kirche im Sinne von CIC can.1, unterstehen also nicht dem lateinischen Kodex. Wenn die schismatischen Orientalen schon den Kirchengesetzen unterstellt werden sollten, dann wäre es nur vernünftig gewesen, sie dem für die Unierte Kirche geplanten Kodex zu unterstellen, da die Verhältnisse vielfach gleich oder zumindest ähnlich liegen(4). Aber auch das Ostrecht soll die Orthodoxen nicht verpflichten, da es nur an die Adresse der Unierten gerichtet ist: "Ad venerabiles Patriarchas pacem et communionem cum Apostolica Sede habentes"(MP "Cleri sanctitati"). Im folgenden ist daher unter Ostkirche nur die mit Rom unierte Kirche zu verstehen(5).

Trotz der Beschränkung des Geltungsbereichs auf die Unierte Kirche ist das Ostkirchenrecht so allgemein gehalten, daß es bei künftigen Unionen mit orthodoxen Kirchen ohne weiteres Anwendung finden kann. So steht der Patriarch von Konstantinopel in der Präzedenzordnung an erster Stelle(can.219 §1), obwohl es einen unierten Patriarchen von Konstantinopel nicht gibt. Desgleichen ist im Personenrecht die Stellung eines Katholikos ohne Patriarchentitel und des Maphrian geregelt(6), obwohl die Unierte Kirche in ihrem jetzigen Bestand diese beiden

(4) Medawar, HK XIII S.86: "durch tausend Bande verbunden".

(5) Mörsdorf S.235, HK XII S.158

(6) Der Titel Katholikos, Bevollmächtigter für alle Angelegenheiten, kam ursprünglich nur dem obersten Bischof von Großarmenien zu, der anfangs als Untermetropolit unter Cäsarea stand, dann aber selbständig wurde und den späteren Patriarchen der armenischen Kirche übergeordnet war(Silbernagl S.195 ff.). In der Folge-

Würdenträger nicht kennt. Das neue Ostrecht ist auch dann allgemein gehalten, wenn die betreffende Bestimmung ersichtlich nur auf einen Ritus Anwendung findet(7).

Im Vergleich zum CIC fallen beim neuen Ostrecht, insbesondere beim Recht des Patriarchen, die ungleich zahlreicheren Vorbehalte zugunsten des Partikularrechts auf (can.227,260,261). Die Bedeutung des Partikularrechts ist dabei sehr verschieden. Selten sind die Fälle, daß das gemeine Recht überhaupt nichts bestimmt und einen ganzen Fragenkomplex dem Partikularrecht zur ausschließlichen Regelung überläßt. Hierher gehört etwa das Recht jener Kleriker, die nur die niederen Weihen empfangen(can.40). Der Normalfall ist der, daß das gemeine Recht selbst etwas regelt, aber auf Grund eines Vorbehalts zugunsten des Partikularrechts zurücktritt, wenn dieses etwas anderes bestimmt(can.227,229 §1 S.2,469). Rechtlich interessanter sind die Fälle des Ineinandergreifens von partikularem und gemeinem Recht(can.261,262; Näheres in §10).

Das grundsätzliche Verhältnis von gemeinem und partikularem Recht ist noch nicht geregelt, da der Allgemeine Teil noch aussteht. Es ist jedoch eine dem CIC entsprechende Regelung zu erwarten. Da das gemeine Recht zahlreiche Vorbehalte zugunsten des Partikularrechts enthält, kann eine dem CIC can.6 n.1 entsprechende Bestimmung ergeben, ohne daß das Partikularrecht dadurch beeinträchtigt wird, sofern und soweit dies wünschenswert ist und demzufolge entsprechende Vorbehalte gemacht sind. Desgleichen

zeit gab es auch in anderen Kirchen Bischöfe mit diesem Titel, die aber teilweise den Patriarchen untergeordnet waren. Als Maphrian bezeichnete man den obersten Bischof der syrisch-jakobitischen Kirche in Persien, der aber vom Patriarchen in Antiochien abhängig war(Mörsdorf S.250, Silbernagl S.308). Nach can.335 §1 steht ein uniierter Katholikos ohne Patriarchentitel einem Erzbischof im Sinne des Ostrechts gleich. Dasselbe gilt nach can.335 §2 grundsätzlich auch für den Maphrian, wenn auch mit Rücksicht auf dessen Unterordnung unter einen Patriarchen gewisse Einschränkungen gemacht sind, durch die die Stellung des Maphrian derjenigen des Metropolitens angepaßt wird.

(7) Vgl. can.52, der nur für die Maroniten von Bedeutung ist(Mörsdorf S.239).

kann der dem Partikularrecht freundliche can.22 ohne weiteres in das Ostkirchenrecht übernommen werden. CIC can. 22 regelt ganz allgemein das Verhältnis gemeiner Kirchengesetze zum Partikularrecht, während can.6 n.1 speziell das Verhältnis des Kodex zum Partikularrecht betrifft. In can.6 n.1 wird die Regel des can.22 umgekehrt: das Partikularrecht bleibt nur ausnahmsweise bestehen(8).

Von besonderer Bedeutung für das Ostkirchenrecht ist die Frage, ob der Vorrang des can.22 bzw. ein Vorbehalt nach can.6 n.1 nur dem vorhandenen Partikularrecht zugute kommt oder ob auch in Zukunft partikulares Recht geschaffen werden kann. Diese Frage ist für die beiden Bestimmungen getrennt zu beantworten.

Ergeht außerhalb des Kodex ein Kirchengesetz, so bleiben widersprechende partikulare Gesetze in Kraft(CIC can. 22). Die partikularen Gesetze können auch abgeändert werden. Werden sie aber von zuständiger Seite ersatzlos aufgehoben, dann tritt für das betreffende Territorium oder die entsprechende Personengemeinschaft das gemeine Gesetz an die Stelle der aufgehobenen partikularen Gesetze. Denn das gemeine Recht gilt überall, wo Partikularrecht nicht oder nicht mehr besteht. Das Inkraftsetzen neuen Partikularrechts, ganz gleich ob solches früher bestand oder nicht, wäre nur unter gleichzeitiger Ausschaltung des nunmehr geltenden gemeinen Rechts möglich. Ein unter dem Papst stehendes Gesetzgebungsorgan ist aber dazu nicht befugt.

Widerspricht partikulares Recht dem Kodex, dann bleibt das erstere nur auf Grund eines Vorbehalts des Kodex in Kraft(CIC can.6 n.1). Auch in diesem Falle kann das Partikularrecht abgeändert werden. Wird es aufgehoben, dann tritt das gemeine Recht des Kodex an seine Stelle. Im Gegensatz zu can.22 ermöglicht ein Vorbehalt gemäß can.6 n.1 die Schaffung neuen Partikularrechts(9), gleichgültig ob früher solches bestand oder nicht. Beim Erlass eines partikularen Gesetzes tritt das Recht des Kodex wieder zurück.

(8) Mörsdorf I S.126, Jone, Kan.6 n.1

(9) Jone, Kan.6 n.1

Dies geschieht kraft der Intention des übergeordneten Gesetzgebers und des Vorbehalts des CIC, daß das gemeine Recht nur insofern und solange Gültigkeit haben soll, als partikularrechtlich nichts anderes bestimmt ist. Die Wendung "nullatenus derogat" in can.22 macht ersichtlich, daß nur vom bestehenden Partikularrecht die Rede ist. Demgegenüber wird mit den Worten "firmo iure particulari" oder dergl. auch noch eine Gesetzgebungskompetenz begründet. Soweit also der entstehende Kodex, der hier allein interessiert, einen Vorbehalt macht, ist der partikuläre Gesetzgeber zeitlich unbeschränkt zuständig.

Die große Bedeutung des Partikularrechts hat die nachteilige Folge, daß es trotz ausführlicher Vorschriften des gemeinen Rechts(z.B. can.260,261) unbestimmt bleibt, was in den einzelnen Riten eigentlich Rechtens sein soll. Andererseits wird den orientalischen Riten dadurch die Möglichkeit gegeben, innerhalb der Gesamtkirche und auch noch innerhalb der Ostkirche ein nennenswertes Eigenleben zu führen.

Hier drängt sich die Frage auf, weshalb es nur in der Ostkirche und nicht auch in der Lateinischen Kirche ein solches Eigenleben gibt. Eine sachliche Berechtigung, dies sei vorweggenommen, hat diese Frage nicht. Sie geht am Kern der Sache vorbei. Das interrituelle Verkehrsrecht geht zutreffend von dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Riten aus. In der Lateinischen Kirche überwiegt der römische Ritus bei weitem. Der ambrosianische und der mozarabische Ritus sind zudem keine selbständigen Riten in dem personenrechtlichen Sinne, daß ihre Angehörigen innerhalb der Lateinischen Kirche eine rechtlich abgegrenzte Personengemeinschaft darstellen würden. Ritus hat hier nur liturgische, keine personenrechtliche Bedeutung. Ritus im Sinne einer rechtlich zusammengehörigen Personengemeinschaft hat die Lateinische Kirche nur einen. Man spricht daher in dieser Hinsicht allgemein nur vom lateinischen Ritus(10).

Ganz anders ist das bei der Ostkirche. "Ostkirche" ist

(10) Can.42 §1, Mörsdorf I S.71,73

nur ein Sammelbegriff für alle orientalischen Riten, wobei Ritus hier nicht nur im Sinne einer bestimmten Kultform, sondern auch als Gemeinschaft von Gläubigen zu begreifen ist. Dieser Unterschied zwischen der Lateinischen und der Orientalischen Kirche hat zwangsläufig eine Verschiedenheit der hierarchischen Gliederung zur Folge. Die Lateinische Kirche bildet eine geschlossene Einheit mit dem Patriarchen des Abendlandes - nicht dem Papst! - an der Spitze. Die Ostkirche besteht demgegenüber aus mehreren Gemeinschaften, die a priori nicht mehr miteinander zu tun haben als mit der Lateinischen Kirche.

Aus diesem Grunde ist es nicht ganz richtig, der Lateinischen Kirche die Orientalische Kirche gegenüberzustellen. Letztere ist als Sammelbegriff kein vergleichbares Gegenstück zur Einheit der Lateinischen Kirche. Vom Standpunkt der Gleichberechtigung aller Riten aus ist die Einteilung der Katholischen Kirche in die Lateinische und die Orientalische Kirche nicht zu vertreten. Denn nach diesem Grundsatz bildet nicht nur die Ostkirche in ihrer Gesamtheit, sondern jeder orientalische Ritus für sich allein rechtlich ein äquivalentes Gegenstück zur Lateinischen Kirche.

Die zahlenmäßige Überlegenheit der Lateinischen Kirche ist freilich dazu angetan, den Blick für die richtige Ausgangsposition zu trüben. Rechnerisch wäre es leicht vertretbar zu sagen, daß die orientalischen Riten allenfalls in ihrer Gesamtheit ein annehmbares Gegenstück zur Lateinischen Kirche abgäben. Aber solche Überlegungen dürfen nicht herangezogen werden. Die Katholische Kirche ist zutreffend nicht nach Nationen oder dergl., sondern nach Riten gegliedert und diese sind ohne Rücksicht auf ihre Ausdehnung gleichberechtigt. Es würde gegen die Gleichberechtigung der Riten verstoßen, wenn die Lateinische Kirche nur deshalb Sonderrechte für sich in Anspruch nehmen wollte, weil ihr ca. 97 Prozent aller Katholiken angehören. Bei einer solchen Betrachtung der Dinge kann man in der Schaffung eines eigenen Kodex für die Ostkirche keine ungerechtfertigte Bevorzugung der orientalischen Riten erblicken. Eher könnte man von einer Benachteiligung spre-

chen. Der lateinische Ritus hat ganz für sich allein eine eigene Rechtsordnung. Die orientalischen Riten erhalten dagegen alle zusammen einen einheitlichen Kodex, der von jedem Ritus irgendwelche Umstellungen verlangen dürfte. Daß außerdem das lateinische Recht seitenweise in den Kodex der Ostkirche übernommen wird, sei nur nebenbei erwähnt.

Angesichts der künftigen Existenz zweier Kodizes der Katholischen Kirche erscheint es fraglich, ob und inwieweit man unter diesen Umständen noch von einem gemeinen Kirchenrecht sprechen kann. Selbstverständlich ist das *ius divinum* gemeines Recht, denn es ist schon seiner Natur nach gemeinverbindlich und kann nicht durch eine Kodifikation und Publikation in einem Teil der Kirche in seinem Wesen verändert werden. Sein Wirkungsbereich geht ja über die Kirche selbst hinaus. Gemeines Recht liegt ferner dann vor, wenn in einem Kodex gesagt wird, daß bestimmte Vorschriften auch die anderen Riten verpflichten (can. 15). Gemeinkirchliches Recht im strengen Sinne liegt aber dort nicht vor, wo die beiden Kodizes voneinander abweichen (z.B. CIC can. 88 §1 und can. 17 §1). Aus dem Umstand, daß beide Bestimmungen vom Oberhaupt der Gesamtkirche herrühren, ergibt sich nichts Gegenteiliges. Denn die Frage, ob ein Gesetz gemeines oder partikulares Recht enthält, bestimmt sich nicht nach dem Gesetzgeber, sondern nach dem Geltungsbereich des Gesetzes. Die Vorschriften der beiden Kodizes gelten aber in der Regel nur für einen der beiden Teile der Kirche. Im übrigen ist es eine Selbstverständlichkeit, daß widersprechende Bestimmungen kein gemeines Recht sein können.

Als partikulares Recht sind auch die Vorschriften über solche Materien anzusehen, die nur in einem der beiden Kodizes geregelt sind. Hierher gehören die Bestimmungen über die Stauropegien, nicht aber die Kanones über die Rechte des Patriarchen nach dem neuen Ostrecht, denn das Recht der Patriarchen ist auch im CIC abschließend geregelt (can. 271). Schwierig ist die Frage, ob man von gemeinem Recht sprechen kann, wenn beide Kodizes wörtlich

übereinstimmen. Die Rechtslage ist dann in der ganzen Kirche die gleiche, was an sich für die Annahme von gemeinem Recht spricht. Dem steht entgegen, daß sowohl die Lateinische wie auch die Orientalische Kirche nur durch den für sie geltenden Kodex verpflichtet wird. Nicht die inhaltliche Übereinstimmung, sondern der Geltungsbereich der beiden Kodizes ist entscheidend. Eine in der ganzen Kirche einheitliche Rechtslage kann auch dadurch zustande kommen, daß alle partikularen Gesetzgeber übereinstimmende Gesetze erlassen. Sie können dabei kein gemeines Recht schaffen, weil jedes Patriarchat nur an das eine Gesetz gebunden ist, das es selbst erlassen hat. Das zeigt sich vor allem dann, wenn ein partikularer Gesetzgeber sein Gesetz ändert oder aufhebt. Das gleiche gilt auf staatsrechtlichem Gebiet: übereinstimmende Ländergesetze schaffen kein Bundesrecht. In der Kirche kann auch der Papst partikulares Recht setzen. Ein Gesetz mit beschränktem Geltungsbereich ist als Partikularrecht zu werten, wobei es unerheblich ist, ob die Beschränkung auf der beschränkten Zuständigkeit des Gesetzgebers beruht oder der Papst ein Gesetz nur für einen Teil der Kirche erläßt. Eine räumliche Grenze ist den beiden Kodizes nicht gesetzt. Es gibt jedoch nicht nur räumliches, sondern auch personelles Partikularrecht (11). Derartiges Partikularrecht liegt nicht schon dann vor, wenn bestimmte Normen nur auf einen durch sachliche Merkmale gekennzeichneten Teil der Gläubigen Anwendung finden, was etwa auf das Ordensrecht zutrifft. Soweit die weltlichen Gläubigen davon nicht betroffen werden, ist das Ordensrecht nicht als personelles Partikularrecht, sondern als spezielles Recht zu verstehen(12). Personelles Partikularrecht liegt aber dann vor, wenn Personen, die grundsätzlich die gleichen Bedingungen erfüllen, an verschiedene (gleichlautende) Gesetze gebunden sind. Das gilt im Verhältnis der lateinischen Orden zu den orientalischen Orden, der lateinischen Gerichte zu den orien-

(11) Vgl. die Ausführungen bei Mörsdorf I S.98

(12) Mörsdorf I S.99

talischen Gerichten usw. Die übereinstimmenden Vorschriften der beiden Kodizes sind daher streng genommen kein gemeinsames Kirchenrecht, sondern gleichlautendes Partikularrecht.

Jeder Kodex geht aber davon aus, daß sein Recht gemeinsames Recht sei. Partikularrecht ist demnach nur jenes Recht, das auf einen noch engeren Kreis als die Lateinische oder die Orientalische Kirche beschränkt ist. Um eine Zweideutigkeit des Begriffes Partikularrecht zu vermeiden und die Terminologie nicht zu erschweren, wird im folgenden die Terminologie der beiden Kodizes beibehalten. Bei Abweichungen hiervon wird besonders darauf hingewiesen. Es ist aber stets im Auge zu behalten, daß die Kodizes in Wahrheit zum größten Teil Partikularrecht enthalten.

Jetzt zeigt sich eindeutig, daß die oben gestellte Frage, warum es innerhalb der Lateinischen Kirche im Gegensatz zur Orientalischen Kirche kein nennenswertes Eigenleben gebe, unbegründet ist. Der CIC ist streng genommen nichts anderes als Partikularrecht des lateinischen Ritus. Es ist in allem den Besonderheiten des lateinischen Ritus Rechnung getragen. Der CIC ist selbst schon ein Ausfluß der eigenen Interessen und Bedürfnisse der Lateinischen Kirche. Ganz anders ist das beim Kodex der Ostkirche. Dieser gilt für alle orientalischen Riten und kann somit nicht sämtlichen Eigenheiten der einzelnen Riten gerecht werden. Daher ist z.B. der armenische Ritus zunächst einmal schlechter gestellt als der lateinische, weil er kein Gesetzbuch erhält, das gerade seinen Verhältnissen und seiner Tradition entspräche. Diesen Nachteil auszugleichen, ist der Sinn der vielen Vorbehalte zugunsten des Partikularrechts. Und die orientalischen Gemeinschaften müssen von diesen Möglichkeiten uneingeschränkten Gebrauch machen, wenn sie trotz des gemeinsamen Kodex zu einem Eigenleben kommen wollen, wie es die Lateinische Kirche gegenüber den anderen Riten seit jeher hat.

Den Provinzen und Eparchien der Patriarchate kommt sogar eine geringere Eigenständigkeit zu als denen der Lateinischen Kirche. Überläßt nämlich der CIC etwas dem Par-

tikularrecht, dann sind die Provinzen und, wenn und solange die Provinzialkonzilien untätig bleiben, die Diözesen(Bischöfe) zur Rechtssetzung befugt. Demgegenüber kommt den Provinzen eines Patriarchats überhaupt keine Gesetzgebungskompetenz zu(can.340 §2). Die Bischöfe eines Patriarchats können zwar für ihre Eparchien partikuläre Gesetze erlassen(can.422,428). Die partikularrechtlichen Möglichkeiten dürfte aber die Patriarchalsynode weitestgehend selbst ausschöpfen und ein für den ganzen Ritus einheitliches Partikularrecht schaffen. Sehr häufig ist für die partikuläre Gesetzgebung überhaupt nur die Patriarchalsynode zuständig(can.216,285). Für eine Gesetzgebung des Bischofs bleibt dabei kaum noch etwas übrig.

Die beachtliche Bedeutung des Partikularrechts und die Tatsache, daß große Teile des CIC in das Ostrecht übernommen werden, dürfen aber nicht zu der irrigen Ansicht verleiten, daß es allein dem Partikularrecht überlassen bliebe, das Recht der Lateinischen Kirche für die Ostkirche brauchbar zu machen. Das Partikularrecht hat die gewiß nicht zu unterschätzende Aufgabe, das Ostrecht den speziellen Verhältnissen des jeweiligen Ritus anzugleichen. Die Umgestaltung des als Vorbild dienenden CIC entsprechend den allgemeinen Verhältnissen der orientalischen Riten erfolgt jedoch durch das gemeine Recht selbst. Am bemerkenswertesten sind die durch die Patriarchalverfassung bedingten Änderungen. Aber auch sonst weicht das neue Recht gelegentlich vom CIC ab, um den generellen Eigenheiten der Ostkirche Rechnung zu tragen.

Hierher gehören z.B. einige Bestimmungen des allgemeinen Personenrechts. Die Volljährigkeit beginnt schon mit Vollendung des 18. und nicht erst des 21. Lebensjahres. Bei der Ermittlung des Verwandtschaftsgrades werden ebenso wie im deutschen Familienrecht die Geburten auf beiden Seiten gezählt(can.17,24).

Bemerkenswert ist die Regelung des Zölibats. Can.68 spricht überraschenderweise von einer einmütigen Tradition der Orientalischen und der Lateinischen Kirche. Diese Einmütigkeit kann sich nicht auf die beiderseitige ge-

setzliche Regelung beziehen, denn diese ist ja verschieden. Gemeint ist, daß der Stand der Ehelosigkeit in Befolgung des Paulinischen Rates im Osten wie im Westen immer als der vollkommenere Stand angesehen wurde(13). Trotzdem wird der Zölibat nicht allgemein eingeführt. Man hütet sich vor radikalen Neuerungen, wenn auch die gegenwärtigen Zustände den Wünschen der Kirche nicht entsprechen(vergl. can.501). Nur für den Bischof schreiben die allgemeinen Normen über den Klerus die Ehelosigkeit vor(can.69). Praktisch wird sie aber auch vom Synkellus gefordert(can.433).

Die Kleriker sind vom Subdiakonat aufwärts unfähig, eine Ehe einzugehen(can.70). Im übrigen ist die Regelung des Zölibats dem Partikularrecht überlassen. Dieses hat drei Möglichkeiten. Es kann gestatten, daß die Kleriker vor dem Subdiakonat eine Ehe schließen und sie nach dem Empfang der höheren Weihen fortsetzen. Es kann aber nicht gestatten, daß die Kleriker nach dem Subdiakonat eine (zweite) Ehe eingehen.

Das Partikularrecht kann demgegenüber auch bestimmen, daß verheiratete Kleriker nicht geduldet werden(can.72). Die niederen Kleriker können dann zwar eine gültige Ehe eingehen, scheiden aber dadurch automatisch aus dem geistlichen Stand aus. Wer gutgläubig eine höhere Weihe empfängt, darf sie nicht ausüben. Diese Regelung entspricht derjenigen der Lateinischen Kirche(can.132 §§2,3).

Es kann aber auch ein Mittelweg gewählt werden. Den niederen Klerikern kann die Eingehung einer Ehe mit der Maßgabe gestattet werden, daß sie die höheren Weihen nicht erhalten, aber trotzdem Kleriker bleiben(can.71: "vel etiam ad eosdem ab iisdem ordinibus arcendos"). Die Rechtsstellung dieser Kleriker ist vom Partikularrecht zu regeln(can.40). Doch soll damit nicht gesagt sein, daß alle unter can.40 fallenden Kleriker gerade durch eine Ehe am Empfang der höheren Weihen gehindert sind. Das Hindernis kann auch anderer Art sein, z.B. in der mangelnden Ausbildung des Klerikers bestehen.

Bei anderen Differenzen zwischen den beiden Kodizes ist ein Durchbruch neuer Rechtsauffassungen erkennbar, die früher oder später auch in den Kodex der Lateinischen Kirche Eingang finden werden. Zweifellos gehört can.528 hierher, der im Vergleich zum CIC den gebildeten Laien eine aktivere Rolle einräumt. Ebenso macht sich die Rechtsentwicklung im Prozeßrecht bemerkbar. Während der CIC im ersten Teil des vierten Buches hauptsächlich nur den einen (Zivil-)Prozeß bringt, ist das Prozeßrecht der Ostkirche differenzierter. Es ist eine allgemeine Prozeßordnung vorausgeschickt, die allerdings nur die can.1552 bis 1705 des CIC unter einem anderen Titel bringt. Von Bedeutung ist jedoch, daß der Strafprozeß nunmehr gegenüber dem Zivilprozeß eine eigenständige Verfahrensweise ist, während er im CIC gleich dem Eheprozeß oder Weiheprozeß nur als eine Abart des Zivilprozesses erscheint.

Ein weiteres Beispiel für die Rechtsentwicklung ist can.490 §1 n.2, der bestimmt: "Non admittitur tamen, ut ipsamet persona moralis sit parochus". Die volle Einverleibung einer Pfarrei ist nur mit der Einschränkung zulässig, daß die juristische Person nicht selbst Pfarrer wird. Die Einverleibung "ad temporalia tantum" ist in der Ostkirche nicht zulässig(can.490 §2). Da das Kloster oder die sonstige juristische Person auch bei der vollen Einverleibung nach can.490 §1 nicht selbst Pfarrer werden kann, erhebt sich die Frage, inwieweit sich die volle Einverleibung des can.490 überhaupt noch von der Einverleibung "ad temporalia tantum" des CIC can.1425 §1 unterscheidet. In beiden Fällen wird das Kloster nicht Eigentümer des Pfarrvermögens(Kirchenstiftung und Pfarrpfünde). Für die Einverleibung "ad temporalia tantum" ergibt sich das schon aus CIC can.1425 §1: "domus religiosa particeps fit solummodo fructuum paroeciae"(14). Das Ostrecht scheint jetzt denen recht zu geben, die schon bisher annahmen, daß das Kloster auch bei voller Einverleibung der Pfarrei nicht Eigentümer des Pfarrvermögens werde(15). Die Pfarrei geht

(14) Mörsdorf II S.424

(15) Mörsdorf II S.425; Jone, Kan.1425 §2a

auch bei voller Einverleibung als juristische Person nicht unter, sondern besteht in anderer Gestalt fort und bleibt vermögensfähig. Can.490 spricht ausdrücklich vom "Patrimonium paroeciae unitae" im Gegensatz zum Vermögen des Klosters. Es ist auch nicht ersichtlich, warum bei der Verbindung zweier Rechtsträger der eine sein Vermögen verlieren sollte, obwohl er weiterhin rechtsfähig bleibt. In die gleiche Richtung weist auch die Entscheidung der CPI vom 25. Juli 1926(16), wonach der Bischof über das Vermögen einer "pleno iure" einverleibten Pfarrei die Aufsicht zu führen hat. Wie sollte er die Aufsicht über das Pfarrvermögen führen, wenn ein solches rechtlich gar nicht vorhanden wäre? Vermögensrechtlich stehen sich die beiden Formen der Einverleibung gleich. Die volle Einverleibung nach can.490 und die "unio ad temporalia tantum" nach CIC can.1425 §1 unterscheiden sich nur dadurch, daß die Pfarrei im ersten Fall ordensgeistlich wird und im zweiten Fall weltgeistlich bleibt. Das ist bei der Bestellung des Pfarrers, der in beiden Fällen vollberechtigter Inhaber des Pfarramtes wird, zu beachten.

Eine größere praktische Bedeutung kommt der anvertrauten Pfarrrei zu. Sie hat sich auch in der Lateinischen Kirche eingebürgert(17) und jetzt im Ostrecht eine gesetzliche Regelung erfahren. Die Pfarrei kann nur einem Kloster, nicht auch einer sonstigen juristischen Person anvertraut werden. Aus vernünftigem Grund kann der Bischof die Anvertrauung widerrufen und der Klosterobere auf sie verzichten. Das macht die Anvertrauung viel beweglicher als die Einverleibung. Die Pfarrei wird mit der Anvertrauung nicht zu einer ordensgeistlichen Pfarrei, aber dieser analog behandelt(can.492). Man wird daher entgegen CIC can.1425 §1 annehmen müssen, daß auch die bloß anvertraute Pfarrei einen ordensgeistlichen Pfarrer erhält, der unter Mitwirkung des Klosteroberen vom Bischof eingesetzt wird(can.492,497). Die Einkünfte des Pfarrers gebühren dem Kloster, da der ordensgeistliche Pfarrer nicht vermögensfähig ist.

(16) AAS 18,393

(17) Mörsdorf S.253

Im folgenden soll das Kernstück des ostkirchlichen Verfassungsrechts, die Stellung des Patriarchen und seiner Hilfsorgane, näher untersucht werden. Nach einer Darstellung der hierarchischen Gliederung der Ostkirche und der Patriarchenwahl sind die Rechte und Pflichten des Patriarchen zu erörtern. Dabei bieten sich zwei Möglichkeiten an, eine reine Rechtsvergleichung und eine Darstellung nach Sachgebieten. Die erste Art wäre gewiß nicht uninteressant. Die Befugnisse des Patriarchen lassen sich nämlich in drei Gruppen einteilen:

1. Rechte, die in der Lateinischen Kirche allein dem Papst zustehen. Das Ostrecht hat erheblich weniger *causae maiores* als das lateinische Recht. So ist z.B. die Errichtung und Aufhebung von Eparchien(can.248/CIC can.215) oder die Wurzelheilung der Ehe(can.267/CIC can.1141) für die Ostkirche keine *causa maior*.
2. Rechte, die nach dem CIC dem Metropoliten zustehen. Es ist Sache des Patriarchen, Bischofskonferenzen(can.247, 351/CIC can.292) und Synoden(can.340) abzuhalten sowie einen interimistischen Bistumsverwalter zu bestellen(can.470 §2/CIC can.432 §2). Die Befugnisse aus CIC can.274 nn.1 - 7 werden dagegen auch in der Ostkirche vom Metropoliten und nicht vom Patriarchen ausgeübt(can.319).
3. Rechte, die in der Eigenart der Ostkirche begründet sind und in der Lateinischen Kirche keine Parallele haben. Hierher rechnen die Kompetenzen des Patriarchen hinsichtlich der Stauropegien und der Orden patriarchalen Rechts. Ferner zählen dazu auch die Einsetzung der patriarchalen Exarchen(can.388) und die beschränkte Jurisdiktion über Ritusangehörige außerhalb des Patriarchats(can.261,262). Rechte, die nach lateinischem Recht den Bischöfen zustehen, hat der Patriarch nur in Ausnahmefällen(10 rel. can.15).

Diese Darstellung würde jedoch nur zu einer Aufzählung der einzelnen Befugnisse und einem Vergleich der Rechtsträger in Ost und West führen. Es soll aber versucht werden, ein anschauliches Bild von der Verfassung der Ostkirche zu zeichnen. Zu diesem Zwecke empfiehlt sich eine Darstellung

nach Sachgebieten. Für rechtsvergleichende Betrachtungen bleibt auch in diesem Rahmen genügend Platz.

Im zweiten Teil sind die übrigen Organe der Patriarchalverfassung, insbesondere die Ständige Synode, das Patriarchalgericht und die Patriarchalsynode zu erörtern.

Die Darstellung der Patriarchalverfassung der Ostkirche wäre unvollständig, wenn nicht auch die Stellung des Erzbischofs kurz gestreift würde. Das Archiepiskopat ist in vielem ein Abbild des Patriarchats. Daher wird es im Anhang kurz behandelt.

I. Teil

Die Stellung des Patriarchen nach dem neuen Recht der Ostkirche

1. Kapitel

Die hierarchische Gliederung der Ostkirche

§2. Das Patriarchat

Die Ostkirche ist keine Einheit, sondern die Gesamtheit aller orientalischen Ritusgemeinschaften. Dies gilt vor allem in organisatorischer Hinsicht. Die orientalischen Riten haben jetzt zwar eine einheitliche Rechtsordnung bekommen, haben aber nach wie vor keine gemeinsamen ostkirchlichen Organe. Insbesondere fehlt es an einer hierarchischen Spitze. Die Ostkongregation ist kein Organ der Ostkirche, sondern ein Organ der Gesamtkirche, das nur mit ostkirchlichen Angelegenheiten betraut ist. Die einzelnen Ritusgemeinschaften stehen völlig selbständig nebeneinander und haben jeweils ihre eigene Hierarchie. Dies soll nur eine Feststellung sein und keineswegs besagen, daß darin ein Mangel zu erblicken sei.

Das ostkirchliche Recht geht von der Patriarchalverfassung als der historisch gewachsenen Verfassungsform der orientalischen Riten aus.

Die Stellung des Patriarchen beruht nicht auf *ius divinum*. Sie ist letzten Endes nichts anderes als die rechtliche Anerkennung einer faktischen Überlegenheit gewisser Bischöfe über die anderen Bischöfe eines bestimmten Gebietes.

Die Vorläufer der Patriarchen waren im Orient die "Exarchen der Diözesen"(18). Als Exarch wurde in der Urkirche des Orients jeder Metropolit im heutigen Sinne bezeichnet. Die Diözese stand nicht unter der Provinz wie heute, sondern war dieser übergeordnet. Sie ist jünger als die Provinz und war ursprünglich eine Organisationsform des Römischen Reiches. Als die Verwaltung des Imperiums immer schwieriger wurde, faßte man mehrere Provinzen zu großen

(18) Lexikon III S.900

Verwaltungsbezirken, den zwölf Diözesen, zusammen(19). Die kirchliche Gliederung folgte der staatlichen nach. Die faktische Überlegenheit der Bischöfe in den "Diözesanstädten" hatte zwei Gründe: den politischen Vorrang der Hauptstadt und die besonderen Fähigkeiten dieser Bischöfe. Die Kirche war nämlich eifrig bestrebt, die Bischofsstühle in den Hauptstädten der politischen Diözesen mit hervorragenden Männern zu besetzen, die geeignet waren, die Interessen der Kirche bei den staatlichen Behörden zu vertreten. Solche "Exarchen der Diözesen" gab es in den fünf östlichen Hauptstädten des Reiches, nämlich in Alexandria(Ägypten), Antiochia(Orient), Ephesus(Asien), Cäsarea in Kappadokien(Pontus) und Heraklea(Thrakien)(20).

Alexandrien und Antiochien stiegen zu Patriarchaten auf. Dagegen sprach das Konzil von Chalzedon im Jahre 451 die Patriarchalgewalt über die Diözesen Asien, Pontus und Thrakien dem Bischof von Konstantinopel zu. Damit sanken die Exarchen von Ephesus, Cäsarea und Heraklea zu gewöhnlichen Metropolitane herab(21). Seit dieser Zeit war den Inhabern der bischöflichen Sitze von Rom, Konstantinopel, Alexandrien, Antiochien und Jerusalem der Titel Patriarch vorbehalten(22).

Den gleichen Titel führten dann auch die Oberhäupter jener Kirchen, die sich infolge der christologischen Streitigkeiten von der Katholischen Kirche trennten, desgleichen die Oberhäupter der autokephalen Kirchen Bulgariens (vom Jahre 917 an), Serbiens(1346) und Rußlands(1588)(23).

Zur Zeit der Kreuzzüge wurden die vier alten orientalischen Patriarchate als lateinische Patriarchate neu errichtet und waren mit Ausnahme Alexandriens Sitz eines regierenden Bischofs. Nach dem Zeitalter der Kreuzzüge residierten diese lateinischen Patriarchen meist als bloße Titularbischofe in Rom(24).

Anläßlich der Union der Schismatiker kam es zu neuen

-
- | | |
|-------------------------------|--------------------------|
| (19) Annuario Pontificio S.95 | (20) Lexikon III S.900 |
| (21) Lexikon III S.900 | (22) Annuario Pont. S.96 |
| (23) De Vries S.61,65,66 | (24) Annuario Pont. S.96 |

Patriarchaten. In der Katholischen Kirche gibt es heute zwölf Patriarchen, nämlich zwei lateinische, sechs unierte und die vier kleinen Patriarchen. Erstere sind der Papst als Patriarch des Abendlandes und der lateinische Patriarch von Jerusalem, der seit 1847 wieder dort residiert und gewisse Hoheitsrechte über die Gläubigen des lateinischen Ritus in Palästina, Transjordanien und auf Zypern ausübt (25). Die lateinischen Patriarchate von Konstantinopel, Alexandrien und Antiochien werden nicht mehr besetzt, ersteres wird nicht einmal mehr als lateinisches Patriarchat geführt (26).

Die vier kleinen Patriarchen von Venedig, Lissabon, Westindien und Ostindien sind bloße Ehrenpatriarchen ohne patriarchale Jurisdiktion. Nur der Patriarch von Ostindien auf dem Erzsitz von Goa hat einige besondere Befugnisse (27).

Von den sechs unierten Patriarchen führen drei den Titel eines Patriarchen von Antiochien, nämlich der syrische, der maronitische und der melkitische, wobei letzterer auch noch den Titel eines Patriarchen von Alexandrien und Jerusalem führt. Das *Annuario Pontificio* 1958 verzeichnet weiter ein Patriarchat von Alexandrien für die Kopten, ein Patriarchat von Babylon für die Chaldäer und ein Patriarchat von Sis und Zilizien für die Armenier. Mit Ausnahme des maronitischen haben alle unierten Patriarchen einen schismatischen Gegenpatriarchen.

Das Beispiel von Antiochien macht besonders deutlich, daß nicht nur schismatische und unierte Christen, sondern auch noch unierte Christen verschiedener Riten in ein und demselben Gebiet leben. Das ist die zwangsläufige Folge der Anerkennung mehrerer Riten. Daraus entstehen erhebliche Schwierigkeiten für die kirchliche Organisation. Der CIC geht im allgemeinen davon aus, daß alle Gläubigen dem lateinischen Ritus angehören und daher auch dem lateinischen Ortsordinarius unterstehen. Es gilt das territoriale Gliederungsprinzip. Im Westen hat die Kirche lange Zeit konsequent an dem Grundsatz festgehalten, daß es in

(25) *Annuario Pontificio* S.99

(26) Mörsdorf S.245

(27) Mörsdorf I S.376

einer Diözese nur einen Bischof, in einer Pfarrei nur einen Pfarrer geben könne. Dieser Grundsatz ist durch das Breve "Accepimus" Leos X. vom 20. Mai 1521. zum erstenmal durchbrochen worden. Den lateinischen Bischöfen wurde die Einmischung in die Angelegenheiten des griechischen Ritus untersagt. Wo zwei Bischöfe waren, sollte jeder nur die Jurisdiktion über die Angehörigen seines eigenen Ritus haben. Damit war der Grundsatz der Personaldiözese ausgesprochen. Er wurde erstmals in Lemberg praktiziert, wo am Sitz eines lateinischen Erzbischofs am 22.10.1539 ein ruthenischer Bischof eingesetzt wurde(28).

Im Osten war das von jeher anders, da hier Ritus und Nation eng zusammenfallen und deshalb schon aus nationalen Gründen die Territorialdiözese nicht gut möglich ist (29). Can.216 §1 des neuen Ostkirchenrechts bestimmt: "... Patriarchae suo cuique patriarchatui seu ritui tamquam pater et caput praesunt." Das Wörtchen "seu" könnte leicht den Eindruck erwecken als gäbe es in der Ostkirche teils reine Territorialpatriarchate teils reine Personalpatriarchate. Das trifft aber nicht zu. Vielmehr ist das ostkirchliche Patriarchat sowohl territorial als auch personal bestimmt und begrenzt. Die räumliche Begrenzung ergibt sich eindeutig aus can.216 §2 n.2, wo von den Grenzen des eigenen Territoriums die Rede ist. Die personale Ausrichtung ist aus der ganzen Anlage des Ostkirchenrechts, vor allem aus dem Ineinanderleben der verschiedenen Riten zu ersehen. Mit "patriarchatui seu ritui" bzw. "territorii seu ritus" soll zum Ausdruck gebracht werden, daß ein Ritus mehrere oder auch nur einen Patriarchen haben kann. Im ersteren Falle gilt der Patriarch nur als Oberhaupt der Ritusangehörigen eines bestimmten Gebietes. Ist er dagegen der einzige Patriarch des Ritus, dann ist er der Patriarch schlechthin und wird gewöhnlich nicht nach seinem Sitz, sondern nach dem Ritus benannt. Aber auch in diesem Falle ist die Patriarchalgewalt grundsätzlich auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt.

(28) Koehler S.53

(29) Koehler S.57

© Unter den beiden Gliederungsprinzipien steht das Personalprinzip im Vordergrund. Das wirkt sich dahin aus, daß die Jurisdiktion des Patriarchen an den Grenzen seines Territoriums keine unbedingte Grenze findet(can.216 §2 n.2,240 §2,260,261).

Betrachtet man die Patriarchalverfassung aus historischer Sicht, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das Patriarchat in Provinzen untergegliedert ist. Zur Zeit ist die Ostkirche von diesem verfassungsrechtlichen Leitbild allerdings weit entfernt. Schuld daran sind die wiederholten Aufspaltungen der Patriarchate, zuletzt bei den Unionen, bei denen der größte Teil der Orthodoxen schismatisch blieb. Das mußte die kirchliche Organisation in Unordnung bringen. So gibt es heute noch mehrere "Metropoliten" ohne Suffragane(z.B. bei den Melkiten die Metropoliten von Beirut und Aleppo), andererseits sind die Patriarchate vielfach noch nicht in Provinzen eingeteilt, vor allem bei den Armeniern(30). Der Patriarch hat bis zur Errichtung der Provinzen die Rechte und Pflichten der Metropoliten(can. 242). Nach der Gliederung des Patriarchats in Provinzen bleibt der Patriarch Metropolit einer Provinz(analog can. 326 §1: "ut Metropolitae"). Als Bischof seiner Eparchie ist der Patriarch den übrigen Bischöfen grundsätzlich gleichgestellt, jedoch nie an die Zustimmung des Eparchialrates gebunden. Er muß ihn aber anhören und soll vor allem einstimmige Beschlüsse des Rates nur aus gewichtigen Gründen übergehen(can.459 §2).

(30) Annuario Pontificio S.1642 ff.

§3. Die übrigen Formen der hierarchischen Gliederung

Wie das Patriarchat ist auch das Archiepiskopat, der Einflußbereich eines Erzbischofs, aufgebaut. Erzbischöfe im Sinne des can.324 sind aber nur die Inhaber bestimmter Metropolitansitze außerhalb des Patriarchats. Die in der Herder-Korrespondenz(31) vertretene Auffassung, daß jedes Oberhaupt einer Provinz außerhalb des Patriarchats ein Erzbischof sei, ist unvereinbar mit der Tatsache, daß das Archiepiskopat nicht aus einer, sondern aus mehreren Provinzen besteht. Daraus geht hervor, daß jedenfalls die einem echten Erzbischof unterstellten Oberhäupter von Provinzen nicht selbst Erzbischöfe sein können. Denn Hierarchen gleichen Ranges stehen nicht in einem Unter- und Überordnungsverhältnis. Erzbischöfe sind nicht schon die Metropolitane, sondern nur die Obermetropolitane außerhalb des Patriarchats.

Das Ostkirchenrecht kennt ferner Exarchen mit eigenem und ohne eigenes Gebiet(can.362 ff.). Letztere werden wieder eingeteilt in Exarchi apostolici, patriarchales und archiepiscopales. Dem lateinischen Recht sind diese Exarchen zumindest dem Namen nach unbekannt. Die Ansichten über ihre Stellung und vor allem über ihr lateinisches Gegenstück gehen daher weit auseinander.

Unstreitig ist, daß die heutigen Exarchen mit denen des 4. und 5. Jahrhunderts nichts zu tun haben. Sie sind keine Obermetropolitane. In der Herder-Korrespondenz(32) wird die Meinung vertreten, daß alle diese Exarchen den Prälaten nullius der Lateinischen Kirche entsprächen. Das kann schon aus allgemeinen Gründen nicht richtig sein. Von den vier verschiedenen Arten von Exarchen kann nicht jede dem Prälaten nullius entsprechen, sondern allenfalls eine mit ihm identisch sein. Der Auffassung von Mörsdorf (33) kann insoweit zugestimmt werden, als er meint, daß die Exarchi cum territorio proprio den Prälaten nullius entsprechen. Daß dies tatsächlich der Fall ist, ergibt

(31) HK XII S.159

(32) HK XII S.160

(33) Mörsdorf S.251

sich aus dem Beispiel von Santa Maria di Grottaferrata in Italien(34). Dieses Basilianerkloster ist im *Annuario Pontificio* 1958 unter den Freien Abteien aufgeführt und kann, wie ein Vergleich der can.362 ff. mit CIC can.319 ff. ergibt, nur eine Exarchie mit eigenem Gebiet sein. Die Exarchien mit eigenem Gebiet sind immer ordensgeistlich und kommen nur außerhalb des Patriarchats vor.

Verfehlt ist aber die Ansicht, daß die *Exarchi sine territorio proprio* ihr lateinisches Gegenstück in dem "Vorsteher einer Apostolischen Administratur, die von dem betreffenden Bistumsgebiet noch nicht förmlich abgetrennt ist," (35) haben sollten. Mörsdorf versteht unter Administratur dieser Art die Verwaltung von Teilen eines Bistums, wie das beim Burgenland oder Innsbruck-Feldkirch der Fall ist(36). Die Verwaltung von Teilen eines Bistums fällt aber auch nach dem Ostrecht unter den Begriff der Administratur und nicht der Exarchie. Das Beispiel von Laodicea läßt dies deutlich erkennen. Es handelt sich hierbei um einige Pfarreien der maronitischen Diözese Tripoli, die in Syrien liegen und vom Bischof von Aleppo als Apostolischem Administrator verwaltet werden. Das *Annuario Pontificio* 1958 nennt Laodicea in dem Abschnitt "Apostolische Administraturen" (37) und nicht unter "*Esarchi Apostolici*"(38). Damit steht fest, daß der *Exarchus sine territorio proprio* eine andere Aufgabe haben muß als der Verwalter eines Teilgebietes einer Diözese. Die Ansicht Mörsdorfs ist auch mit dem Gesetzestext nicht zu vereinbaren. Bei der Administratur geht es um die Verwaltung einer Diözese oder eines Teiles einer Diözese, die kanonisch errichtet ist(can.352: "*Eparchiae canonice erectae regimen*"). Der *Exarchus sine territorio proprio* steht demgegenüber einem Gebiet vor, "*ubi eparchiae non sunt constitutae*"(can.366 §1). Vergleicht man die can.366 ff. mit dem CIC, dann kann es nicht zweifelhaft sein, daß die *Exarchi sine territorio proprio*, insbesondere die *Exarchi apostolici*, den Apostolischen Vikaren und Präfekten der Lateinischen Kirche ent-

(34) *Annuario Pontificio* S.736 (35) Mörsdorf S.251

(36) Mörsdorf I S.391 f.

(37/38) *Annuario Pont.*S.742 ff

sprechen. Apostolische Vikare und Präfekten kennt das Ostrecht dem Namen nach nicht. Die Vikariate und Präfektaturen, die laut Annuario Pontificio der Ostkongregation unterstehen, z.B. das Vikariat Alexandrien(39), sind keine Missionen der Ostkirche. Vielmehr handelt es sich hier um Missionen der Lateinischen Kirche, die der Ostkongregation nur wegen deren Allzuständigkeit in diesem Gebiet unterstehen. Die Lücke, die man im Ostrecht wegen des Fehlens eines besonderen Kapitels über Apostolische Vikare und Präfekten zunächst feststellen zu müssen glaubt, wird durch die Apostolischen Exarchen geschlossen.

Daß man die Apostolischen Exarchen nicht auch als Apostolische Vikare oder Präfekten bezeichnet, hat verschiedene Gründe. Einmal ist der Ostkirche der Begriff des Exarchen bekannter als der des Vikars oder Präfekten. Zum anderen ist der Apostolische Vikar nach dem lateinischen Recht ein ausgesprochenes Organ der Missionsverfassung. Der Exarch wird nicht unbedingt in einem Missionsland eingesetzt. Seine Bestellung kann verschiedene Gründe haben. Er kann in einem christlichen, ja sogar in einem ganz katholischen Land tätig werden. In einem Land, in dem etwa 95 % der Bevölkerung der Lateinischen und 3 % der Orientalischen Kirche angehören, darf aber nicht von Missionsland der Ostkirche gesprochen werden. Die Frage, ob ein Gebiet Missionsland ist oder nicht, kann für alle Riten der Kirche nur einheitlich beantwortet werden. Hat ein Ritus die Bistumsverfassung erhalten, dann darf auch ein anderer Ritus dieses Gebiet rechtlich nicht mehr als Missionsland betrachten.

Deshalb ist es in umgekehrter Richtung mehr als ein bloßer Schönheitsfehler, wenn es in Aleppo oder Beirut, dem Sitz mehrerer Bischöfe der Ostkirche, auch noch einen Apostolischen Vikar gibt. Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist nur dahin möglich, daß man den Vikar nicht mehr allein als Organ der Missionsverfassung betrachtet. Bezieht man diesen erforderlichen Bedeutungswandel des Apostolischen

Vikars mit in die Betrachtung ein, dann besteht zwischen dem Apostolischen Vikar und dem Apostolischen Exarchen kein Unterschied mehr.

Die Apostolischen Exarchen werden vom Papst für ein Gebiet außerhalb eines Patriarchats oder Archiepiskopats bestellt. Die anderen Exarchen ohne eigenes Gebiet werden vom Patriarchen oder Erzbischof innerhalb des Patriarchats oder Archiepiskopats eingesetzt. Dementsprechend unterstehen die ersteren der römischen Kurie, die letzteren dem Patriarchen bzw. dem Erzbischof.

Im übrigen weist die Hierarchie der Ostkirche keine nennenswerten Besonderheiten mehr auf. Die höchsten Hierarchen außerhalb der Patriarchate und Archiepiskopate sind die freien Metropolitane, die nur von Rom abhängig sind(can.320 §2). Solche Metropolitane gibt es z.Z. nur bei unierten Gemeinschaften, die keinen Patriarchen haben, z.B. bei den Ruthenen und Malankaresen(40). Von Rechts wegen könnten auch die unierten Gemeinschaften mit einem Patriarchen außerhalb des Patriarchats unabhängige Metropolitane haben. Es sei nochmals betont, daß diese freien Metropolitane keine Erzbischöfe im Sinne des can.324 sind. Sie sind vielmehr den Metropolitane der Lateinischen Kirche gleichzustellen, unterstehen unmittelbar dem Papst und haben Suffragane unter sich.

Eine andere Spielart ist die, daß die Orientalen zwar eigene Bischöfe, aber keine eigenen Metropolitane haben. Die unierten Bischöfe unterstehen dann lateinischen Metropolitane. Das ist z.B. in Ungarn der Fall, wo die unierten Bischöfe von Hajdudorog und Mukacevo dem lateinischen Erzbischof von Gran unterstehen(41). Schließlich gibt es noch exemte unierte Bischöfe, vor allem in Italien(42).

Kleinere unierte Gemeinschaften erhalten einen Apostolischen Exarchen. Wo aber die Unierten nur ganz gering an Zahl sind, ist eine eigene Hierarchie für jeden Ritus nicht möglich. Die Riten ohne eigene Hierarchie unterstehen dann dem Ortsordinarius eines anderen Ritus(can.22 §3).

(40) Annuario Pontificio S.1642 ff.

(41/42) Annuario Pontificio S.257, 340; 310, 377

Hat auf diese Weise ein lateinischer Ordinarius Orientalen unter sich, so muß er für diese einen eigenen Synkellus (Generalvikar) bestellen (can. 432 §4). Es genügt aber für alle orientalischen Riten ein Synkellus. Die augenblickliche Praxis, die manches für sich hat und möglicherweise contra legem beibehalten bleibt, weicht davon etwas ab. So ist z.B. in Brasilien und Frankreich für die Angehörigen aller orientalischen Riten im ganzen Land ein Ordinarius bestimmt (43).

Theoretisch wird hier der lateinische Ritus benachteiligt, denn den orientalischen Hierarchen wird nicht aufgegeben, sich in gleicher Weise der Angehörigen des lateinischen Ritus anzunehmen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sich die Lateinische Kirche nicht in einer vergleichbaren Notlage befindet und daher auch nicht einer entsprechenden Obsorge bedarf. Die Lateinische Kirche hat selbst in der Heimat der orientalischen Riten vielfach eine eigene Hierarchie. Die Unterstellung lateinischer Katholiken unter orientalische Hierarchen gehört zu den Ausnahmen. Keinesfalls ist hier zu befürchten, daß der Ritus als solcher Schaden leiden könnte.

(43) Annuario Pontificio S. 745 f.

2. Kapitel

Die Besetzung des Patriarchenstuhls

§4. Das Wahlrecht der Bischöfe

Die Einsetzung des Patriarchen ist ein kritischer Punkt im Verhältnis der unierten Gemeinschaften zu Rom. Die Patriarchen der schismatischen und der unierten Kirchen des Orients werden von jeher gewählt. Das Wahlkollegium war und ist jedoch sehr verschieden zusammengesetzt. Ein Hauptanliegen des neuen Rechts geht dahin, die Wahl von der Einflußnahme der Laien, insbesondere von politischer Seite her, freizuhalten(can.224 §3). Bei einer Beeinträchtigung der Wahlfreiheit durch Laien ist die Wahl ohne weiteres nichtig(can.108, CIC can.166).

Nach geltendem Recht wird der Patriarch ausschließlich von den Bischöfen des Patriarchats gewählt(can.224 §1). Die Bischofssynode, auch Wahlsynode genannt, ist eine der drei Synoden, die auf Patriarchatsebene existieren, nämlich Ständige Synode, Bischofssynode und Patriarchalsynode.

Die Bischofssynode ist vom Verwalter des Patriarchats zur Wahl des Patriarchen einzuberufen(can.221). Stimmberechtigt sind alle Residenz- und Titularbischöfe des Patriarchats. Hierarchen ohne bischöflichen Rang gehören nicht zum Wahlkollegium. Andererseits ist der Empfang der Bischofsweihe keine *condicio sine qua non* für die Beteiligung an der Wahl. Es genügt vielmehr die ordnungsgemäße Wahl zum Bischof und die Bestätigung durch den Apostolischen Stuhl(can.224 §1). Es kommt also, mit anderen Worten ausgedrückt, darauf an, ob der (angehende) Bischof bereits mit Erfolg durch die römische Zensur gegangen ist oder nicht.

Der Kreis der passiv Wahlberechtigten ist demgegenüber viel weiter. Gewählt werden kann, wer für das Bischofsamt geeignet und vierzig Jahre alt sowie seit zehn Jahren Priester ist(can.231). Die Wahl muß mit einer Zweidrittelmehrheit erfolgen(can.230). Kommt diese Mehrheit innerhalb von fünfzehn Tagen nicht zustande, dann wird der Patriarch vom Papst ernannt(can.232). Die erforderli-

che Zweidrittelmehrheit ist aber viel leichter zu erreichen als etwa jene Zweidrittelmehrheit, die nach Art. 79 Abs. II des Bonner Grundgesetzes für eine Verfassungsänderung notwendig ist. Das hat seinen Grund nicht nur in einer größeren Einigkeit der Bischöfe, sondern folgt aus der Bestimmung des can.226. Ist demnach die Wahlsynode ordnungsgemäß einberufen worden, so "verdichtet sich das Wahlrecht auf die am Wahlort versammelten Wahlberechtigten"(44), wenn wenigstens zwei Drittel der nicht verhinderten Bischöfe erschienen sind. Ein Beispiel mag das verdeutlichen. Das Patriarchat der Armenier zählt außer dem Patriarchen zwanzig Residenzbischöfe und einen Titularbischof(45), hat also eine Wahlsynode von einundzwanzig Bischöfen. Kommen bei einer künftigen Patriarchenwahl sechs Bischöfe nicht, weil sie verhindert sind, während fünf weitere Bischöfe aus sonstigen Gründen nicht kommen, so können die erschienenen zehn Bischöfe die Wahl vornehmen. Die sechs verhinderten Bischöfe scheiden von vornherein aus. Die fünf nachlässigen Wahlberechtigten können die Beschlussfähigkeit auch nicht verhindern, da sie nur ein Drittel der nicht verhinderten Bischöfe ausmachen. Vom Zeitpunkt der Eröffnung der Synode an steht das aktive Wahlrecht allein den zehn erschienenen Bischöfen zu, so daß der neue Patriarch mit sieben Stimmen gewählt werden kann.

Das Positive an dieser Regelung ist, daß weder die Verhinderung des einen noch das absichtliche Fernbleiben des anderen Teils das Zustandekommen der Zweidrittelmehrheit vereiteln kann. Andererseits ist eine Wahl durch einen kleinen Teil der Bischöfe(can.105) nicht möglich. Unter normalen Umständen führt die getroffene Regelung dazu, daß nur Patriarch wird, wer von einer großen Mehrheit getragen wird.

Das Verfahren nach dem Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit ist zweiseitig geregelt. Entscheidend ist, ob der Gewählte bereits Bischof ist bzw. zum Bischof gewählt und vom Apostolischen Stuhl bestätigt wurde oder nicht(can.235). Es kommt also darauf an, ob der Gewählte zu den aktiv Wahl-

(44) Mörsdorf S.246 (45) Annuario Pontificio S.100, 1644

berechtigten des can.224 §1 gehört oder nicht. Die tatsächliche Teilnahme an der Wahl ist ohne Bedeutung. Gehört der Gewählte zu den aktiv Wahlberechtigten, so ist ihm seine Wahl unverzüglich mitzuteilen. Nach der Annahme der Wahl erfolgt die Proklamation und - nach einer etwa erforderlichen Ordination - ist zur Inthronisation des neuen Patriarchen zu schreiten. Gehört der Gewählte nicht zu den aktiv Wahlberechtigten, dann darf ihm die Wahl vorerst nicht mitgeteilt werden. Es ist zunächst die Bestätigung des Apostolischen Stuhls einzuholen(can.235 §3). Im Anschluß daran wird ihm die Wahl mitgeteilt, damit er sich für die Annahme oder Ablehnung entscheiden kann. Auf die Annahme folgen die Proklamation, die Ordination und die Inthronisation. Selbstverständlich ist eine neue Wahl vorzunehmen, wenn der Gewählte die Wahl ablehnt oder die Bestätigung verweigert wird. Nach der Inthronisation hat der Patriarch über die Wahl und die Ableistung des Treueides nach Rom zu berichten und das Pallium zu erbitten. Einem alten Brauch gemäß bittet er dabei um die Gemeinschaft mit Rom(can.236).

Das volle Recht am Amt erwirbt der Patriarch nicht schon mit der Annahme der Wahl, da can.118 §2 keine Anwendung findet. Auch nach erfolgter Bestätigung ist der Patriarch noch nicht Inhaber des Amtes. In beiden Fällen des can.235 erlangt der Patriarch das Recht am Amt erst mit der Inthronisation(can. 238 §1). Damit ist can.238 §2 unvereinbar, der besagt, daß die vor der Bestätigung getätigten Rechtshandlungen des neuen Patriarchen ungültig seien. Nach der übergeordneten Norm des can.238 §1, der ausnahmslos für alle Fälle des can.235 gilt, hat der neu-gewählte Patriarch auch in der Zeit von seiner Bestätigung bis zur Inthronisation noch keinerlei Amtsgewalt. Folglich müssen auch noch die in dieser Zeit getätigten Amtshandlungen nichtig sein, soweit nicht eine Supplierung nach can.152 in Betracht kommt.

Die Einberufung einer Patriarchalsynode, die Wahl und Ordination von Bischöfen sind dem Patriarchen erst nach der feierlichen Bestätigung und Überreichung des Palliums im Konsistorium gestattet(can.238 §3).

§5. Die Kontrollrechte des Apostolischen Stuhls

Es ist gewiß ein großer Vertrauensbeweis für die Ostkirche, daß die Bischöfe den Patriarchen ohne jegliche Bindung frei wählen dürfen. Aber der Apostolische Stuhl muß dabei die Möglichkeit haben, solche Kleriker vom Amt des Patriarchen fernzuhalten, die ihm hierfür gänzlich ungeeignet erscheinen. Die Kontrollrechte, die sich der Apostolische Stuhl deshalb vorbehalten hat, sind von verschiedener Art. Es ist bereits dargelegt worden, daß das Verfahren der Patriarchenwahl vom Zustandekommen der erforderlichen Mehrheit ab zweispurig geregelt ist. Der Grund hierfür ist die Verschiedenheit der päpstlichen Kontrollrechte in beiden Fällen.

Gehört der Gewählte zu den in can.235 §2 aufgezählten Personen, so braucht die Synode den Apostolischen Stuhl nicht um eine Bestätigung der Wahl anzugehen. Es hat den Anschein, als bestünden für diesen Fall gar keine Kontrollrechte. Es sieht so aus, als müßte sich Rom mit denkbar ungeeigneten Persönlichkeiten auf dem Patriarchenstuhl abfinden. Lediglich wenn der Gewählte nicht zu dem Personenkreis des can.235 §2 gehört, was nur selten zutreffen dürfte, ist eine ordentliche Bestätigung der Wahl erforderlich. Der Apostolische Stuhl kann dann den Gewählten ablehnen. Daraus könnte man schließen, daß das Vertrauen zur Ostkirche verschieden sei, je nachdem ob ein hoher kirchlicher Würdenträger gewählt wird oder nicht. Das ist aber nicht ganz richtig, zumindest etwas mißverständlich.

Der Normalfall des can.235 §2 ist dann gegeben, wenn ein Mitglied des Wahlkollegiums gewählt wird. Sämtliche Mitglieder des Wahlkollegiums - ob mit oder noch ohne Bischofsweihe - wurden aber bereits früher, als sie zum Bischof bestellt wurden, von Rom geprüft und für gut befunden. Was sollte jetzt eigentlich noch geprüft werden? Mit Ausnahme des zehnjährigen Priestertums und des Alters von vierzig Jahren sind die Voraussetzungen für eine Wahl zum Patriarchen die gleichen wie für eine Wahl zum Bischof. Ob diese beiden Erfordernisse gegeben sind, kann von der

Wahlsynode so eindeutig festgestellt werden, daß eine weitere Überprüfung durch den Apostolischen Stuhl wirklich entbehrlich ist.

Das allein ist der Grund dafür, daß Rom bei diesen Kandidaten auf "formalrechtliche Sicherungen"(46) in Form einer Bestätigung vor Proklamation und Inthronisation verzichtet hat. Der Weihegrad spielt jedenfalls, wie can.235 §2 klar zeigt, für die Frage der vorherigen Bestätigung keine Rolle. Bei der Differenzierung des can.235 ist das gleiche Motiv entscheidend wie bei der Zuteilung des aktiven Wahlrechts. Rom unterzieht jeden, der in den Episkopat aufgenommen werden soll, einer genauen Prüfung und schenkt ihm dann für die Zukunft in allen Stellungen volles Vertrauen.

Wird ein gewöhnlicher Kleriker gewählt, so muß jetzt erst seine Geeignetheit untersucht werden. Der Unterschied zwischen can.235 §2 und §3 ist demnach nur ein zeitlicher. Das Vertrauen zur Ostkirche ist immer das gleiche und entspringt in keinem der beiden Fälle irgendwelchen unbestimmten Sympathien für die Ostkirche, sondern basiert auf dem positiven Ergebnis einer eingehenden Prüfung.

(46) Mörsdorf S.247

3. Kapitel

Die Rechte und Pflichten des Patriarchen

1. Unterkapitel

Die geistliche Verwaltung des Patriarchats

§6. Die allgemeinen Verwaltungsaufgaben des Patriarchen und das Verhältnis der Patriarchalgewalt zum päpstlichen Primat

Die demokratischen Staatsverfassungen der Gegenwart gehen von dem Grundsatz der Gewaltenteilung aus. Mit den notwendigen Überschneidungen zum Funktionieren im Staatsganzen ist die Trennung der Gewalten im allgemeinen tatsächlich durchgeführt.

Im kirchlichen Verfassungsleben ist dieser Grundsatz nicht durchgedrungen. Das Kirchenrecht kennt nur eine sachliche Unterscheidung der drei Gewaltfunktionen, aber keine Verteilung der Gewalten auf verschiedene Hoheitsträger. Das gilt uneingeschränkt für die beiden Stufen der *hierarchia iurisdictionis* nach *ius divinum*. Der Papst und die Bischöfe sind je für ihren Bereich in gleicher Weise Gesetzgeber, Verwalter und Richter. Nicht die Gewaltentrennung, sondern die Gewalteneinheit ist das maßgebende Prinzip, weshalb im kirchlichen Bereich nur von einer Gewaltenunterscheidung gesprochen werden kann(47). Im Bereich der Metropolitanverfassung sieht das aber bereits anders aus. Nicht der Metropolit, sondern das Provinzialkonzil ist der Gesetzgeber der Provinz(CIC can.290).

Das Ostkirchenrecht geht noch einen Schritt weiter. Es überträgt im Patriarchat die Gesetzgebung der Patriarchalsynode(can.349), die geistliche Verwaltung dem Patriarchen, die zeitliche Verwaltung dem Ökonom(48) und die Rechtsprechung zum Teil dem Patriarchen, zum Teil der Ständigen Synode und dem Patriarchalgericht 1.Instanz(10iud.can.17 ff.). Von einer Gewalteneinheit kann hier nicht mehr gesprochen werden. Aus der Gewaltenunterscheidung ist eine Gewaltentrennung geworden. Diese Gewaltentrennung ist ne-

(47) Mörsdorf I S.317 ff.

(48) Mörsdorf S.248

ben den Zustimmungsrechten Dritter die bedeutsamste Schranke der patriarchalen Macht. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Autorität einer starken Persönlichkeit auf dem Patriarchenstuhl diese Schranken weitgehend illusorisch machen kann.

Die Domäne des Patriarchen ist die geistliche Verwaltung. Seine Befugnisse auf diesem Gebiet sind kaum überschaubar. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der rechtlichen Grundlage der patriarchalen Jurisdiktion. Sie beruht nicht auf *ius divinum*, sondern ist eine Schöpfung des *ius humanum*. Es ist weiter von Bedeutung, ob es einen allgemeinen Zuständigkeitsbereich des Patriarchen gibt, ob seine Befugnisse generell - wie beim Bischof - oder enumerativ - wie beim Metropoliten - geregelt sind. Die *can.216 ff.* zeigen deutlich, daß zumindest ein Teil der Rechte nach dem Enumerationsprinzip aufgeführt wird. Es ist aber denkbar, daß dieser Katalog und die an anderen Stellen erwähnten Befugnisse des Patriarchen keine erschöpfende Aufzählung darstellen. Die Frage ist die, ob es daneben eine subsidiäre Generalklausel für die Zuständigkeit des Patriarchen gibt. Das ist nicht der Fall. Auch aus den allgemein gehaltenen Vorschriften der *can.216,240* ergibt sich nichts anderes. Die Wendungen "*ad normam iuris exercendam*" und "*ad normam canonum et legitimarum consuetudinum*" sind keine Ermächtigungsnormen für den Patriarchen. Im Gegenteil, diese Bestimmungen verpflichten den Patriarchen, sich bei der Ausübung der Jurisdiktion auf seine in den Kanones aufgezählten Befugnisse zu beschränken. Der Patriarch wird nur durch die einzelnen Kanones berechtigt und verpflichtet. Das Enumerationsprinzip hat uneingeschränkte Gültigkeit. Diese Regelung ist durchaus zweckmäßig. Anderenfalls bestünde die Gefahr einer faktischen Einschränkung des bischöflichen Zuständigkeitsbereiches durch den Patriarchen. Eine klare Abgrenzung der patriarchalen Rechte liegt im besonderen Interesse einer reibungslosen Verwaltung.

Bei alledem darf nicht übersehen werden, daß die Befugnisse des Patriarchen nach Inhalt und Voraussetzungen oft

nicht ganz genau festgelegt sind. Wann ist eine gravis causa gegeben? Wann ist eine Sache von außergewöhnlicher Bedeutung oder von besonderer Schwierigkeit? Das Gesetz gibt darauf keine Antwort. Der gravis causa usw. haftet die gleiche Unbestimmtheit an wie im deutschen Verwaltungsrecht den unbestimmten Rechtsbegriffen. Gewiß geht es hier um Rechtsanwendung und nicht um Ermessensentscheidungen. Es ist aber zu beachten, daß der Subsumtionsspielraum dabei besonders groß ist. Es ist ein Unterschied, ob anhand des Gesetzes die Volljährigkeit eines Neunzehnjährigen festgestellt werden soll oder ob über das Vorliegen eines triftigen Grundes zu entscheiden ist. Daß der Neunzehnjährige volljährig ist, steht eindeutig fest (can. 17 §1). Die Entscheidung über das Vorliegen einer gravis causa ist dagegen in Grenzfällen weitgehend Ansichtssache. Auch darüber kann man geteilter Meinung sein, ob ein Geschäft, das der Patriarch an sich gezogen hat, tatsächlich einen politischen Einschlag hat oder nicht. Die Behauptung, daß man alle damit zusammenhängenden Zweifelsfragen mit voller Sicherheit in diesem oder jenem Sinne objektiv richtig entscheiden könne, ist nichts als Rechthaberei, die die eigene subjektive Meinung als das objektiv Richtige hinstellt. Tatsächlich kann man in Grenzfällen die eine Meinung nicht als unbedingt richtig, die andere nicht als unbedingt falsch bezeichnen. Die Zuständigkeit des Patriarchen ist daher bis zu einem gewissen Grad dehnbar.

Patriarch ist nach can. 216 ein Bischof, dem die Kanones die Jurisdiktion über Metropolen und Bischöfe, Klerus und Volk zusprechen. Dabei ist auf die kirchliche Tradition ausdrücklich Bezug genommen. Das 6. Kapitel des Personenrechts, das die Stellung des Patriarchen regelt, ist auch zuvörderst historisch bestimmt. Das Ergebnis der historischen Entwicklung wird anerkannt und soll im wesentlichen beibehalten werden. Demzufolge darf bei der Interpretation der einzelnen Kanones der geschichtliche Hintergrund nicht außer Betracht bleiben.

Der Patriarch ist mit weitester Gewalt ausgestattet, die vom Papst gegeben oder anerkannt ist, und steht einem

Patriarchat oder Ritus als Vater und Haupt vor(can.216 §1). Das Prädikat "caput" wiegt schwer, da es an die autokephalen Kirchen des Ostens erinnert, die sich nach und nach von Konstantinopel losgetrennt und selbständig gemacht haben. In diesem Sinne kann caput jedoch schon wegen des ius divinum nicht verstanden werden. Es kommt aber damit treffend zum Ausdruck, daß von den unierten orientalischen Kirchen jede für sich eine geschlossene Einheit mit einer hierarchischen Spitze bildet.

Der Patriarch ist aufs engste mit seinem Territorium verbunden. Erwähnenswert ist die Residenzpflicht des Patriarchen, die sich von der Residenzpflicht des Bischofs dadurch unterscheidet, daß ihr nur durch den Aufenthalt am Sitz des Patriarchats genügt wird. Der praktische Unterschied ist aber nicht allzu groß. Nimmt der Bischof eine Visitationsreise vor, so erfüllt er dabei auch noch seine Residenzpflicht. Der Patriarch "residiert" in diesem Falle nicht mehr. Für ihn ist aber die Visitationsreise eine canonica causa für die Abwesenheit vom Ort der Residenz(can.276). Jeder Patriarch hat eine Titelkirche, die nur vom Papst oder einer Ökumenischen Synode geändert werden kann(can.217 §1). Der Idealfall ist dabei der, daß die Titelstadt des Patriarchats gleichzeitig die Diözesanstadt des Patriarchen ist und er dort residiert. Das trifft aber nicht immer zu. Liegt die Titelstadt nicht in der Diözese des Patriarchen, dann soll er in der Titelstadt oder wenigstens innerhalb der eigenen Diözese, nicht aber an dritten Orten residieren(can.218 §2).

Die Patriarchate sind die gegebenen kirchlichen Verwaltungsbezirke, da in ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit noch viel lebendiger ist als etwa in einer lateinischen Provinz. Demnach ist der Patriarch für sein Gebiet das Vollzugsorgan des Apostolischen Stuhls. Wenn sich dieser auch unmittelbar an die Bischöfe wenden kann, so überläßt er es in der Regel doch dem Patriarchen, seine Anordnungen bekanntzumachen und durchzuführen(can.244). Diese patriarchale Vollzugsbefugnis führt zu einer weitgehenden Mediatisierung des Episkopats, die dem CIC unbekannt ist.

Das gilt nicht nur bei Anordnungen von oben nach unten, sondern auch umgekehrt im Falle des Rekurses (can. 260 §2, CIC can. 192 §3).

Der Schwerpunkt der patriarchalen Jurisdiktion liegt aber nicht in der Durchführung von Maßnahmen des Apostolischen Stuhls, sondern in der eigenständigen Leitung des Patriarchats. Für die Ostkirche gibt es nur wenige *causae maiores*. Deshalb hat Rom mit Angelegenheiten der Ostkirche viel seltener zu tun als dies im Vergleich zur Lateinischen Kirche der Fall ist. Daraus folgt, daß auch der Patriarch nicht viel auszuführen hat und dafür um so mehr aus eigener Initiative tätig werden muß. Seine rechtliche Stellung ist von durchaus föderalistischen Merkmalen geprägt. Daß er mitunter auch Anordnungen der Zentralgewalt vollzieht, steht dem in keiner Weise entgegen. Derartige ist in jedem föderalistischen System festzustellen.

Unter den Befugnissen des Patriarchen ist vor allem seine räumliche Organisationsbefugnis hervorzuheben. Während CIC can. 215 das Recht der räumlichen Gliederung der Kirche vorbehaltlos dem Papst zuspricht, findet sich in der entsprechenden Vorschrift des can. 159 ein Vorbehalt zugunsten des Patriarchen. Dieser kann jedoch nur die im Range unter dem Patriarchat stehenden Gebietseinheiten ändern (can. 248 §1 n.1). Die Möglichkeit, das Patriarchat selbst irgendwie umzugestalten, kann ihm vernünftigerweise auch gar nicht zustehen. Die nähere Regelung der Gebietshoheit des Patriarchen zeigt eine schon angedeutete Besonderheit des Ostrechts auf: das Prinzip des notwendigen Zusammenwirkens mehrerer Organe. Dem Recht der Lateinischen Kirche ist dies als Regel unbekannt. Der Bischof oder ein sonstiger Ordinarius kann seine Jurisdiktion normalerweise selbständig ausüben. Ausnahmen sind im CIC selten. Ein Beispiel für mehrere erforderliche Zustimmungen nach dem CIC ist die Vermögensveräußerung nach can. 1530, 1532 §3. Inhaltlich stimmen die Mitwirkungsrechte Dritter in beiden Rechtskreisen überein. Es gibt Zustimmungsrechte und daneben das bloße Recht auf Gehör. Bemerkenswert ist dabei wiederum, daß der Patriarch, der des Konsenses bedarf, in

aller Regel selbst Mitglied des Zustimmungsorgans ist.

Zur Errichtung, Veränderung usw. von Provinzen und Eparchien(49) sind außer einer gravis causa die Zustimmung der Patriarchalsynode oder der Bischofssynode und die Bestätigung durch den Apostolischen Stuhl erforderlich. Der Patriarch hat also die Wahl, von welcher Synode er die Zustimmung einholen will. Dieses Wahlrecht ist nicht ohne Bedeutung und kann zu Manipulationen Anlaß geben. Die eine Synode kann so, die andere in ihrer Mehrheit anders eingestellt sein. Hat eine Synode die erbetene Zustimmung verweigert, dann kann der Patriarch auch bei gleichbleibenden Umständen die andere Synode um den Konsens angehen. Von den beiden Synoden ist keine an die Entscheidung der anderen gebunden, da sie nicht in einem Unter- und Überordnungsverhältnis stehen(Vergl.CIC can.44 §2).

Zulässigkeit und Wirksamkeit einer Maßnahme sind von der Zustimmung abhängig(can.35 §1 n.1). Gleiches gilt für die Bestätigung durch den Apostolischen Stuhl. Bei der gravis causa ist das anders. Würde man ihr Vorliegen als eine Bedingung der Gültigkeit der getroffenen Maßnahmen ansehen, so hätte das eine erhebliche Rechtsunsicherheit zur Folge. Im vorliegenden Fall wäre das weniger schlimm, da hier der Apostolische Stuhl anläßlich der Bestätigung autoritativ über das Vorliegen einer gravis causa mitentscheiden würde. Kann aber der Patriarch allein etwas verfügen(can.246 §2), dann ist die Rechtssicherheit nur gewahrt, wenn man der Entscheidung trotz Fehlens der gravis causa die Wirksamkeit nicht abspricht.

Bei aller Kompliziertheit des Verfahrens wird der Vorschrift des can.248 §1 n.1 schon in nächster Zeit große praktische Bedeutung zukommen. Die gegenwärtige hierarchische Situation entspricht in keiner Weise dem neuen Recht. Bei den Melkiten gibt es Metropolitane ohne Suffragane, bei den Armeniern fehlen die Metropolitane(50). Das muß geändert

(49) Als Eparchie bezeichnete man im Oströmischen Reich eine politische Provinz, einen Teil einer Diözese (Lexikon III S.706). Heute sind die orientalische Eparchie und die lateinische Diözese gleichgestellt.

(50) Annuario Pontificio S.1642 ff.

werden. Zu diesem Zweck wird das übliche Verfahren des can.248 unter bestimmten Voraussetzungen durch can.316 modifiziert. Can.316 findet in seiner ersten Alternative Anwendung, wenn ein ehemaliger Metropolitansitz mitsamt der früheren Provinz wiederhergestellt wird. Ist die neue Provinz mit der früheren nicht identisch, sei es daß eine Eparchie hinzukommt oder abgetrennt wird, so ist can.316 nicht anwendbar, da nicht mehr von einer bloßen restitutio gesprochen werden kann und jede erectio unter can. 248 fällt. Das gleiche gilt, wenn eine alte Provinz wiedererrichtet wird und dabei einen neuen Metropolitansitz erhält. Die zweite Alternative des can.316 ist etwas mißverständlich. Sie soll nicht besagen, daß der Patriarch den Metropolit den Rechte über ihre Provinzen in jedem Falle erst einräumen müßte. Die Metropolitanrechte sind mit dem Gesetz von selbst gegeben. Diese Alternative betrifft vielmehr nur jene Bischöfe, die schon bisher als Metropolit bezeichnet wurden, obwohl sie keine Suffragane hatten. Wird jetzt für diese "Metropolitanen" eine Provinz geschaffen, so ist can.316 anzuwenden, wenn die neue und die alte Provinz identisch sind. Anderenfalls ist wieder nach can.248 zu verfahren.

Die restitutio ehemaliger Metropolitansitze ohne gleichzeitige (Wieder-)Errichtung einer Provinz ist nicht zulässig. Nach can.315 ist der Metropolit Vorsteher einer Kirchenprovinz. Der Titel eines Metropoliten kann zwar auch ehrenhalber verliehen werden(can.338), aber nur an eine Person und nicht an einen Sitz. Die jetzigen Metropolitansitze ohne Provinzen können nicht so bestehen bleiben. Entweder müssen sie, wie oben dargelegt, eine Provinz erhalten, oder sie müssen ihren Rang als Metropolitansitze einbüßen und einem anderen Metropolit unterstellt werden. Beides hat nach can.248 zu erfolgen, wenn es nicht im Zuge der Wiederherstellung alter Metropolitansitze und Provinzen geschieht.

Der Unterschied in der Regelung besteht einmal darin, daß can.316 keine gravis causa erfordert. Eine solche ist nur für Neuerungen notwendig, da die Kirche jeder Novation skeptisch gegenübersteht. Während ferner can.248

die Zustimmung der ganzen Patriarchalsynode oder der Bischofssynode verlangt, kann der Patriarch nach can.316 "de consensu Episcoporum in Synodo patriarchali vel in Synodo electionum congregatorum" seine Pläne verwirklichen. Keinesfalls darf hier Episcopus in dem weiteren Sinne verstanden werden, daß auch die Exarchen damit gemeint wären(so IOsignif.can.306 §3). Es haben immer nur die Bischöfe zu entscheiden, auch wenn sich der Patriarch den Konsens anläßlich einer Patriarchalsynode erteilen läßt. Darin liegt ein scheinbarer Widerspruch zu can.341, der das Stimmrecht auf der Patriarchalsynode ausnahmslos auch den Exarchen usw. zubilligt. Tatsächlich wird can.341 nicht durchbrochen. Denn im Gegensatz zu can.248 ist die Patriarchalsynode als solche gar nicht zuständig. Die Zustimmung ist allein Sache der auf der Patriarchalsynode versammelten Bischöfe(Vergl. die verschiedenen Formulierungen in can.248 und can.316).

Der tiefere Sinn dieser Differenzierung ist schwer zu ersehen. Can.316 vereinfacht das Verfahren, fördert es aber hinsichtlich des Konsenses keineswegs, weil in beiden Fällen das gleiche Gremium zuständig ist. Für Spekulationen ist hier kein Raum. Hat die Wahlsynode den Konsens verweigert, dann hat es im Gegensatz zu can.248 im Falle des can.316 keinen Sinn mehr, die Angelegenheit auf der Patriarchalsynode nochmals aufzurollen. Nach can.248 darf der Patriarch nicht verfahren, wenn die Voraussetzungen für can.316 gegeben sind, da can.248 die restitutio nicht erwähnt. Das führt zu dem etwas sonderbaren Ergebnis, daß eine erectio im Normalverfahren nach can.248 zumindest hinsichtlich des Konsenses von vornherein mehr Aussicht auf Erfolg hat als eine restitutio im vereinfachten Verfahren nach can.316. Und als eine Vereinfachung des Verfahrens ist can.316 sicher gedacht. Das erhellt aus dem Wegfall der gravis causa und der Tendenz des Gesetzes, die Metropolitansitze wiederherzustellen, da sie zur Verwirklichung des hierarchischen Leitbildes erforderlich sind. Gewiß könnte dieses Ziel auch durch Errichtung neuer Metropolitansitze und Provinzen erreicht werden. Die Kirche zieht es aber vor, die frühe-

ren Zustände wiederherzustellen, wenn nicht überwiegende Interessen entgegenstehen.

Wesentlich einfacher sind die Errichtung, die Veränderung und die Aufhebung der patriarchalen Exarchien geregelt (can. 248 § 2). Es entfällt sowohl die *gravis causa* als auch die Bestätigung durch den Apostolischen Stuhl. Erforderlich ist der Konsens der Ständigen Synode.

Wie schon die Existenz der patriarchalen Exarchien zeigt, ist in den Patriarchaten nicht überall die ordentliche kirchliche Hierarchie errichtet. Wo es weder Eparchien noch Exarchien gibt, fallen dem Patriarchen die Rechte und Pflichten des Ortsbischofs zu (can. 282). Insbesondere obliegt dem Patriarchen in diesen Gebieten die Verleihung der Kirchenämter (can. 94 § 2). Entgegen dem Wortlaut des can. 282 hat der Patriarch in Bezug auf diese Territorien jedoch nicht alle Pflichten, die der Ortsbischof gegenüber der Eparchie hat. So kommt etwa eine Residenzpflicht des Patriarchen gar nicht in Betracht. Eine solche Residenzpflicht stünde nur auf dem Papier, da die Anwesenheitspflicht am Sitz des Patriarchats eine *canonica causa* für eine ständige Abwesenheit wäre. Auch braucht der Patriarch für diese Gebiete keine eigene Kurie einzurichten. Sie werden von der Eparchialkurie des Patriarchen betreut. Can. 282 will nur besagen, daß der Patriarch der Bischof des gesamten Patriarchats ist.

Den geschilderten Rechten des Patriarchen, die den äußeren Aufbau des Patriarchats zum Gegenstand haben, stehen andere Rechte gegenüber, die mehr den unmittelbaren Dienst der Kirche an den Gläubigen betreffen. Gerade diese Rechte des Patriarchen machen die Ostkirche von Rom weitgehend unabhängig. Die Errichtung einer Provinz oder einer Eparchie wird selten aktuell werden, wenn der gesetzliche Zustand einmal hergestellt ist. Viel häufiger wird eine Begnadigung oder eine Dispens für den Empfang einer Weihe oder die Eingehung einer Ehe erforderlich werden.

Das Ostrecht gibt dem Patriarchen sehr große Absolutions- und Begnadigungsvollmachten. Er kann von Zensuren

und Vindikativstrafen latae sententiae im inneren und äußeren Bereich lossprechen bzw. begnadigen, sofern die Sache nicht vor Gericht gekommen ist. Ausgenommen sind die Fälle, die mit einer Verletzung des Amtsgeheimnisses des Hl. Offiziums zusammenhängen oder zu den Reservaten des Apostolischen Stuhls gehören(can.265 n.3). Sofern die Strafen nicht mit einer dem Apostolischen Stuhl reservierten Zensur verbunden sind, kann der Patriarch von der rechtlichen Infamie und den Strafen der Unfähigkeit zum aktiven und passiven Wahlrecht und des Verlustes derselben begnadigen(can.265 n.4). Ist der Bestrafte ein Bischof, so bedarf der Patriarch zur Wiederverleihung des Stimmrechts der Zustimmung der Ständigen Synode. Diese Befugnisse des Patriarchen erfahren durch die Privilegien noch eine Erweiterung. Der Patriarch wird insoweit den Kardinälen gleichgestellt. Danach kann er auch von allen Sünden und Zensuren lossprechen, die dem Apostolischen Stuhl nur simpliciter oder speciali modo vorbehalten sind und sich nicht auf eine Verletzung des Amtsgeheimnisses des Hl. Offiziums beziehen(can.283 n.1). Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Befugnis, von allen Weihehindernissen und Irregularitäten zu dispensieren(can.265 n.1, vergl.CIC can.990). Desgleichen vermag der Patriarch von einer Reihe von Ehehindernissen zu dispensieren(IOMatr.can.32 §2). Diese Vollmachten können durch partikulares Recht oder Privileg beliebig erweitert werden. Schließlich kann der Patriarch die Wurzelheilung der Ehe zugestehen, wenn der Gültigkeit der Ehe nur ein Formmangel oder ein Ehehindernis entgegensteht, von dem er selbst dispensieren kann(can.267, IOMatr.can.130 §2). Die letztere Einschränkung ist erforderlich, weil andernfalls der Apostolische Stuhl bei der Dispenserteilung auf dem Umweg über die Wurzelheilung ausgeschaltet werden könnte.

Seinen weitgehenden Befugnissen entsprechend ist der Patriarch für das religiöse Leben im ganzen Patriarchat verantwortlich. Als Oberbischof hat er im Patriarchat die Pflichten, die nach can.400 den Bischöfen für den

Bereich ihrer Eparchie auferlegt sind. Demnach obliegt ihm die Gewährleistung einer einwandfreien und zweckmäßigen Verkündung der katholischen Glaubenslehre, die Überwachung des Vollzugs der kirchlichen Gesetze sowie die Verhütung von Mißständen im ganzen kirchlichen Bereich. Diese wichtigen Aufgaben hat das Ostrecht dem Patriarchen und den Bischöfen gemeinsam anvertraut(can. 278,400). Daraus soll keine Konkurrenz erwachsen, auch keine "gesunde" Konkurrenz, die jeden einzelnen zu höheren Leistungen anspornt. Vielmehr sollen der Patriarch und die Bischöfe in diesen entscheidenden Dingen eng zusammenarbeiten.

Diesem Interesse dienen vor allem die Bischofskonferenzen(can.247). Sie können nur vom Patriarchen, nicht von einem Metropoliten einberufen werden. An den Konferenzen nehmen alle Bischöfe und sonstigen Hierarchen des ganzen Patriarchats oder aber nur einzelner Provinzen teil. Jeder Bischof muß mindestens alle fünf Jahre zu einer Konferenz eingeladen werden. Der Zweck der Bischofskonferenzen besteht in einem gegenseitigen Meinungsaustausch und der Erörterung aktueller Fragen. Der Sinn dieser Konferenzen legt es an sich nahe, über can.4 hinaus gemeinsame Bischofskonferenzen mehrerer Riten abzuhalten. Unmittelbar ist can.4 nicht anwendbar, weil der Patriarch nicht zu den Hierarchen zählt(10signif.can.306 §4). Es ist aber nicht einzusehen, warum die verschiedenen Riten nur auf örtlicher und nicht auch auf einer weiteren Basis zusammenarbeiten sollten. Wenn es schon die gemeinsame Synode gibt(can.340 §3), dann sind erst recht gemeinsame Bischofskonferenzen möglich und wünschenswert. Erfahrungsgemäß ist eine Gemeinsamkeit in der praktischen Arbeit leichter zu erreichen als in grundsätzlichen Fragen. Daß das Gesetz zur Frage gemeinsamer Bischofskonferenzen schweigt und sich daraus Schwierigkeiten für die Einberufung und Leitung ergeben können, steht der Zulässigkeit solcher Konferenzen nicht entgegen. Diese Dinge regelt auch can.4 nicht. Über die Einberufung wird eine Einigung leicht zu erzielen sein und den Vorsitz führt

der Patriarch, dem nach der Präzedenzordnung der Vorrang zukommt.

Die Bischofskonferenzen sind auch der geeignete Ort für die gegenseitige Fühlungnahme, zu der der Patriarch und die Bischöfe in manchen Fällen gesetzlich verpflichtet sind(can.259 §3). Die Angelegenheiten des can.400 fallen trotz ihrer großen Bedeutung nur ausnahmsweise unter can.259 §3, was aber keineswegs besagen soll, daß sie nur ausnahmsweise vor die Bischofskonferenz gehören. Die Reinerhaltung der Lehre ist eine ständige Aufgabe der Kirche. Can.259 §3 betrifft dagegen ungewöhnliche Probleme, vor die sich die Kirche gestellt sieht. Durch die gegenseitige Beratung kann der Patriarch auf die Verwaltung der Eparchien Einfluß nehmen. Umgekehrt kommen die Bischöfe in Sachen der Patriarchalverwaltung zu Wort. Die Entscheidungsbefugnis des Patriarchen bzw. der Bischöfe wird von can.259 §3 nicht berührt.

Anders ist das bei Angelegenheiten, die mehrere Eparchien betreffen und einen politischen Einschlag haben. Beide Voraussetzungen müssen gegeben sein, wenn die Zuständigkeit von den Bischöfen auf den Patriarchen übergehen soll. Die Zuständigkeit wechselt aber nicht von selbst. Vielmehr muß der Patriarch die Sache ausdrücklich an sich ziehen(can.259 §4). Es liegt ein echtes Evokationsrecht des Patriarchen vor, das an die affectio Papae erinnert. Sachlich dürften vor allem Schulfragen und die Eheschließung unter can.259 §4 fallen. Eine gültige Entscheidung des Patriarchen setzt voraus, daß er die Bischöfe der betroffenen Eparchien angehört und die Ständige Synode zugestimmt hat.

Der Patriarch steht darüber hinaus ganz allgemein im Spannungsfeld von Kirche und Staat. Er ist befugt, mit dem Staat Konkordate abzuschließen(can.281), wofür in der Lateinischen Kirche allein der Apostolische Stuhl zuständig ist(51). Dieses Recht ist jedoch mehrfach eingeschränkt. Die Konkordate dürfen weder dem gemeinen Recht noch dem Partikularrecht, das der Apostolische Stuhl für diesen Ritus

erlassen hat, widersprechen. Daran werden die meisten Versuche des Patriarchen, mit dem Staat ein Konkordat abzuschließen, scheitern. Denn der Kodex enthält die uneingeschränkten Grundsätze der Kirche. Eine Übereinkunft zwischen der Kirche und dem laisierten oder islamischen Staat setzt erfahrungsgemäß voraus, daß Kirche und Staat ihre beiderseitigen Forderungen etwas zurückstecken. Auf der kirchlichen Seite kann das in der Regel nur durch den Apostolischen Stuhl erfolgen.

Der Patriarch bedarf zum Abschluß von Konkordaten des Konsenses des Apostolischen Stuhls und der Ständigen Synode. Inkraftsetzen darf der Patriarch die Konkordate erst nach deren Billigung durch den Apostolischen Stuhl. Durch den Konsens des Apostolischen Stuhls und der Ständigen Synode wird der Patriarch legitimiert, mit dem Staat in Verhandlungen einzutreten. Daß der Apostolische Stuhl dabei Richtlinien aufstellen kann, bedarf keiner näheren Begründung. Man wird darüber hinaus annehmen müssen, daß in diesem Falle auch die Ständige Synode ausnahmsweise ihren Konsens inhaltlich beschränken kann. Bei anderen Geschäften vermag der Patriarch der Synode seine Pläne und Absichten im einzelnen darzulegen. Die Synode weiß dann genau, was sie bewilligt. Vor dem Abschluß eines Konkordates kann der Patriarch selbst noch nicht sagen, wie das Vertragswerk aussehen wird, da keine der beiden Seiten das Konkordat diktieren kann. Legt sich der Patriarch gegenüber der Ständigen Synode nicht selbst auf eine bestimmte Richtung fest, dann muß die Ständige Synode von sich aus das Recht haben, den Verhandlungen des Patriarchen gewisse Grenzen zu setzen, die bei Zugeständnissen an den Staat nicht überschritten werden dürfen. Wollte man der Ständigen Synode diese Möglichkeit absprechen, dann würde ihr Konsens seinen Sinn verlieren. Wie schon erwähnt, dürfen die Konkordate gerade nur dem selbstgesetzten Partikularrecht widersprechen. Da die Synode hernach nicht mehr befragt wird, muß sie bereits vorher über das Partikularrecht wachen und darüber befinden, ob das Abkommen im großen und ganzen annehmbar sein

wird. Deshalb dürfen die Verhandlungen keine ungeahnten Ergebnisse zeitigen.

Die Billigung des Apostolischen Stuhls ist vor dem Eingehen der endgültigen vertraglichen Bindung und nicht erst für die innerkirchliche Inkraftsetzung erforderlich. Denn die vertragliche Bindung ist mangels einer einseitigen Aufhebungsbefugnis für beide Teile das Entscheidende.

Ein Nachteil dieses ganzen Verfahrens ist darin zu erblicken, daß sich erst nach langen Verhandlungen herausstellen kann, daß der Patriarch das Konkordat nicht abschließen darf. Das ist dann der Fall, wenn von seiten des Staates Forderungen gestellt werden, die der Patriarch nicht erfüllen kann, da sie dem gemeinen Recht oder dem vom Apostolischen Stuhl gesetzten Partikularrecht widersprechen. Hier bleibt nichts anderes übrig, als daß der Patriarch die Sache an den Apostolischen Stuhl abgibt und dieser wieder den Patriarchen delegiert, wenn die bereits aufgewandte Mühe nicht umsonst gewesen sein soll. Vertragspartner des Staates ist dann der Apostolische Stuhl als Repräsentant der Gesamtkirche. Kommt aber das Konkordat nach can.281 zustande, dann ist trotz der Approbation nicht der Apostolische Stuhl, sondern das Patriarchat der Vertragspartner. Das Patriarchat ist aber kein Völkerrechtssubjekt. Damit sind die geschlossenen Konkordate weder völkerrechtliche noch völkerrechtsähnliche Verträge.

Ein historisches Relikt sind die politischen Rechte selbst, die dem Patriarchen verbleiben, soweit er nach einer anerkannten Gewohnheit bisher solche hatte(can.271 §3). Der Grund für die politische Bedeutung des Patriarchen wurde schon in der Einleitung(S.8) erörtert. Heute ist die rechtliche Stellung des Patriarchen im politischen Raum kaum noch von Bedeutung. Der tatsächliche Einfluß ist jedoch nach wie vor enorm. Die jüngsten Auseinandersetzungen im Libanon haben das deutlich gezeigt. Can.271 §3 entspringt nicht dem angeblichen Machtstreben

der Kirche, sondern folgt, wie die Vorschrift selbst und der Zusammenhang mit den vorangehenden Paragraphen ersehen lassen, aus der Abneigung der Kirche vor einem Bruch in der Entwicklung und radikalen Neuerungen. Nihil inno-vetur!

Für die übrigen Kleriker gilt das grundsätzliche Verbot einer politischen Betätigung ebenso wie in der Lateinischen Kirche(can.80 §4, CIC can.139 §4). Die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen ist Sache des Patriarchen, sofern nicht ein Verbot des Apostolischen Stuhls vorausgegangen ist. Der einem Patriarchen unterstellte Bischof hat mit derlei Dingen überhaupt nicht zu tun. Angelegenheiten mit einem politischen Aspekt liegen meistens in der Hand des Patriarchen.

Dem Patriarchen obliegt schließlich die oberste Aufsicht über die Verwaltung des kirchlichen Vermögens im ganzen Patriarchat(can.280). Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem Vermögen des Patriarchats selbst, dem Vermögen der Eparchie des Patriarchen und dem Vermögen der übrigen juristischen Personen innerhalb des Patriarchats. In can.280 §1 sind alle drei Vermögensmassen gemeint. Für das Vermögen des Patriarchats selbst und der eigenen Eparchie hat der Patriarch je ein Amt für Vermögensverwaltung einzurichten(can.299). Die beiden Ökonomen haben als Vorsteher der genannten Ämter auf die Verwaltung des Vermögens der übrigen Eparchien usw. keinen Einfluß. Hier ist allein der Patriarch selbst zuständig, z.B. für die Verwaltung des Vermögens einer vakanten Eparchie(IOtemp.can.270). Ein illustratives Beispiel für die Mehrgliedrigkeit der orientalischen Hierarchie gegenüber der lateinischen gibt IOtemp.can.281: je nach dem Wert des Kaufobjektes ist die Zustimmung zum Verkauf vom Papst, vom Patriarchen oder vom Bischof einzuholen(Vergl. CIC can.1532). Der Patriarch muß dafür sorgen, daß in jeder Eparchie eine ordnungsgemäße Vermögensverwaltung eingerichtet wird. Notfalls hat er selbst einen Ökonom einzusetzen.

Die Art und Weise der Vermögensverwaltung in der Ep-

archie des Patriarchen kann dieser selbst bestimmen. Wenn auch ein Ökonom bestellt werden muß, so ist dieser doch nur Hilfsorgan des Patriarchen. Anders ist es mit dem Ökonomen des Patriarchats. Dieser ist nicht Hilfsorgan des Patriarchen, sondern hat einen eigenen Geschäftsbereich, da dem Patriarchen grundsätzlich nur die geistliche Verwaltung übertragen ist. Der Patriarch hat aber in Vermögensangelegenheiten einzelne Befugnisse, die vornehmlich den Erwerb und die Veräußerung, weniger die eigentliche Verwaltung des Vermögens betreffen. Die Annahme von Vermächtnissen, Erbschaften, Geschenken und sonstigen Zuwendungen kann nur vom Patriarchen erklärt werden (can. 269 § 1 n. 1). Ihm obliegt es auch, nach dem Willen der Stifter und nach Maßgabe des kanonischen Rechts darüber zu verfügen (can. 269 § 1 n. 1 2. Halbsatz). Zur Finanzierung der Patriarchalverwaltung und der sonstigen Aufwendungen des Patriarchats steht dem Patriarchen das Recht zu, von seinen Hierarchen und den Gläubigen sowie den juristischen Personen finanzielle Beiträge zu verlangen (can. 269 § 1 n. 2). Die Patriarchalsynode hat darüber zu befinden, wovon dem Patriarchen der Zehnte zustehen soll und was er sonst noch zu bekommen hat (can. 269 § 2).

Eine fruchtbare Arbeit des Patriarchen ist nur möglich, wenn er über die Lage der Kirche in seinem Patriarchat genau informiert ist. Deshalb muß er mindestens alle zehn Jahre jeden Teil des Patriarchats visitieren oder visitieren lassen (can. 246 § 1). Im Gegensatz zum Bischof ist der Patriarch nicht zur jährlichen Visitationsreise verpflichtet. Er muß nur sehen, daß er in zehn Jahren durchkommt. Eine außerordentliche Visitation ist beim Vorliegen einer *gravis causa* zulässig (can. 246 § 2).

Alle fünf Jahre hat sich der Patriarch zur *visitatio liminum* nach Rom zu begeben und über den Stand seines Patriarchats zu berichten (can. 275). Dabei kommen ihm die Erfahrungen seiner eigenen Visitationsreisen zugute. Seine Aufgabe wird ihm ferner dadurch erleichtert, daß er selbst alle fünf Jahre von den unterstellten Bischöfen einen Bericht erhält (can. 405 § 2) und diese ihn aufsuchen

müssen, wenn es das Partikularrecht vorschreibt (can. 403 §2). Der Patriarch ist entsprechend seiner Doppelstellung auch als Bischof zur *visitatio liminum* verpflichtet, wobei er über seine Eparchie zu berichten hat (can. 405 §1, 282). Fraglich ist, ob er die beiden Berichte verbinden kann und ob er seinen Verpflichtungen als Patriarch und Bischof mit einer Reise genügen kann oder ob er alle fünf Jahre zweimal nach Rom fahren muß. Sachlich müssen die beiden Berichte jedenfalls getrennt gehalten werden, da ihr Gegenstand verschieden ist. Außerdem berichtet der Patriarch "*iuxta probatam formulam*", der Bischof "*secundum formulam ab Apostolica Sede datam*". Ob die beiden Berichte und die zwei Romreisen, zu denen der Patriarch grundsätzlich verpflichtet ist, wenigstens zeitlich zusammengelegt werden können, ist aus dem Gesetz nicht ausdrücklich zu entnehmen. Die Berichtsjahre für die Eparchien sind von vornherein festgelegt. Übrigens ist die für die Ostkirche getroffene Regelung nicht auf jene der Lateinischen Kirche abgestimmt (Vergl. can. 405 §3 und CIC can. 340 §2). Die Berichtsjahre der Patriarchen sind nicht einheitlich festgelegt, sondern richten sich nach der Wahl zum Patriarchen. Die erste *visitatio liminum* muß innerhalb eines Jahres nach der Wahl erfolgen und die zweite in fünf Jahren darauf (can. 273, 275). Ein asiatischer Patriarch, der z.B. 1967 gewählt würde und noch im gleichen Jahr die erste Romreise unternähme, müßte 1972 als Patriarch zum zweiten Male die *visitatio liminum* machen. Die Berichtsjahre für die Bischöfe sind aber die Jahre 1970, 1975 usw. Da im Gesetz jeder Hinweis fehlt, kann auch nicht angenommen werden, daß die *quinquennia* des can. 275 mit denen des can. 405 §3 übereinstimmen sollen. Vielmehr ist vom Zeitpunkt des can. 273 n.2 auszugehen. Nach dem Wortlaut des Gesetzes müßte demnach der Patriarch alle fünf Jahre zwei Romreisen unternehmen, sofern die Termine nicht ausnahmsweise zusammenfallen. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Regelung erscheint sehr zweifelhaft. Eine Zusammenlegung der Besuchs- und Berichtsjahre wäre von Vorteil.

Zur Aufrechterhaltung eines ständigen Kontaktes können die Patriarchen beim Apostolischen Stuhl einen Apokrisiar(52) bestellen(can.220). Darin kommt die hohe Stellung des Patriarchen in der Gesamtkirche zum Ausdruck.

Innerhalb des Patriarchats muß der Patriarch zum Zeichen seiner Oberhoheit von allen Bischöfen und übrigen Hierarchen kommemoriert werden(can.272). Den Klerikern kann dies partikularrechtlich geboten werden. Andererseits ist der Patriarch entsprechend seiner Unterstellung unter den Papst(can.216 §2: "sub auctoritate Romani Pontificis") zur Kommemoration des Papstes verpflichtet(can.274). Damit ist das grundsätzliche Verhältnis von Papst und Patriarch nicht zweifelhaft. Trotz seiner *amplissima potestas* untersteht der Patriarch der Primatialgewalt des Papstes und ist ihm in allem verantwortlich.

Mit der obigen Feststellung ist aber noch nichts Näheres über die Rechtsnatur der Patriarchalgewalt und über das Verhältnis der päpstlichen und patriarchalen Zuständigkeit gesagt. Diese beiden Fragen bedürfen noch einer eingehenden Erörterung.

Can.240 bestimmt ausdrücklich, daß der Patriarch *potestas ordinaria* besitzt. Das ist an sich selbstverständlich, denn der Patriarch ist Inhaber eines Amtes und erhält seine Befugnisse kraft Gesetzes mit dem Amt (can.238,139). Fraglich ist nur, ob der Patriarch *potestas propria* oder *potestas vicaria* besitzt. Aus dem gelegentlichen Gebrauch des Wortes *proprius* im Gesetz kann nicht auf eine *potestas propria* des Patriarchen geschlossen werden. Das gilt insbesondere für can.245, der von einem "*proprium ius*" des Patriarchen spricht. Damit soll nur zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich im Gegensatz zu can.243 nicht um eine grundsätzliche Angelegenheit der Patriarchalsynode handelt. Entscheidend ist der

(52) Apokrisiar ist der Überbringer einer Antwort. Er war ursprünglich ein Gesandter des Papstes am byzantinischen Hof. Jetzt entspricht er dem Nuntius(Lexikon I S.543).

eigenberechtigte oder stellvertretende Charakter der Patriarchalgewalt.

Nach *ius divinum* gibt es zwei Stufen der Jurisdiktionsgewalt: *potestas suprema* und *potestas episcopalis*. Diese Zweiteilung legt auch das kanonische Recht zugrunde, wenn es von der obersten Gewalt und ihren Teilhabern sowie von der bischöflichen Gewalt und ihren Teilhabern spricht. Diese gesetzliche Einteilung in Verbindung mit der zweistufigen Jurisdiktionshierarchie des göttlichen Rechts legt die Vermutung nahe, daß Papst und Bischöfe eigenberechtigte Gewalt, alle übrigen Inhaber einer Gewalt dagegen stellvertretende Gewalt besitzen. Die kanonische Rechtslehre billigt jedoch auch dem Prälaten *nullius* und dem Pfarrer eigenberechtigte (Oberhirten-)Gewalt zu(53). Gegen die Richtigkeit dieser Lehre könnte man verschiedene Bedenken haben. Einmal bezeichnet das Gesetz diese Personen ausdrücklich als Teilhaber an der Gewalt eines anderen. Der Teilhaber hat aber, so möchte es scheinen, keine eigenberechtigte Gewalt, denn hätte er eine solche, dann wäre er nicht auf eine Teilhabe an der Gewalt eines anderen angewiesen. Eigenberechtigung und Teilhabe scheinen unvereinbar zu sein. Zum anderen erhebt sich die Frage, welcher Art die eigenberechtigte Gewalt des Prälaten *nullius* und des Pfarrers sein sollte, wenn man ihnen schon eine solche zubilligen wollte. Es läge nahe, ihnen in diesem Falle jene Gewalt als eigenberechtigte zuzubilligen, an der ihnen eine Teilhabe zukommt, folglich dem Prälaten *nullius* *suprema potestas propria* und dem Pfarrer *episcopalis potestas propria*, ein Ergebnis, das man nicht ernstlich vertreten kann. Schließlich ist noch zu erwägen, ob es überhaupt eigenberechtigte Gewaltträger kraft kirchlichen Rechts(53) geben kann. Bedeutet nicht eine *potestas propria* des Prälaten *nullius* eine Einschränkung der *suprema potestas* des Papstes durch das kirchliche Recht? Entsprechendes gilt für das Verhältnis von Bischof und Pfarrer.

Im Ergebnis greifen alle diese Bedenken nicht durch.

Dem Pfarrer steht im äußeren Bereich nur einfache Hirtengewalt zu, keine potestas, die immer Oberhirtengewalt bedeutet. Ferner hat das Wort "eigenberechtigt" keinen Ausschließlichkeitscharakter in dem Sinne, daß der Pfarrer oder Bischof oder Prälat nullius in den Angelegenheiten seiner Zuständigkeit alle anderen ausschließen oder beschränken würde. Auch die potestas propria des Bischofs hat gegenüber der suprema potestas keine Ausschlußwirkung. Genau das gleiche gilt für die Gewalt des Pfarrers und des Prälaten nullius. Selbst wenn man sie als eigenberechtigte Gewaltträger anerkennt, beeinträchtigt das die Rechte von Papst und Bischof in keiner Weise. Potestas suprema und potestas episcopalis kennen keine untere Grenze. Die potestas episcopalis schließt auch die einfache Hirtengewalt in sich. Dieser Teil der potestas episcopalis kann für sich allein dem Pfarrer neben dem Bischof als eigenberechtigte Gewalt zustehen. Ebenso erhält der Prälat nullius aus der potestas suprema nur den einen Teil, die potestas episcopalis als propria potestas zugestanden. Teilhabe darf schließlich nicht zu negativ in dem Sinne verstanden werden, daß der Teilhaber keine selbständigen Befugnisse hätte. Teilhabe bedeutet vielmehr nur, daß die Gewalt des einen mit einem Teil der Gewalt des anderen übereinstimmt.

Ob jemand eigenberechtigt ist oder nicht, hat mit der Herkunft der rechtlichen Stellung nichts zu tun. Eigenberechtigt ist jeder, der nicht im Namen eines anderen und für diesen tätig wird, sondern einen eigenständigen Aufgabenbereich hat. Der Patriarch ist nach dem Ostrecht Teilhaber an der suprema potestas. Trotzdem ist er bei Anwendung der gewonnenen Grundsätze als eigenberechtigter Gewaltträger anzusehen, da er kein Vertreter des Papstes ist.

Eine Besonderheit der Patriarchalgewalt ist ihre Höchstpersönlichkeit. Dem Patriarchen ist es nicht gestattet, einen Synkellus(54) für das ganze Patriarchat

(54) Der Synkellus(der in der gleichen Zelle wohnt) entspricht im Diözesanbereich dem Generalvikar.

zu bestellen(can.241). Er kann aber einen oder mehrere Synkelli für Teile des Patriarchats einsetzen. Es kann für jeden Teil des Patriarchats ein Synkellus vorhanden sein. Can.241 will den Patriarchen nicht zwingen, bestimmte Gebiete des Patriarchats selbst zu verwalten. Es ist nur ein räumlich unbegrenzt zuständiger Synkellus verboten. Der Patriarch hat also die Wahl. Beruft er nur einen Synkellus, dann muß er einen Teil des Patriarchats selbst verwalten. Will er das nicht, dann muß er mindestens zwei Synkelli aufstellen.

Mit der Feststellung, daß der Patriarch eigenberechtigte, höchstpersönliche Jurisdiktionsgewalt besitzt, ist die Frage des Verhältnisses der positivrechtlichen Zuständigkeit von Papst und Patriarch noch nicht geklärt. Auch in der Lateinischen Kirche konkurriert die potestas episcopalis mit der übergeordneten potestas suprema. Es gibt aber im CIC keine dem Ostrecht vergleichbare positivrechtliche Zuständigkeitskonkurrenz. Von einer solchen muß im Ostrecht gesprochen werden, da etwa can.159 mit Rücksicht auf den Jurisdiktionsprimat nicht so gedeutet werden darf, als hätte er infolge des Vorbehalts für die Patriarchate überhaupt keine positive Bedeutung.

Während nach CIC can.215 - 217 die positivrechtliche Zuständigkeit des Papstes eindeutig feststeht, enthalten die entsprechenden can.159 - 161 erhebliche Einschränkungen. Can.159 spricht die Befugnis zur territorialen Gliederung der Kirche dem Papst oder der Ökumenischen Synode zu, "salvo praescripto can.248,327,§1, 328." In diesen Bestimmungen, die durch can.159 nicht beeinträchtigt werden sollen, ist davon die Rede, daß der Patriarch und der Erzbischof Provinzen, Eparchien und Exarchien errichten können. Es fragt sich, welche Bedeutung dem can.159 im Bereich der orientalischen Patriarchate und Archiepiskopate überhaupt noch zukommt. In can.160 ist für die Errichtung von Sprachpfarreien ein Indult des Apostolischen Stuhls und für die Änderung bestehender Zustände eine Konsultationspflicht vorgeschrieben. Anschließend findet sich der

erstaunliche Satz, daß "Indultum et consilium de quibus in n.1", also Indult und Rat des Apostolischen Stuhls(?) vom Patriarchen einzuholen sind. Wie ist diese Befugnis des Patriarchen rechtlich zu würdigen? Geht es hier auch um eine Frage der Zuständigkeitskonkurrenz wie in can. 159? In can.161 heißt es schließlich, daß der Bischof bei Schwierigkeiten in der Einteilung der Eparchie den Apostolischen Stuhl, in Patriarchaten dagegen den Patriarchen zu befragen hat. Es ließen sich noch mehr derartige Fälle anführen, doch genügen diese Beispiele, um die Problematik aufzuzeigen.

Can.164 und CIC can.220 bestimmen in gleicher Weise, daß gewichtige Angelegenheiten, die allein dem Papst vorbehalten sind, "causae maiores" genannt werden. Diese Regel führt auf Grund der Verschiedenheit der Kompetenzordnung in den beiden Rechtskreisen zu verschiedenen Ergebnissen. Das eine kann schon jetzt gesagt werden, daß die oben genannten Fälle für die Ostkirche keine *causae maiores* sind, da der Patriarch zumindest auch zuständig ist. Die bloße Bestätigung des Apostolischen Stuhls im Falle des can.248 rechtfertigt nicht die Annahme, daß eine *causa maior* vorliege. Die Zuständigkeit des Papstes ist aber selbstverständlich nicht auf die *causae maiores* beschränkt. Sie hat hier lediglich die Besonderheit, daß sie eine ausschließliche ist. In allen übrigen Angelegenheiten kommt es kraft der Unmittelbarkeit der päpstlichen Gewalt und der gleichzeitigen Zuständigkeit eines untergeordneten Hierarchen(anderenfalls wäre es eine *causa maior*) zu einer Zuständigkeitskonkurrenz, die in dieser Allgemeinheit eine Eigenart des kanonischen Rechts ist. In der Ostkirche ist nun diese Konkurrenz auch nach der positivrechtlichen Ordnung gegeben.

Die Zuständigkeit von Papst und Patriarch ist jedoch keine gleichartige, da sie auf verschiedenen Voraussetzungen beruht(55). Es ist ein allgemeines Prinzip einer jeden vernünftigen Organisation, daß den unteren Stellen möglichst viele Kompetenzen überlassen werden. Um die

(55) Vgl. Mörsdorf S.243

Funktionsfähigkeit einer Organisation zu gewährleisten, dürfen den übergeordneten Instanzen nur Angelegenheiten von entsprechender Bedeutung zugewiesen werden. Dabei kann die Bedeutung der Sache in der Materie selbst oder aber auch in der Person der Beteiligten begründet sein. In der Lateinischen Kirche fällt praktisch alles, was über die bischöfliche Zuständigkeit hinausgeht, zwangsläufig in den alleinigen Kompetenzbereich des Papstes. In der Ostkirche ist das anders. Die in sachlicher Hinsicht schwerwiegenden Angelegenheiten können zum Teil dem Patriarchen überlassen werden und nur zum anderen Teil müssen sie dem Apostolischen Stuhl vorbehalten bleiben. Die allein mit Rücksicht auf die beteiligten Personen bedeutsamen Sachen erfordern in aller Regel nur eine Entscheidung durch das nächsthöhere Organ, das allen beteiligten Personen gemeinsam ist. Die Zuständigkeit ist hier mit der hierarchischen Stufenfolge aufs engste verknüpft. Das kommt besonders im Prozeßrecht zum Ausdruck. In der Lateinischen Kirche haben z.B. die Bischöfe ihren Gerichtsstand beim Papst, weil ein hierarchisches Zwischenglied mit Jurisdiktion über die Bischöfe fehlt. In der Ostkirche ist der Patriarch der Nächst höhere und deshalb liegt die Zuständigkeit bei ihm, wenn auch nicht bei ihm allein (IOiud.can.17,18). Nur aus schwerwiegenden sachlichen Gründen werden die Strafsachen der Bischöfe vor ein höheres Forum gebracht (IOiud.can.17 §1 n.2).

Die Rechte des Patriarchen haben in der Struktur der orientalischen Hierarchie einen realen Hintergrund und sind keineswegs willkürlich zusammengestellt. Aus dieser engen Beziehung der patriarchalen Rechte zur Position des Patriarchen im hierarchischen System folgt die Richtigkeit der Behauptung Mörsdorfs (56), daß die Zuständigkeit des Patriarchen der Zuständigkeit des Papstes nach der positivrechtlichen Ordnung vorgeht. Eine positivrechtliche Kompetenzordnung vermag aber der päpstlichen Primatialgewalt keine Schranken zu setzen. Gewiß

wäre es wenig sinnvoll, wenn sich der Papst etwa um die Abgrenzung der Dekanatsbezirke kümmern würde oder in einer entfernt liegenden Eparchie eine Visitationsreise machen wollte. Aber das sind alles nur Zweckmäßigkeits-erwägungen, die es ratsam erscheinen lassen, daß der Papst diese Dinge anderen überläßt und sich wichtigerer Sachen annimmt. Eine rechtliche Schranke bilden diese Überlegungen nicht. Die *suprema et plena potestas* findet nur am *ius divinum* eine Grenze. Da aber die Rechtsstellung des Patriarchen nicht auf *ius divinum*, sondern auf *ius humanum* beruht, steht dem Eindringen des Papstes in den positivrechtlichen Kompetenzbereich des Patriarchen kein rechtliches Hindernis entgegen.

Die Kompetenzordnung hat danach nur die Funktion eines Arbeitsplanes. Sie soll besagen, daß sich der Papst in aller Regel um die dem Patriarchen zugewiesenen Aufgaben nicht kümmert und der Patriarch das Recht und die Pflicht hat, in diesem Rahmen tätig zu werden. Der Papst soll auch nur aus schwerwiegenden Gründen in den Kompetenzbereich des Patriarchen eingreifen, damit die kirchliche Jurisdiktion nicht in Unordnung gerät und sich die Kurie auf echte Führungsaufgaben konzentrieren kann.

Somit ergibt sich für das Verhältnis der beiden Gewalten folgendes: Positivrechtlich ist in erster Linie der Patriarch zuständig. Die "sekundäre" Zuständigkeit des Papstes ist jedoch stärker. Wird sie in Anspruch genommen, so wird für diesen Fall die Entscheidungsbefugnis des Patriarchen verdrängt. Die Fälle der positivrechtlichen Kompetenzkonkurrenz liegen daher grundsätzlich nicht anders als die Fälle der alleinigen positivrechtlichen Kompetenz untergeordneter Gewaltträger. Denn die Niederlegung der Rechte des Papstes im Gesetz hat ohnehin keine konstitutive Bedeutung.

Das Verhältnis von can.159 zu can.248 ist damit geklärt. Die kirchliche Organisation ist zunächst Aufgabe des Patriarchen. Der Papst kann aber jederzeit in diese Dinge eingreifen. Nicht anders ist das Verhältnis von

can.160 §4 n.1 zu n.2. Die Worte "Indultum et consilium de quibus in n.1" dürfen nicht dahin verstanden werden, daß der Patriarch ein Apostolisches Indult gewähren könnte. Sie sollen vielmehr besagen, daß in Patriarchaten ein Indult des Patriarchen genügt und die Einholung seines Rates ausreichend ist. Dasselbe gilt für den Fall des can.161 §2.

Die päpstliche und die patriarchale Gewalt verhalten sich bei can.160,161 nicht anders zueinander als im Falle von can.159,248. Der Unterschied ist allein gesetzestechnischer Natur. In can.160,161 wird die positivrechtliche Zuständigkeit von Papst und Patriarch in ein und demselben Paragraphen geregelt, in can.159 wird dagegen mit dem Mittel des Verweises gearbeitet.

Angesichts des Vorrangs der patriarchalen Zuständigkeit erhebt sich die Frage, weshalb man sich bei der Bestimmung der päpstlichen Rechte nicht mit can.162 begnügt hat. Das hat verschiedene Gründe, nicht zuletzt das Vorbild des CIC. Ferner haben im CIC die entsprechenden Kanones(215,216,217 usw.) vor allem eine negative Aufgabe. Sie sollen klarlegen, daß die Bischöfe nicht zuständig sind. Hinsichtlich der Bischöfe, die keinem Patriarchen oder Erzbischof unterstellt sind, haben die genannten Kanones auch für die Ostkirche ihre volle Bedeutung. In den Patriarchaten ergibt sich die Zuständigkeit des Patriarchen und damit die Unzuständigkeit der Bischöfe schon aus can.248. Can.159 ff. und dergleichen Bestimmungen deuten aber an, daß es sich um wichtige Angelegenheiten handelt und auch in den Patriarchaten mit gelegentlichen Eingriffen des Apostolischen Stuhls gerechnet werden muß.

§7. Die Jurisdiktion des Patriarchen über die Metropolitanen und Bischöfe seines Patriarchats

Nach den vorangegangenen, mehr allgemeinen Betrachtungen soll nun untersucht werden, welche Befugnisse der Patriarch über die einzelnen Metropolitanen und Bischöfe seines Patriarchats hat. Dabei interessiert vor allem die Besetzung der Bischofssitze.

Während in der Lateinischen Kirche der Grundsatz der freien Ernennung durch den Papst gilt(CIC can.329 §2), erfolgt die Bestellung der Metropolitanen und Bischöfe in den Patriarchaten und Archiepiskopatzen der Ostkirche (ausschließlich) durch Wahl(can.251,326 §1 n.1). Die Wahl ist nicht Sache der Gläubigen und auch nicht des Klerus der vakanten Eparchie, sondern obliegt allein den Bischöfen des Patriarchats(can.252 §2 n.1,224). Das Wahlgremium ist das gleiche wie bei der Patriarchenwahl(vergl. S.37 oben).

Die Vorbereitung der Bischofswahl und ihre Durchführung liegen ganz in den Händen des Patriarchen. Der Administrator der vakanten Eparchie hat damit nichts zu tun. Wie bei der Patriarchenwahl, so schaltet sich der Apostolische Stuhl auch hier zunächst nicht ein. Die Entscheidung liegt allein bei der Wahlsynode.

Wird ein Sitz vakant, so hat der Patriarch dafür zu sorgen, daß die Eparchie möglichst bald einen würdigen und geeigneten Oberhirten bekommt(can.249 §3). Dies kann auf zweifache Weise geschehen, entweder durch Versetzung - die in aller Regel die Vakanz eines anderen Sitzes zur Folge hat - oder durch Wahl. Nach dem neuen Recht und dem Herkommen der Ostkirche steht die Wahl im Vordergrund(57). Ein Vorschlagsrecht des Patriarchen ist nicht festgelegt, doch dürfte eine dahin gehende Übung bestehen. Das ergibt sich einmal daraus, daß nicht planlos gewählt werden kann. Außerdem setzt can.252 §1 eine solche Übung voraus. Welchen Sinn hätte es sonst, daß der Patriarch mit dem Klerus der vakanten Eparchie Füh-

lung nimmt und nach geeigneten Kandidaten Ausschau hält? Auch die Informationen zur Feststellung der Geeignetheit der Kandidaten haben nur dann einen Sinn, wenn die Kleriker, über die Informationen eingeholt wurden, auch zur Wahl gestellt werden können. Ein solcher Vorschlag ist aber für die Wahlsynode nicht verbindlich. Es kann auch ein anderer Kleriker gewählt werden, der idoneus ist. Ein verbindliches Vorschlagsrecht mit ausschließlicher Wirkung kann dem Patriarchen aber durch das Partikularrecht eingeräumt werden (can. 252 § 2 n. 2). Dieses Vorschlagsrecht darf jedoch nicht dazu führen, daß das Wahlrecht der Bischöfe praktisch beseitigt wird. Der Patriarch muß so viele Kandidaten vorschlagen, daß noch von einer Wahl gesprochen werden kann. Dabei kommt es nicht allein auf die Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten an. Auch wenn nur ein reeller Kandidat und fünf Scheinkandidaten aufgestellt sind, können die Bischöfe nicht mehr wählen. Um noch von einer echten Wahl sprechen zu können, wird man verlangen müssen, daß wenigstens drei ernsthafte Kandidaten zur Wahl gestellt werden.

Auf die Wahl selbst sind die can. 102 ff. subsidiär anwendbar. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der gültigen Stimmen der erschienenen Bischöfe auf sich vereinigt (can. 105, 252 § 2 n. 3). Die Bischofswahl dürfte daher in der Regel eher zu einem Erfolg führen als die Patriarchenwahl.

Der Gewählte bedarf der Bestätigung des Apostolischen Stuhls. Bis zur authentischen Nachricht von der erfolgten Bestätigung ist das Wahlergebnis gegenüber jedermann geheimzuhalten (can. 253). Erst nachher kann der Gewählte die Wahl annehmen und ist zur Ordination und Inthronisation zu schreiten. Dieses Verfahren gleicht dem Fall, daß bei der Patriarchenwahl ein gewöhnlicher Kleriker gewählt wird (can. 235 § 3).

Nimmt der Gewählte die Wahl nicht an oder hat er die Bestätigung des Apostolischen Stuhls nicht erhalten, so muß von neuem gewählt werden. Ist eine Nutzfrist von drei Monaten ab Kenntnis von der Sedisvakanz ungenutzt

verstrichen, so wird der Bischof vom Apostolischen Stuhl frei ernannt(can.103,120). Die Frist ist nicht ungenutzt verstrichen, wenn der Gewählte die Wahl nicht annahm oder die Bestätigung nicht erhielt. In diesen beiden Fällen steht der Synode ab Kenntnis von der Ablehnung der Wahl oder der Verweigerung der Bestätigung wieder eine Nutzfrist von drei Monaten zu.

Häufig dürfte das beschleunigte Verfahren nach can. 254 zur Anwendung kommen. Wird ein Kandidat gewählt, der auf einer bestimmten Liste aufgeführt ist, dann kann dieser im unmittelbaren Anschluß an die Wahl zum Bischof geweiht werden. Auf die Liste kommt aber nur, wer von den Bischöfen in geheimer Abstimmung mit absoluter Mehrheit als idoneus befunden wird. Es ist nicht verlangt, daß diese Wahl in Synodo electionum erfolgt. Auch die auf der Patriarchalsynode versammelten Bischöfe können Listenkandidaten aufstellen. Außer der Wahl ist die Billigung des Apostolischen Stuhls erforderlich("approbatus"), die die Bedeutung einer vorweggenommenen, widerruflichen Bestätigung hat.

Dieses beschleunigte Verfahren hat mehr Nachteile als Vorteile. Zunächst ist zu bemerken, daß nur mit Vorbehalt von einem "beschleunigten" Verfahren gesprochen werden kann. Es ist nicht zu bestreiten, daß auf diese Weise bei Sedisvakanz eine raschere Besetzung des bischöflichen Stuhls erfolgen kann. Im übrigen ist dieses Verfahren weit komplizierter als das Normalverfahren. Bei letzterem findet nur eine Wahl statt. Das beschleunigte Verfahren erfordert zwei und mehr Wahlen: eine oder mehrere Wahlen für die Liste und dann die Wahl eines Listenkandidaten zum Bischof. Für den Apostolischen Stuhl ist dieses Verfahren mit einer erheblichen Mehrarbeit verbunden, die zum größten Teil umsonst ist. Es müssen alle Kandidaten geprüft werden, die von den Bischöfen zur Aufnahme in die Liste gewählt werden. Und das sind durchwegs mehr als je zu Bischöfen gewählt werden können. Der Apostolische Stuhl hat ferner ständig zu prüfen, ob die Leute auf der Liste das entgegengebrachte Vertrauen noch recht-

fertigen oder nicht und deshalb von der Liste gestrichen werden sollen. Das gilt vor allem beim Tod eines Bischofs, wenn eine Wahl bevorsteht. Was soll übrigens Rechtens sein, wenn ein Kandidat von der Liste gestrichen, aber gleichwohl gewählt wurde, weil die Synode von der Streichung noch keine Kenntnis hatte? Es ist anzunehmen, daß er der Bestätigung bedarf, die er aber nicht bekommen wird, denn anderenfalls wäre er nicht von der Liste gestrichen worden. Damit wird eine weitere Wahl erforderlich. Wird ein Kandidat gewählt und ordiniert ehe seine Streichung bekannt wird, dann wird sich der Apostolische Stuhl mit dem Geschehenen abfinden müssen. Das Verhältnis zwischen dem neuen Bischof und dem Apostolischen Stuhl dürfte aber von Anfang an getrübt sein.

Schließlich öffnet dieses Verfahren dem Nepotismus Tür und Tor. Es ist durch dieses Verfahren die Möglichkeit geschaffen, an der Bestellung des eigenen Nachfolgers mitzuwirken. Es hängt praktisch von jedem einzelnen Bischof ab, welche Leute aus seiner Eparchie auf die Liste kommen. Den übrigen Bischöfen fehlt die nähere Kenntnis und daher kommt dem Vorschlag des Bischofs einer bestimmten Eparchie bei der Wahl eine entscheidende Bedeutung zu. Einer dieser durchgebrachten Kandidaten wird dann auch zum Nachfolger des betreffenden Bischofs gewählt werden. Gerade die geeignetsten und tüchtigsten Kleriker dürften häufig nicht auf diese Liste kommen, sondern die bekannten Freunde und Schützlinge, die es verstanden haben, sich anzubieten. Man halte dem nicht entgegen, daß der Episkopat über derlei Dinge erhaben sei. Wo es Menschen gibt, da geht es menschlich zu, auch in der Kirche, auch im Episkopat. Das soll nur eine Feststellung und kein Vorwurf sein.

Can.254 stellt einen - wie häufig - schlechten Kompromiß dar, durch den einerseits die Bischofswahl möglichst frei und scheinbar unabhängig gestaltet, andererseits die Kontrollrechte des Apostolischen Stuhls gesichert werden sollten. Beides wurde verwirklicht. Eine

sachdienliche Regelung ist dabei trotzdem nicht herausgekommen, weil das Verfahren zu viel Arbeit macht und keine Garantien gegen einen Mißbrauch dieses Systems durch Nepotismus gegeben sind. Das Normalverfahren wäre viel zweckmäßiger, doch dürfte die Verlockung, eine Liste aufzustellen und nach ihr zu wählen, unwiderstehlich sein.

Kann die Wahlsynode nicht einberufen werden, so darf der Patriarch mit Erlaubnis des Apostolischen Stuhls eine Briefwahl durchführen(can.255). Dabei kann nach dem Normalverfahren oder auch nach der Liste gewählt werden. Gerade im schriftlichen Verfahren kommt der Liste eine erhebliche Bedeutung zu. Eine Aussprache ist nicht möglich und daher dürfte in der Regel der erste Listenkandidat aus der vakanten Eparchie am ehesten die absolute Mehrheit erreichen.

Das endgültige Urteil über die Geeignetheit des zum Bischof bzw. für die Aufnahme in die Liste Gewählten steht allein dem Apostolischen Stuhl zu(can.394 §3,255). Das Adverb "definitive" ist deshalb eingefügt, weil die Ermittlungen nicht allein durch den Apostolischen Stuhl geführt werden und vor allem schon bei der Wahl die Geeignetheit ernsthaft geprüft werden muß(can.252,254). Die Voraussetzungen, die der Gewählte erfüllen muß, sind in der Lateinischen und Orientalischen Kirche die gleichen. Die Ehelosigkeit des Bischofs - im lateinischen Recht eine nicht eigens erwähnte Selbstverständlichkeit - wird in can.394 §1 n.2 noch ausdrücklich verlangt, obwohl sie sich bereits aus can.69 ergibt.

Die Amtsübertragung erfolgt auch in der Ostkirche durch kanonische Verleihung, die hier in der Form der Bestätigung geschieht(can.89). Die Bestätigung ist in jedem Falle allein Sache des Apostolischen Stuhls, also auch für die Ostkirche eine causa maior. Mit dem Empfang der Bestätigungsurkunde geht das Amt auf den Gewählten über(can.119 §§3,4), soweit nicht etwas anderes vorgesehen ist. Das Ostrecht bringt hierzu einige recht problematische Bestimmungen. Einmal enthält can.395 §1

einen Vorbehalt zugunsten des can.256, der bestimmt, daß der Patriarch dem Gewählten "litteras patriarchales provisionis canonicae" zu übergeben hat. Das Adjektiv "patriarchales" macht deutlich, daß der Patriarch trotz der Verweisung auf can.395 nicht stellvertretend für den Apostolischen Stuhl handelt. Der Apostolische Stuhl und der Patriarch wirken hier in ganz eigenartiger Weise zusammen. Die Bestätigung selbst obliegt als *causa maior* allein dem Apostolischen Stuhl. Das geht auch aus can.256 §2("..*confirmationis a Romano Pontifice datae.*") eindeutig hervor. Der Patriarch hat nur das nach can.119 §3 erforderliche Bestätigungsschreiben auszustellen. Wenn die Bestätigung erst nach der Wahl des Bischofs eingeholt werden kann (Normalverfahren), dann könnte dieses Schreiben ohne weiteren Zeitverlust auch vom Apostolischen Stuhl ausgefertigt werden. Diese Befugnis des Patriarchen ist aber dann von besonderer Bedeutung, wenn nach der Liste gewählt wird. Bei allen Listenkandidaten ist die Bestätigung schon im voraus erteilt. Da der Patriarch das erforderliche Schreiben, das bei der vorweggenommenen Bestätigung noch nicht ausgestellt wurde, selbst ausfertigen kann, braucht der Apostolische Stuhl vor der Ordination überhaupt nicht in Anspruch genommen zu werden. Daher ist es denkbar, daß der Apostolische Stuhl im Wahlbericht des Patriarchen(can. 254 §2 n.2) vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Eine Problematik, die das Recht der Lateinischen Kirche in gleicher Weise berührt und hier nur gestreift werden kann, ergibt sich aus dem Verhältnis von can.395 §1 zu can.396 §2. Can.395 §1 bestimmt: "*Cuilibet ad episcopatum promovendo necessaria est canonica provisio, qua Episcopus vacantis eparchiae constituitur*". Dasselbe steht in CIC can.332 und bedeutet dort, daß der Bischof mit der kanonischen Verleihung Bischof der Diözese wird und die bischöfliche Jurisdiktion erhält, während er die bischöfliche Weihegewalt erst mit der Ordination bekommt. Demgegenüber bestimmt can.396 §2: "*Recepta episcopali ordinatione, Episcopus: Episcopalem iurisdictionem obtinet*". Dem CIC ist eine entsprechende Bestimmung un-

bekannt. Wie soll nun beides miteinander in Einklang gebracht werden? Mit can.88 könnte man can.396 §2 vereinbaren, wenn man den Ablativus absolutus konditional versteht. Can.88 besagt nur, daß die kanonische Verleihung erforderlich ist, nicht aber, wann das Amt übergeht. Desgleichen widersprechen sich can.119 §4 und can.396 §2 nicht, wenn man den Ablativus absolutus wiederum konditional versteht und annimmt, daß can.396 §2 eine andere Bestimmung im Sinne des can.119 §4 sein soll. Can.395 §1 ist in seinem wesentlichen Inhalt dem CIC entnommen worden und muß daher grundsätzlich die gleiche Bedeutung haben wie im CIC. Danach hat die bischöfliche Jurisdiktion ihren Grund in der kanonischen Verleihung und nicht in der Ordination. Nimmt man den Ablativus absolutus in can.396 §2 kausal, dann sind die beiden Bestimmungen schlechterdings unvereinbar. Nach can.395 §1 beruht die Jurisdiktionsgewalt allein auf der kanonischen Verleihung. Der Ablativus absolutus in can.396 §2 dürfte daher in dem Sinne konditional zu verstehen sein, daß die Jurisdiktion ihren Grund zwar in der kanonischen Verleihung hat, die aber ihre Wirkungen erst bei der Ordination zeitigt. Die Ordination ist eine aufschiebende Bedingung für den Empfang der Jurisdiktionsgewalt, nicht aber ihr Grund(argumentum e contrario can.396 §3). Sollte der Ablativus absolutus in can.396 §2 dennoch kausal zu verstehen sein, dann könnte can.395 §1 in seiner jetzigen Form nicht bestehen bleiben. Welche Auslegung am Platze ist und welche Bestimmung im Falle eines unleugbaren Widerspruchs als die richtige zu gelten hat, muß letzten Endes von der Theologie her entschieden werden. Daß die Ordination nicht notwendig mit dem Empfang einer Jurisdiktionsgewalt verbunden ist und umgekehrt, zeigen das Beispiel des Weihbischofs, der nur die Weihgewalt erhält, und andererseits die Ernennung eines Weihbischofs zum Residenzbischof, der hierbei nur die Jurisdiktionsgewalt übertragen bekommt(can.396 §3).

Der Patriarch hat binnen drei Monaten die Metropoli-
ten seines Patriarchats zu ordinieren(can.256 §1 n.1,§2).

Die Metropolitane haben ihrerseits das Recht, die Suffragane zu weihen(can.319 n.1). Dieses Recht steht auch den Metropolitane außerhalb des Patriarchats zu(58).

Die Wahl ist nicht die einzige Möglichkeit zur Besetzung eines vakanten Bischofsstuhls. Der Patriarch kann auch einen anderen Bischof in diese Eparchie versetzen (can.248 §1 n.2). Jedoch ist hierfür eine *gravis causa* und die Zustimmung der Patriarchal- oder der Bischofssynode erforderlich. Die Zustimmung kommt in diesem Falle einer Wahl gleich. Besondere Bedeutung dürfte dieser Möglichkeit nicht zukommen, da sie dem Prinzip der relativen Ordination widerspricht.

Für die Bestellung von Weihbischöfen besteht wieder eine doppelte Zuständigkeit von Papst und Patriarch(can. 417,248 §1 n.4). Der Patriarch kann unter der Voraussetzung einer *gravis causa* und mit Zustimmung der Patriarchalsynode oder der Bischofssynode Weihbischöfe wählen lassen. Hier hat die genannte Zustimmung mit der Wahl nichts zu tun. Das ergibt sich schon daraus, daß die Zustimmung auch durch die Patriarchalsynode, die Wahl aber nur durch die Bischofssynode erfolgen kann. Die Zustimmung ist nicht jedesmal zu erholen, wenn der Patriarch einen Weihbischof einsetzen will. Eine wiederholte Zustimmung ist nur erforderlich, wenn sie früher ausdrücklich nur für eine einmalige Bestellung eines Weihbischofs erteilt wurde. Der Konsens hat nämlich mit der Person des Weihbischofs nichts zu tun. Es geht dabei vielmehr um die Frage, ob eine bestimmte Eparchie ständig oder unter gewissen Voraussetzungen einen Weihbischof haben soll.

Im Gegensatz zu CIC can.350 §2 werden die Weihbischöfe immer der Person des residierenden Bischofs und nie dem Sitz beigegeben. Sie können das Recht der Nachfolge haben(Koadjutoren) oder auch nicht(Auxiliare). In beiden Fällen erfolgt die Bestellung durch Wahl; die Entscheidung darüber, ob der Weihbischof als Koadjutor oder als

(58) Anderer Ansicht Mörsdorf S.250, der wohl die Verweisung in can.320 §1 n.4 übersieht.

Auxiliar beigegeben werden soll, ist jedoch Sache des Patriarchen und des Zustimmungsorgans.

Neben den Weihbischöfen gibt es in der Ostkirche noch Kurienbischöfe des Patriarchen, die an dessen Kurie ein Amt mit Residenzpflicht haben(Näheres unter §17).

Die grundlegende Norm für das Verhältnis von Patriarch und Bischöfen enthält can.259 §1. Der Patriarch soll ihnen mit Achtung und brüderlicher Liebe begegnen und sie nicht das Über- und Unterordnungsverhältnis fühlen lassen. Obwohl der Patriarch nicht zu den Hierarchen zählt(IOsignif. can.306 §4), könnte man in Abwandlung des can.63 sagen: *Meminerit autem Patriarcha se esse patrem, non dominum.* Nichtsdestoweniger schulden ihm die Bischöfe Ehrerbietung und Gehorsam. Desgleichen sollen sie alle Differenzen, die unter ihnen entstanden sind, vertrauensvoll vor den Patriarchen bringen(can.259 §2).

Bei den einzelnen Bischöfen hat der Patriarch insbesondere darauf zu achten, daß sie ihr Hirtenamt treu erfüllen (can.278 §2). Der Information des Patriarchen über die Vorgänge in den verschiedenen Eparchien dienen seine eigenen Visitationsreisen(can.246) und die alle fünf Jahre zu erstattenden Berichte der Bischöfe sowie deren Besuche beim Patriarchen(can.405 §2,403 §2). Der Patriarch ist dafür verantwortlich, daß die Bischöfe ihre Residenzpflicht gewissenhaft erfüllen. Will ein Bischof seine Eparchie ohne gesetzlichen Grund(can.403 §2) verlassen, so bedarf er der Erlaubnis des Patriarchen(can.258 n.1). Verletzt ein Bischof seine Residenzpflicht, so hat der Patriarch gegen ihn einzuschreiten(can.403 §4 n.1).

Von nicht allzu großer praktischer Bedeutung sind die Devolutionsrechte des Patriarchen. Ein solches steht ihm vor allem gegenüber den nachlässigen Metropolitane zu(can. 258 n.2). Welche Bedeutung haben dabei die Worte "*ad normam canonum*"? Seite 43 ist ausgeführt worden, daß der Patriarch aus derartigen allgemeinen Bestimmungen, wie sie auch in den can.216,240 enthalten sind, unmittelbar keine Befugnisse herleiten kann. Die dort gewonnenen Grundsätze können hier keine Anwendung finden. Denn es

gibt außer can.258 n.2 keine Bestimmung, die von Devolutionsrechten des Patriarchen gegenüber den Metropoliten handeln würde. Deshalb müssen die Devolutionsrechte, die nach can.258 n.2 dem Patriarchen unstreitig zustehen, dieser Vorschrift selbst entnommen werden. Eine uferlose Ausdehnung der Devolutionsrechte ist dabei im Gegensatz zu den Andeutungen auf Seite 43 nicht zu befürchten, da nicht mehr Rechte devolvieren können als die Metropoliten haben. Die Rechte der Metropoliten sind aber in can. 319 im wesentlichen aufgezählt und im übrigen dem gemeinen Recht zu entnehmen. Die Grenzen sind jedenfalls genau feststellbar. Für ein allgemeines Devolutionsrecht des Patriarchen spricht ferner der Umstand, daß der Patriarch als Obermetropolit auch im Falle der Sedisvakanz (can.258 §3) und beim Fehlen von Metropoliten(can.242) deren Rechte auszuüben hat. Der Patriarch tritt immer an die Stelle der Metropoliten, sobald das aus diesen oder jenen Gründen erforderlich wird.

Can.258 §2 findet nur Anwendung, wenn der Metropolit speziell seinen Verpflichtungen als Metropolit nicht nachkommt, z.B. einen Suffraganbischof nicht ordiniert. In Angelegenheiten der eigenen Eparchie des Metropoliten kann der Patriarch jedenfalls aus can.258 §2 kein Devolutionsrecht herleiten. Eine solche Möglichkeit wäre auch nicht tragbar, denn sie ließe es zu, daß der Patriarch unter dem Vorwand der Nachlässigkeit des Metropoliten dessen Eparchie regierte. Devolutionsrechte des Patriarchen gibt es hier nur bei ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung im Einzelfall, wie das z.B. hinsichtlich der Einsetzung eines Ökonomen nach can.280 §2 der Fall ist. Der gleiche Grundsatz gilt auch für die Devolutionsrechte des Patriarchen gegenüber den Suffraganbischöfen. Hier kommt noch hinzu, daß der Patriarch zunächst einmal die Devolutionsrechte der Metropoliten beachten muß(can.319 n.3). Dem Patriarchen verbleibt die Befugnis, einen Administrator zu bestellen, wenn der Eparchialrat säumig ist(can.470 §2). Hierher gehört auch die Vergabe von Benefizien, deren Verleihung durch den

Bischof wegen Simonie ungültig ist(can.266; vergl.CIC can.1435 §1 n.3). Nicht hierher gehört die Verleihung von Ämtern, die durch Verzicht oder Amtsentsetzung vakant geworden sind, an Angehörige des Bischofs oder des früheren Inhabers(can.99 §2). Im Gegensatz zu CIC can.157 kann der Bischof das Amt an Verwandte oder Verschwägte verleihen. Der Patriarch hat nur ein Zustimmungsrecht.

Es kann auch zu einer zweimaligen Devolution kommen. Bestellt ein Bischof keinen Ökonom, dann geht das Ernennungsrecht auf den Metropoliten über(can.319 n.3). Bleibt auch dieser untätig, so muß der Patriarch die Möglichkeit haben, einen Ökonom einzusetzen. Nach can.280 §2 geht das nicht, denn diese Vorschrift bezieht sich nur auf die Eparchie des Metropoliten. Dieser verletzt aber durch seine Untätigkeit seine Pflichten als Metropolit mit der Folge, daß sein Recht aus can.319 n.3 gemäß can.258 n.2 weiter an den Patriarchen devolviert.

Die Devolutionsrechte des Patriarchen können somit dreifacher Natur sein:

1. Sie sind allgemein bestimmt und gelten unmittelbar, wenn der Metropolit in Dingen nachlässig ist, deren Erledigung von vornherein ihm als Metropolit zusteht, z.B. seine Suffragane nicht ordiniert(can.319 n.1, 258 n.2).
2. Sie sind allgemein bestimmt und kommen nur mittelbar zur Geltung, wenn der Metropolit von seinen Devolutionsrechten keinen Gebrauch macht, z.B. weder der Bischof noch der Metropolit für die Suffraganeparchie einen Ökonom bestellt(can.438,319 n.3,258 n.2).
3. Sie sind schließlich einzeln bestimmt und gelten unmittelbar, wenn Metropoliten in Angelegenheiten ihrer Eparchien oder Suffragane oder Organe der Kurie säumig sind bzw. ihr Recht zur Strafe verloren haben(can.280 §2,266,249. §1 n.3).

Wie sich schon bei der Bischofswahl gezeigt hat, ist der Einfluß des Patriarchen auf die Eparchien bei einem Wechsel in ihrer Führung besonders groß. Durch die Annahme von Rücktrittsgesuchen der Bischöfe kann er die Sedisvakanz

selbst herbeiführen(can.468 §1). Er darf aber einem solchen Ersuchen nur stattgeben, wenn ein wichtiger Grund dafür gegeben ist und die Patriarchalsynode oder die Bischofssynode zustimmt(can.248 §1 n.3). Zu einer negativen Entscheidung ist der Patriarch nicht befugt. Will er dem Ersuchen nicht stattgeben, weil nach seiner Ansicht kein wichtiger Grund vorliegt oder die Synode ihre Zustimmung nicht gegeben hat, so ist dieses an den Apostolischen Stuhl weiterzuleiten.

Die verweiste Eparchie ist der besonderen Aufsicht und Obsorge des Patriarchen anvertraut(can.249 §1 n.2). Er hat darauf zu achten, daß das Vermögen der Eparchie und die persönlichen Sachen des Bischofs, die der Kathedrale anfallen(CIC can.1288,1299), wohl verwahrt und dem künftigen Bischof in gehöriger Form übergeben werden (can.250).

Mit dem Eintritt der Sedisvakanz geht die Verwaltung der Eparchie auf den Patriarchen über(can.469). Doch soll auch hier gegenüber der früheren Rechtslage nichts geändert werden. Wo partikularrechtlich etwas anderes bestimmt ist oder bestimmt wird, gelten diese Vorschriften. Dabei dürfte es sich durchwegs um die Übertragung der Verwaltung auf den Eparchialrat handeln.

Steht die Leitung der Eparchie dem Patriarchen zu, so erlischt das Amt des Synkellus mit dem Tode des Bischofs nicht(can.437 §1,469), sondern dauert bis zum Amtsantritt des vom Patriarchen ernannten Administrators fort. Der Grundsatz des "alter ego", der im lateinischen Recht streng durchgeführt ist, wird hier eingeschränkt. Für diese Regelung spricht ein praktisches Bedürfnis. Der Patriarch residiert nicht in der vakanten Eparchie und kann sich nicht in gleicher Weise wie der Eparchialrat der Verwaltung der verweisten Eparchie annehmen. Da in der Regel ohnehin der Synkellus zum Administrator ernannt wird, ist es nur vernünftig, ihm auch in der Zeit vom Eintritt der Sedisvakanz bis zu seiner Ernennung zum Administrator die Verwaltung der Eparchie zu überlassen. Der Synkellus ist aber nicht Vertreter des Bi-

schofs "über den Tod hinaus", denn er kann nur den Inhaber der bischöflichen Jurisdiktion vertreten und das ist ab Sedisvakanz der Patriarch(can.473 §1). Binnen eines Monats ab Kenntnis von dem Eintritt der Sedisvakanz hat der Patriarch nach Anhörung der Kurienbischofe einen Administrator zu ernennen(can.249 §1 n.4). Nach dem Ablauf der ungenutzten Frist devolviert das Nominationsrecht an den Apostolischen Stuhl. Der Patriarch kann bei der Bestellung des Administrators keinerlei Befugnisse für sich zurückbehalten(can.475).

Wird ein Metropolitansitz vakant, so gehen die Befugnisse des Metropoliten mit dem Eintritt der Sedisvakanz auf den Patriarchen über(can.258 n.3) und verbleiben ihm bis zum Amtsantritt des neuen Metropoliten. Zur Ausübung dieser Rechte ist weder der Synkellus noch der Administrator befugt. Dem Synkellus standen diese Befugnisse ja auch zu Lebzeiten des Metropoliten nicht zu.

Während außerhalb eines Patriarchats die interimistische Leitung der Eparchie zunächst immer auf den Eparchialrat übergeht(can.469), kann das Partikularrecht für die Eparchien eines Patriarchats auch eine andere Regelung treffen. In allen möglichen Fällen erlischt jedoch das Amt des Synkellus mit dem Eintritt der Sedisvakanz (can.437 §1) und ist es Sache des Eparchialrats, binnen acht Tagen ab Kenntnis vom Eintritt der Sedisvakanz einen Administrator zu wählen(can.470 §1). Der Eparchialrat ist für die Wahl des Administrators auch dann zuständig, wenn die Leitung der Eparchie zunächst auf ein anderes Kollegium oder eine bestimmte Person überging. Die Worte "loco sui" in can.470 §1 scheinen dem zu widersprechen. Diese Worte dürften auf den Normalfall der partikularrechtlichen Regelungen und die Rechtslage außerhalb der Patriarchate abgestellt sein, wonach die Verwaltung zunächst auf den Eparchialrat übergeht. Möglicherweise hat man CIC can.432 §1 abgeschrieben, ohne dabei zu bedenken, daß das Partikularrecht gemäß can.469 die Leitung der Eparchie bis zur Wahl des Administrators auch anders regeln kann, als es in CIC can.431 §1 geschehen

ist.

Erfolgt binnen acht Tagen keine Wahl, so devolviert das Bestellungsrecht an den Patriarchen (can. 470 §2). Für den Übergang der Rechte des Metropoliten auf den Patriarchen ist die Art und Weise der interimistischen Verwaltung ohne Bedeutung. Can. 258 §3 gilt ohne jede Einschränkung. Auch die Vorbereitung und Durchführung der Bischofswahl ist allein Sache des Patriarchen.

Das Gesetz hat genügend Möglichkeiten einer Einflußnahme des Patriarchen auf die Provinzen und Eparchien geschaffen. Seine Rechte gegenüber vakanten Eparchien reichen aus, diese vor Schaden zu bewahren. Solange ein Bischof seine Eparchie ordnungsgemäß verwaltet, besteht kein Anlaß, dem Patriarchen umfangreiche Eingriffsmöglichkeiten zu gewähren. Der Nachlässigkeit der Metropoliten und Bischöfe kann der Patriarch mit seinen Devolutionsrechten begegnen.

§8. Die Jurisdiktion des Patriarchen über den Klerus und die Gläubigen des Patriarchats

Der Klerus untersteht grundsätzlich dem Ortshierarchen und nicht dem Patriarchen. Jeder Kleriker muß einer Eparchie oder einem klösterlichen Verband angehören (can. 44). Die Adskription erfolgt mit der Aufnahme in den Klerikerstand, muß auch mit ihr erfolgen, da es keine "clerici vagi" geben darf. Can. 44 sagt das zwar im Gegensatz zu CIC can. 111 §1 nicht ausdrücklich, doch kann man das auch den Worten "Quemlibet clericum oportet esse adscriptum" selbst entnehmen.

Das Ostrecht sagt nicht, durch welche Weihe oder sonstigen Akt jemand zum Kleriker wird (can. 38 §1). Es sind weiterhin die alten Bräuche der verschiedenen Riten maßgebend. Ius divinum steht dieser Regelung nicht entgegen. Auf ius divinum beruht nur die Unterscheidung zwischen Klerikern und Laien, nicht auch die Aufnahme in den Klerikerstand durch Erteilung der "prima tonsura". Die Aufnahme erfolgt jedoch spätestens mit dem Empfang der ersten Weihe. Von da an gehört der Geweihte zur "hierarchia ordinis" und muß er auch Kleriker sein, denn die "hierarchia ordinis" ist eine Ordnung der Kleriker.

Auch wenn die Kleriker nicht einer bestimmten Eparchie, sondern dem Patriarchat selbst adskribiert werden (can. 52), kann man nicht von einem Klerus des Patriarchen sprechen. Can. 52 hat nicht zur Folge, daß der Klerus dem Patriarchen in gleicher Weise unterstünde wie sonst dem Ortshierarchen. Dem Patriarchen steht es auch nicht zu, die Kleriker innerhalb einer Eparchie oder von der einen in eine andere zu versetzen. Anderenfalls würde die Jurisdiktion des Bischofs zu einer Illusion. Zu jeder Eparchie gehört ein eigener Klerus, der der Jurisdiktion des Bischofs untersteht. Die Adskription an das Patriarchat ist etwa mit der Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat vergleichbar. Obwohl hier die Staatsbürger in aller Regel die Staatsangehörigkeit des Bundes haben, unterstehen sie

in Verwaltungsangelegenheiten weitestgehend den Behörden der einzelnen Gliedstaaten. Ebenso untersteht der Klerus im Falle des can.52 der Jurisdiktion des Bischofs. Diese Bestimmung hat eigentlich nur dann eine praktische Bedeutung, wenn ein Kleriker von einer Eparchie in eine andere Eparchie des gleichen Patriarchats versetzt wird. Bezüglich der Adskription ist in einem solchen Falle nichts zu veranlassen. Unter dem Gesichtspunkt der Adskription steht dann eine Versetzung innerhalb der Eparchie einer Versetzung von Eparchie zu Eparchie desselben Patriarchats gleich.

Aus can.52 ergeben sich auch sonst keinerlei Befugnisse des Patriarchen. Bei einer Adskription der Kleriker an das Patriarchat sind die Vorschriften der can.44 bis 51 anzuwenden und zwar direkt. Das besagt, daß nicht der Patriarch, sondern der Bischof darüber zu befinden hat, ob ein Kleriker aus dem Patriarchat entlassen oder in dieses aufgenommen werden soll. Der Patriarch ist nur zuständig, wenn es sich um Kleriker seiner eigenen Eparchie handelt.

Unabhängig von der Art und Weise der Adskription steht dem Patriarchen die Aufsicht über den ganzen Klerus des Patriarchats zu (can.260 §1 n.1). Die Eingriffsmöglichkeiten des Patriarchen nach vergeblicher Mahnung dürfen nicht als Devolutionsrechte des Patriarchen aufgefaßt werden. Das Recht zum Einschreiten geht dem Hierarchen durch seine Untätigkeit nicht verloren. Er ist auf Grund seiner Unterordnung lediglich verpflichtet, den Maßnahmen des Patriarchen nicht entgegenzuarbeiten und im Falle einer abschließenden Regelung der Angelegenheit durch den Patriarchen überhaupt nicht mehr einzugreifen.

Das neue Ostrecht bringt vielfach in seinen Bestimmungen keine neuen Befugnisse des Patriarchen über den Klerus, schafft auch keine Rechtseinheit, sondern sanktioniert das bestehende Partikularrecht und läßt die Möglichkeit einer Fortbildung des Rechts durch das Partikularrecht offen. Hierher gehört die Befugnis des

Patriarchen, eigene Priester in priesterarme Eparchien des Patriarchats zu schicken und irgendwelche Kleriker mit geistlichen oder auch weltlichen Aufgaben des Patriarchats zu betrauen (can. 260 §1 n. 2a). Dabei erhebt sich die Frage, wer ist "presbyter proprius" und wer ist "clericus quilibet"?

Der Patriarch kann nur solchen Klerikern befehlen und Aufgaben übertragen, die seiner Jurisdiktion unterstehen (can. 142 §1). Mit "cuilibet" ist nichts anderes ausdrücklich ("expresse") gesagt. "Quilibet clerici" können daher nach can. 240 in der Regel nur die Kleriker des Patriarchats sein. Sie alle können vom Patriarchen mit Zustimmung ihres Hierarchen mit Aufgaben des Patriarchats betraut werden. Da diese Kleriker Aufgaben des Patriarchats wahrnehmen, ist es recht und billig, daß sie aus allen Eparchien des Patriarchats dazu herangezogen werden. Für die Dauer des Auftrags kann sie der Patriarch von der Jurisdiktion des Ortshierarchen befreien und sich selbst unterstellen. Die Zustimmung des Hierarchen und die erwähnte Exemption scheiden natürlich aus, wenn es sich um Kleriker aus der eigenen Eparchie des Patriarchen handelt.

"Proprius" ist schon dem Wort nach ein engerer Begriff als "quilibet". Deshalb dürfte nicht jeder Priester des Patriarchats ein "presbyter proprius" sein. Das Gesetz gebraucht auch nirgends den Ausdruck "patriarchatus proprius". Das Wort "proprius" dient vielmehr immer dazu, die Zugehörigkeit zur eigenen Eparchie des Patriarchen zum Ausdruck zu bringen, so z.B. in can. 282, 286, 298 §1. Davon macht, soweit ersichtlich, nur can. 298 §2 eine Ausnahme. "Proprius" hat aber in dieser Bestimmung auch eine andere Bedeutung als sonst. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß die Richter des Patriarchalgerichts von den Richtern des Eparchialgerichts verschieden sein müssen. Vor allem ist "proprius" in can. 298 §2 nicht auf den Patriarchen bezogen, was in can. 260 §1 n. 2a eindeutig der Fall ist. Soweit dem Patriarchen ausdrücklich eine Jurisdiktion

über die Kleriker des ganzen Patriarchats zukommt, wird nirgends das Wort "proprius" gebraucht (can. 260 §1 n. 3, 80 §§2, 4). Deshalb läßt schon der Wortlaut des can. 260 §1 n. 2a darauf schließen, daß nicht jeder Kleriker des Patriarchats ein "presbyter proprius" ist. Ein dritter Anhaltspunkt für die Klärung und Abgrenzung des Begriffes "presbyter proprius" ergibt sich schließlich aus der Systematik des Gesetzes. Könnte der Patriarch Kleriker aus allen Eparchien des Patriarchats in andere Eparchien schicken, dann wäre es sachlich erforderlich, neben dem Hierarchen der beschickten Eparchie auch den Hierarchen der Heimateparchie des Klerikers zu befragen. Von letzterem ist aber im Zusammenhang mit dem "presbyter proprius" in can. 260 §1 n. 2a nicht die Rede. Mit "de consensu Hierarchae eparchiae" ist nur der Hierarch der beschickten Eparchie gemeint. Das folgt einmal aus der Einzähl von "Hierarchae eparchiae" und zum anderen aus dem Zusammenhang mit dem vorangehenden Relativsatz "in qua presbyteri deficient". "De consensu sui Hierarchae" bezieht sich nur auf "clerico cuilibet" und nicht auch auf "Presbyteros proprios". Das Gesetz stellt nämlich nur solche Bedingungen voran, die sich auf mehrere Befugnisse beziehen. Diese Bedingungen werden aber auch immer vorangestellt. Voraussetzungen einer einzigen Befugnis werden nachgestellt. Ein gutes Beispiel hierfür bietet can. 248. Die Zustimmung der Synode und die gravis causa sind in allen Fällen des §1 erforderlich. Deshalb sind diese Erfordernisse den vier Nummern vorangestellt. Die Bestätigung durch den Apostolischen Stuhl ist nur für die Fälle unter n. 1 vorgeschrieben und daher der ersten Nummer nachgestellt. Ebenso ist es bei can. 260 §1 n. 2. Die gemeinsame Voraussetzung aller Befugnisse unter den Buchstaben a - f ist vorangestellt: "Si ita ferat ius particulare". Die besonderen Bedingungen der einzelnen Rechte des Patriarchen sind jeweils nachgestellt. Diese Systematik ist auch dort durchgeführt, wo unter einer Nummer oder unter einem Buchstaben mehrere Be-

befugnisse geregelt sind. Demzufolge wird auch nicht von einer weiteren, andersgearteten Befugnis gesprochen, ehe nicht die vorhergehende abschließend geregelt ist. Wäre "de consensu sui Hierarchae" auf den "presbyter proprius" zu beziehen, dann müßte can. 260 §1 n.2 lauten: Si ita ferat ius particulare: a) De consensu suorum Hierarcharum presbyteros proprios mittendi de consensu Hierarchae eparchiae, et clerico cuilibet vel saecularia patriarchatus. Da dem nicht so ist, ein Zustimmungsrecht des Hierarchen der Heimateparchie nicht festgelegt ist, obwohl es unbedingt erforderlich wäre, wenn der Patriarch aus allen Eparchien Kleriker wegnehmen wollte und könnte, ist "presbyter proprius" nur ein Kleriker aus der eigenen Eparchie des Patriarchen.

Ob dieser "presbyter proprius" der priesterarmen Eparchie adskribiert wird, ist im Gesetz nicht gesagt, aber doch sehr naheliegend, da von einer Rückkehr dieser Kleriker nirgends die Rede ist. Das Partikularrecht dürfte zu der Frage der Rückberufung nähere Bestimmungen enthalten.

Ist der Klerus dem Patriarchat adskribiert, so ist can.260 §1 n.2a nicht anders auszulegen. Der Klerus untersteht immer den Hierarchen der Eparchien.

Sofern es das Partikularrecht bestimmt, hat der Patriarch ferner einige Befugnisse über den Klerus, die nach lateinischem Recht causae maiores sind. Dazu zählt die Erteilung der Erlaubnis zur Ausübung einer ärztlichen Tätigkeit und solcher Geschäfte, die mit weltlicher Gewalt verbunden sind(can.260 §1 n.2b,80 §2). Mit Zustimmung der Ständigen Synode kann der Patriarch laisierte Kleriker wieder in den geistlichen Stand aufnehmen(can.260 §1 n.2c). Unabhängig vom Partikularrecht ist der Patriarch befugt, den Klerikern eine längere Abwesenheit von den Gebieten der Ostkirche zuzugestehen (can.260 §3,85 §2). Ebenso hat er die Erlaubnis für die Bewerbung um ein Abgeordnetenmandat zu erteilen(can.80 §4). Auch die Vorschriften über die Militärseelsorge

sind vom Patriarchen zu erlassen, wie ja die meisten Kompetenzen mit einem politischen Einschlag beim Patriarchen liegen(can.260 §4).

Dem Patriarchen ist das Recht eingeräumt, den Prälatentitel ehrenhalber zu verleihen. Hinsichtlich der ritusangehörigen Kleriker des Patriarchats ist dieses Recht, von der Anhörung des Hierarchen des Klerikers abgesehen, keinerlei Beschränkungen unterworfen(can. 260 §1 n.3,41 §1). Gehört der Kleriker einem anderen Ritus oder einer Eparchie außerhalb des Patriarchats an, so bedarf der Patriarch zur Verleihung des Titels der Zustimmung des Ortshierarchen. Einem Kleriker der Lateinischen Kirche darf der Patriarch den Titel überhaupt nicht verleihen(can.42 §1).

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Jurisdiktion des Patriarchen über den Klerus einmal durch die Bedeutung des Partikularrechts und ferner dadurch gekennzeichnet ist, daß es sich um seltene und außergewöhnliche Angelegenheiten handelt.

Von der Jurisdiktion des Patriarchen über die Gläubigen ist nur wenig die Rede. Zu erwähnen sind die schon genannten Dispensrechte. Erstaunlich umfangreich sind die Befugnisse des Patriarchen im Vereinsrecht. Daß er kirchliche Vereine errichten(can.533) und ihre Statuten approbieren kann(can.536), ist nicht verwunderlich. Bemerkenswert ist jedoch, daß ihm solche Einzelheiten wie etwa die Entlassung von Vereinsmitgliedern übertragen sind(can.544). Die Hauptmittel einer Einflußnahme des Patriarchen auf die Gläubigen sind jedoch die allgemeinen Anweisungen und Enzykliken nach can.245 §1(Näheres unter §11). Das ist gut so. Eine Überhäufung des Patriarchen mit einer Unmenge von Einzelbefugnissen würde nicht zur Stellung dieses Obermetropolitanen passen.

§9. Das Ordenswesen in den Patriarchaten

Eine eingehende Erörterung des Ordensrechts der Ostkirche ist in diesem Rahmen nicht möglich und würde über das Thema weit hinausführen. Das Ordensrecht soll daher nur insoweit behandelt werden, als es vom lateinischen Recht abweicht und diese Abweichungen durch die Andersartigkeit der ostkirchlichen Hierarchie bedingt sind oder doch mit ihr zusammenhängen.

Das lateinische Recht kennt nur klösterliche Verbände des bischöflichen und des päpstlichen Rechts. Die Exemption ist notwendigerweise immer eine päpstliche Exemption.

In der Ostkirche sind diese Dinge weit komplizierter. Die Mehrgliedrigkeit der ostkirchlichen Hierarchie kommt im Ordensrecht treffend zum Ausdruck. Dies zeigt sich bei der Gründung, bei der Exemption und bei den Stauropegien.

Kongregationen können nach Einvernahme mit dem Apostolischen Stuhl von den Bischöfen gegründet werden(can. 13 §1 n.1). Sie sind dann zunächst Kongregationen des bischöflichen Rechts. Sobald sie sich im Laufe der Zeit über mehrere Eparchien ausgedehnt haben, können sie durch Gutheißung des Patriarchen zu Genossenschaften des patriarchalen Rechts werden(can.13 §2). Die bloße Belobigung gibt es in diesem Falle nicht(can.312 §2 n.2). Der Patriarch bedarf zur Gutheißung einer Genossenschaft der Zustimmung der Ständigen Synode und muß jene anhören, denen an der Sache gelegen ist, also vor allem die Genossenschaft selbst und den Ortshierarchen.

Der Patriarch kann aber auch selbst Kongregationen gründen(can.13 §1 n.2). Es ist daher ohne weiteres möglich, daß eine Kongregation von vornherein als Genossenschaft des patriarchalen Rechts ins Dasein tritt. Gründet aber der Patriarch in seiner Eigenschaft als Eparchialbischof eine Genossenschaft, dann ist sie auch nur bischöflichen Rechts.

Zu einer Genossenschaft des päpstlichen Rechts wird eine Genossenschaft durch die Belobigung des Apostolischen Stuhls, nicht durch Guttheißung oder Belobigung, wie man nach can.312 §2 n.3 annehmen könnte. Normalerweise erfolgt zunächst die Belobigung und dann die Guttheißung. Letzterer kommt keine juristische Bedeutung mehr zu. Papst und Patriarch dürften von ihrem Gründungsrecht nur wenig Gebrauch machen. Die Genossenschaften sollen als solche des bischöflichen Rechts ins Dasein treten, sich erst einmal bewähren und dann stufenweise aufsteigen. Doch ist es möglich, daß eine Genossenschaft des bischöflichen Rechts unmittelbar zur Genossenschaft des päpstlichen Rechts wird.

Im Gegensatz zum lateinischen Recht ist die Gründung von Orden nicht allein Sache des Apostolischen Stuhls. Mit dessen Zustimmung kann auch der Patriarch Orden gründen(can.13 §1 n.2). Der Entstehung nach gibt es in der Ostkirche zweierlei Orden des päpstlichen Rechts: Orden, die vom Papst gegründet wurden, und Orden, die zunächst patriarchalen Rechts waren und später die päpstliche Belobigung erhielten. Rechtliche Unterschiede werden dadurch nicht begründet.

Das Ordensrecht der Ostkirche rechtfertigt auch die in der Einleitung aufgestellte Behauptung, daß der Patriarch seine Befugnisse, verglichen mit der Kompetenzordnung des lateinischen Rechts, von beiden Seiten bezieht. Seine Befugnisse stehen in der Lateinischen Kirche teils dem Papst und teils dem Bischof zu. Nach lateinischem Recht kann eine Genossenschaft jeglicher Art nur vom Apostolischen Stuhl aufgehoben werden(CIC can.493). In der Ostkirche kann das auch durch den Patriarchen geschehen, wenn es sich um eine Genossenschaft des patriarchalen oder eparchialen Rechts handelt(can.14 §2). Andererseits sind für die regionale Gliederung der Genossenschaften des bischöflichen Rechts in der Lateinischen Kirche der oder die Bischöfe zuständig(argumentum e contrario CIC can.494). In der Ostkirche ist das Sache des Patriarchen(can.15 §1).

Der Umstand, daß ein klösterlicher Verband patriarchalen oder päpstlichen Rechts ist, wirkt sich auf die Jurisdiktion des Bischofs verschieden aus, manchmal auch überhaupt nicht. Der Ortshierarch ist völlig unzuständig, wenn der Verband insoweit dem Apostolischen Stuhl oder dem Patriarchen untersteht (can. 79 § 4). In anderen Fällen tritt eine Rechtsminderung des Hierarchen ein (can. 44 § 3, vergl. auch § 1 mit § 2). Häufig unterstehen aber die Verbände des höheren Rechts dem Ortshierarchen ebenso wie die des eparchialen Rechts (can. 19 § 1 n. 1). Soweit die Jurisdiktion des Bischofs ausgeschlossen oder beschränkt wird, ist das der Sache nach eine Exemption, nicht aber im technischen Sinne. Letzteres folgt schon daraus, daß in den genannten Bestimmungen nicht zwischen exemten und nichtexemten Verbänden unterschieden wird. Vor allem ist die eigentliche Exemption ein Privileg, während die genannten Bestimmungen gemeinsames Recht sind (can. 24 § 1).

Die Fragen der Exemption gestalten sich in der Ostkirche weit schwieriger als in der Lateinischen Kirche. Hier ist die Exemption immer eine päpstliche, da die Befreiung von der Jurisdiktion des Bischofs zwangsläufig zur unmittelbaren Unterstellung unter den Papst führen muß. In der Ostkirche ist das anders. Die Exemption hat zunächst die Unterstellung unter den Patriarchen zur Folge, doch können die exemten Verbände auch unmittelbar dem Papst unterstellt werden. Demzufolge müssen wir im Ostrecht zwischen der einfachen und der päpstlichen Exemption unterscheiden (can. 163 § 1). Auch in der Ostkirche sind die Orden kraft gesetzlichen Privilegs exempt, während den Genossenschaften die Exemption besonders verliehen werden muß (can. 163, 162). Dabei genießen nicht etwa die Orden des patriarchalen Rechts die patriarchale Exemption und die Orden des päpstlichen Rechts die päpstliche Exemption. Vielmehr kommt allen Orden, gleich welchen Rechts, kraft Gesetzes nur die patriarchale Exemption zu. Die Orden des päpstlichen Rechts können darüber hinaus durch besondere Verleihung die

päpstliche Exemption erhalten.

Von den Genossenschaften kann denen des patriarchalen Rechts die patriarchale, denen des päpstlichen Rechts die patriarchale oder die päpstliche Exemption verliehen werden. Da ein Verfahren zur Verleihung der patriarchalen Exemption nicht vorgesehen ist, muß angenommen werden, daß auch für die Gewährung dieser einfachen Exemption allein der Apostolische Stuhl zuständig ist.

Daneben genießen auch in der Ostkirche die klösterlichen Verbände des päpstlichen und des patriarchalen Rechts eine gesetzliche Teilexemption(can.167,168). Interessant ist dabei, daß die gewöhnliche Exemption mit dieser gesetzlichen Teilexemption zusammentreffen kann. Hat eine Genossenschaft des päpstlichen Rechts die gewöhnliche Exemption, so ist sie der Jurisdiktion des Ortshierarchen enthoben und dem Patriarchen unterstellt (can.163). Kraft der weitergehenden gesetzlichen Teilexemption ist die Genossenschaft auch von der Gewalt des Patriarchen in gewissen Dingen befreit und dem Apostolischen Stuhl unterstellt(can.167).

Dem Bischof verbleiben in beiden Fällen der Exemption, der patriarchalen wie der päpstlichen, bestimmte Rechte (can.24 §1,165,166). Bei der gewöhnlichen Exemption ist der Patriarch die in weitestem Umfang zuständige Instanz. Für die klösterlichen Verbände mit päpstlicher Exemption ist der Patriarch nur bei ausdrücklicher Bestimmung des Gesetzes unmittelbar zuständig(can.24 §2 n.2). Wegen der möglichen Zuständigkeit von Bischof, Patriarch und Papst wird hier die Kompetenzordnung recht unübersichtlich. Dazu kommt noch, daß der Patriarch in allen Angelegenheiten mittelbar zuständig ist, in denen der Bischof unmittelbar zuständig ist(can.24 §2). Ist eine Exemption nicht gegeben, so ist die unmittelbare Zuständigkeit des Bischofs umfangreich, ebenso die mittelbare des Patriarchen, während seine unmittelbare Zuständigkeit eng begrenzt ist. Erhält der Verband die einfache Exemption, dann wird die un-

mittelbare Zuständigkeit des Bischofs sehr stark eingeschränkt und in gleicher Weise die mittelbare des Patriarchen begrenzt. Dagegen kommt jetzt der unmittelbaren Zuständigkeit des Patriarchen die entscheidende Bedeutung zu (can. 163 § 1). Erwirbt der Verband schließlich die päpstliche Exemption, so verbleiben dem Bischof weiterhin einige wenige Rechte (can. 165, 166). Im gleichen Rahmen bleibt die mittelbare Zuständigkeit des Patriarchen erhalten, nur wird seine unmittelbare Zuständigkeit auf ausdrücklich genannte Fälle beschränkt. Ein Beispiel mag den Zuständigkeitswirrwarr etwas verdeutlichen. Genießt eine Genossenschaft keine Exemption, so steht dem Hierarchen das Recht zu, gegen einen Religiösen strafend einzuschreiten, wenn sich dieser etwas zuschulden kommen ließ. Der Patriarch ist hierfür mittelbar zuständig. Hat die Genossenschaft die patriarchale Exemption, dann ist die Zuständigkeit des Hierarchen davon abhängig, daß das Delikt außerhalb des Klosters begangen wurde und der Obere nicht einschreitet (can. 165 § 2). Über can. 24 § 2 n. 1 käme man zu einer mittelbaren Zuständigkeit des Patriarchen. Dieser ist aber auch ohne die erwähnten Voraussetzungen schon nach can. 163 unmittelbar zuständig. Dagegen ließe sich einwenden, daß der Hierarch nach can. 165 seine Jurisdiktion ausüben könne, dieser Tatbestand also nicht von der Exemption erfaßt werde und daher die unmittelbare Zuständigkeit auch nicht gemäß can. 163 auf den Patriarchen übergehen könne. Diese Überlegung trifft jedoch nicht zu. Daß sich die Exemption auch auf diesen Tatbestand erstreckt, geht schon daraus hervor, daß der Hierarch nur bedingt zuständig ist. Die gesetzestechnisch konstruierbare mittelbare Zuständigkeit des Patriarchen nach can. 165 § 2, 24 § 2 n. 1 ist wegen der unmittelbaren Zuständigkeit aus can. 163 hinfällig. Es zeigt sich, daß im Gegensatz zu can. 24 § 2 n. 1 der unmittelbaren Zuständigkeit des Hierarchen ausnahmsweise eine erstrangige unmittelbare Zuständigkeit des Patriarchen gegenüberstehen kann. Genießt die Genossenschaft schließlich die

päpstliche Exemption, so bringt das für die Rechte des Hierarchen im Vergleich zum vorigen Fall keine Änderung mit sich. Der Patriarch ist aber jetzt wieder auf seine mittelbare Zuständigkeit aus can.24 §2 n.2 angewiesen.

Das obige Beispiel ist ein Ausnahmefall. In aller Regel ist es so, daß mit der patriarchalen Exemption die Zuständigkeit des Hierarchen und mit der päpstlichen Exemption auch die Zuständigkeit des Patriarchen beseitigt wird.

Nicht ganz klar ist, was in diesem Zusammenhang unter der mittelbaren Zuständigkeit des Patriarchen zu verstehen ist. Ein Devolutionsrecht ist es nicht, denn beim Devolutionsrecht wird die untere Instanz mit dem Eintritt der Devolution unzuständig, was auf can.24 §2 eindeutig nicht zutrifft. Für eine Devolution müßten auch die Voraussetzungen ihres Eintritts näher bestimmt sein. Can.24 §2 sagt aber dazu überhaupt nichts. Die mittelbare Zuständigkeit darf aber auch nicht so verstanden werden, daß der Patriarch nur auf den Bischof einwirken könnte, um ihn zum Handeln zu bewegen. Mittelbare Zuständigkeit ist vielmehr eine subsidiäre unmittelbare Zuständigkeit, die nicht an die Stelle und auch nicht hinter, sondern neben die unmittelbare Zuständigkeit des Hierarchen tritt. Sie unterscheidet sich vom Devolutionsrecht dadurch, daß mit dem Ablauf einer bestimmten Zeit der Hierarch nicht unzuständig wird, ein Instanzenwechsel nicht stattfindet, sondern beide zuständig sind und der Hierarch jederzeit Maßnahmen treffen kann, soweit der Fall noch nicht durch übergeordnetes Eingreifen erledigt ist. Dabei liegt es in der Natur der Sache, daß der Patriarch nur bei besonderem Anlaß eingreifen soll.

Zu erwähnen ist noch, daß den Metropolitane aller Art in Angelegenheiten der Religiösen keinerlei Befugnisse zukommen. Im Interesse einer einigermaßen klaren Kompetenzordnung ist das nur zu begrüßen.

Viel häufiger als im CIC ist im Ostrecht von den Monasterien die Rede. Die can.8 - 12 handeln nur von den Monasterien und die Regelung der Gründung von Orden und Kongregationen erfolgt dann gesondert in den can.13 ff. In welchem Verhältnis stehen die Orden und Genossenschaften einerseits zu den Monasterien andererseits?

Dieser Fragenkomplex wird nur bei Berücksichtigung der allgemeinen Ordensgeschichte im weitesten Sinne verständlich. In der Lateinischen Kirche ist bei den älteren Orden, die vor dem 13. Jahrhundert gegründet wurden, das einzelne Kloster selbständig. Die neueren Orden sind dagegen zentralistisch organisiert. Über dem Hausoberen steht der Provinzial und darüber der Ordensgeneral. Die selbständigen Klöster der älteren Orden sind in monastischen Verbänden zusammengefaßt, denen entweder ein Erzabt oder ein Präses vorsteht. Diese Verbände sind z.B. bei den Benediktinern zu einer Konföderation zusammengeschlossen, an deren Spitze der Abtpriamas steht.

Das Ostrecht trifft eine im großen und ganzen ähnliche Regelung, wenn auch tiefgreifende Unterschiede bestehen. Im Bereich der Orientalischen Kirche kommt dem eigentlichen Mönchtum eine relativ größere Bedeutung zu als in der Lateinischen Kirche. Demzufolge sind auch die Rechtsverhältnisse der Monasterien viel ausführlicher geregelt als im CIC. Man könnte nicht ohne Grund von einer Aufspaltung des Rechts der Religiösen in ein Ordensrecht und ein Mönchsrecht sprechen. In der Lateinischen Kirche sind die Monasterien unter den Orden geregelt. Das ergibt sich aus CIC can.615,618. Darin ist nicht gesagt, daß die Monasterien die Exemption eigens erwerben müßten. Sie sind schon am gesetzlichen Exemptionsprivileg der Orden beteiligt. Demgegenüber bestimmt can.162, daß den Monasterien ebenso wie den Genossenschaften die Exemption im Einzelfall verliehen werden muß. Aus dieser und vielen anderen Bestimmungen(can.164 §2) ist zu entnehmen, daß die Mönche mit ihren Monasterien nicht zu den Orden zählen. Eine Zwischenstellung

nehmen die Niederlassungen weiblicher Orden ein. Sofern nicht etwas anderes feststeht, haben sie die Rechtsstellung eines Monasteriums und nicht einer Ordensniederlassung(can.313 §2 n.1). Die einem männlichen Oberen unterstellten weiblichen Orden genießen ebenso wie die männlichen Orden die gesetzliche Exemption. Die Häuser selbständiger weiblicher Orden stehen hinsichtlich der Exemption den Monasterien gleich, müssen also die Exemption im Einzelfall eigens verliehen bekommen(can.163).

Neben den "monasteria sui iuris" gibt es die "monasteria dependentia", die sich entweder zu selbständigen Monasterien weiterentwickeln("filialia") oder immer abhängig bleiben("subsidiaria"). Mehrere selbständige Monasterien können sich zu einem Verband, einer "Confoederatio" zusammenschließen, die einem Präses untersteht und der "Congregatio" des lateinischen Rechts entspricht(can.11 §1,313 §1 n.1). Mehrere Konföderationen können eine "Consociatio" bilden, die der "Confoederatio" des lateinischen Rechts gleichkommt(can.313 §1 n.2).

Die Monasterien sind wie die Orden und Genossenschaften eparchialen, patriarchalen oder päpstlichen Rechts. Die Monasterien des eparchialen Rechts unterstehen immer dem Bischof und mittelbar dem Patriarchen. Die "monasteria sui iuris" des patriarchalen Rechts sind ausnahmslos sogenannte Stauropegien. Die Monasterien des päpstlichen Rechts genießen wie die Genossenschaften des päpstlichen Rechts entweder überhaupt keine oder die patriarchale oder die päpstliche Exemption(can.162,163).

Eine Besonderheit des orientalischen Ordensrechts im weiteren Sinne sind die Stauropegien. Ein Vergleich mit dem lateinischen Recht ist völlig unmöglich, da der CIC eine auch nur ähnliche Einrichtung nicht kennt und nach der verfassungsrechtlichen Natur der Lateinischen Kirche auch gar nicht kennen kann.

Das "privilegium stauropegii" ist sachlich eine Exemption von der Jurisdiktion des Bischofs. Das Stauropegium

wird, soweit es der Jurisdiktion des Bischofs nicht unterliegt, ausschließlich dem Patriarchen unterstellt. Ein "privilegium stauropegii pontificium" gibt es nicht. Von der Exemption unterscheidet sich das "privilegium stauropegii" in mehrfacher Hinsicht. Während Orden und Genossenschaften die Exemption genießen können, dürfen sie bzw. ihre Häuser das "privilegium stauropegii" gerade nicht erhalten (IO pers. can. 263). Ferner ist die Exemption immer eine Auszeichnung für die Kongregation und wird daher erst nach erfolgter Bewährung verliehen. Das "privilegium stauropegii" kann dagegen nur im Zusammenhang mit der Gründung, "in actu foundationis", gewährt werden. Ein weiterer Unterschied besteht in der Art und Weise der Befreiung von der Jurisdiktion des Bischofs. Bei der eigentlichen Exemption wird die Kompetenz des Bischofs grundsätzlich beseitigt und ist dieser nur in Ausnahmefällen zuständig (can. 163: "praeterquam in casibus a iure expressis"). Die Stauropegien werden dagegen nur "ad normam canonum" der Jurisdiktion des Bischofs enthoben, dafür aber in diesen Fällen der Jurisdiktion des Patriarchen "immediate et exclusive" unterstellt (can. 164 §1). Das könnte den Eindruck erwecken, als wären die Stauropegien dem Patriarchen nur in einigen wenigen Fällen unterstellt. Dem ist aber nicht so. Die Rechte des Patriarchen über die Stauropegien sind nämlich so zahlreich, daß die Jurisdiktion des Bischofs praktisch zur Ausnahme wird. So bestimmen can. 34 §3 n.2, 42, 44, 65 §2, 66 §3 n.2, 67 §1 n.3 usw., daß statt des Bischofs für die Stauropegien der Patriarch zuständig ist. Vor allem ist der Ortshierarch in sämtlichen Angelegenheiten der Vermögensverwaltung unzuständig (IO pers. can. 263 §3). Die Bestimmungen zugunsten des Patriarchen gehen dabei so weit, daß der Ortshierarch über die Stauropegien gelegentlich weniger Befugnisse hat als selbst über die Monasterien des päpstlichen Rechts mit päpstlicher Exemption (can. 67 §1 n.3).

Im Gegensatz zur Exemption kommt bei den Stauropegien auch dem Partikularrecht eine gewisse Bedeutung zu.

Dieses kann sowohl die Befugnisse des Patriarchen(can. 57 §2, 61 §2) als auch die Rechte des Bischofs(can. 84 §2 n.2) auf Kosten der Kompetenzen des anderen erweitern.

Zum äußeren Zeichen der unmittelbaren Patriarchenherrschaft wird bei der Gründung der Stauropegien das Patriarchenkreuz aufgerichtet. Der Patriarch bedarf zur Errichtung von Stauropegien der Zustimmung der Ständigen Synode. Außerdem ist eine gravis causa erforderlich und muß das Stauropegium einen bestimmten Zweck haben. Nach can. 164 §2 konnten nur Monasterien das "privilegium stauropegii" erhalten. Diese Vorschrift ist aber inzwischen durch IOpers.can. 263 §1 überholt. "Certo monasterio" ist durch "locum vel institutum ecclesiasticum ad opera religionis vel caritatis sive spiritalis sive temporalis destinatum" ersetzt worden. Jedoch bleibt es dabei, daß Häuser von Orden und Genossenschaften nicht mit diesem Privileg bedacht werden dürfen. Trotzdem ist die neue Fassung viel weiter. Unter "locum vel institutum ecclesiasticum" läßt sich nahezu alles einreihen. Eine Grenze ist daher nur durch die geforderte Zweckrichtung gezogen, die aber sehr weit ist. Alle Anstalten des kirchlichen Wohlfahrtswesens, Exerzitenhäuser, Studienhäuser und dergl. mehr, die künftig gegründet werden, können jetzt neben den Monasterien das "privilegium stauropegii" erhalten.

Die Stauropegien sind damit weit über das Ordensrecht hinausgewachsen und zu einem beachtlichen Instrument der Patriarchalgewalt geworden. Man wird sie nicht mit Unrecht als Säulen der Patriarchalverfassung bezeichnen können. Mit Hilfe der Stauropegien ist es dem Patriarchen möglich, im ganzen Patriarchat eine rege Aktivität zu entfalten. Das gilt besonders hinsichtlich jener Institute, die keine Monasterien sind, demnach auch keinem höheren Oberen unterstehen, sondern nur einen ganz vom Patriarchen abhängigen Leiter haben.

§10. Die Jurisdiktion des Patriarchen über Ritusangehörige außerhalb des Patriarchats

Es wurde bereits unter §2 dargestellt, daß die Gliederung der Ostkirche zwei Bezugspunkte hat: einen territorialen und einen personalen. Es wurde auch schon gesagt, daß dabei dem Personalprinzip das Hauptgewicht zukommt.

In der Frage der Begrenzung der Patriarchalgewalt widerstreiten sich diese beiden Grundsätze. Nach dem Territorialprinzip müßte dem Patriarchen die Jurisdiktion über alle Gläubigen eines bestimmten Gebietes zukommen, dafür aber seine Gewalt an den räumlichen Grenzen des Patriarchats enden. Nach dem Personalprinzip müßte dem Patriarchen die Jurisdiktion über alle Ritusangehörigen auf der ganzen Welt zukommen, aber auch nur über diese. Entsprechend der Regelung bei der Umschreibung des Patriarchats wird auch die Begrenzung der Patriarchalgewalt nicht allein durch eines dieser Prinzipien bestimmt. Das Territorialprinzip ist insofern verwirklicht, als die Patriarchalgewalt im Normalfall an den Grenzen des eigenen Territoriums endet. Das Personalprinzip zeigt sich darin, daß dem Patriarchen nur Angehörige seines Ritus unterstehen, wodurch seine Jurisdiktion eingeschränkt wird. Dieses Prinzip führt aber andererseits zu einer Erweiterung der Patriarchalgewalt und zwar insofern, als die Befugnisse des Patriarchen gelegentlich an den Grenzen seines Territoriums nicht enden. Daraus ergibt sich, daß der Patriarch die Jurisdiktion über die Angehörigen seines Ritus innerhalb seines Territoriums uneingeschränkt ausüben kann, außerhalb dieses Gebietes dagegen nur, wenn und soweit dies durch das gemeine oder partikulare Recht ausdrücklich bestimmt wird (can.216 §2 n.2).

Darüber hinaus bestimmt can.240 §2, daß der Patriarch seine ordentliche Gewalt in der Regel nur im Patriarchat, außerhalb des Patriarchats nur bei entsprechender gesetzlicher Bestimmung oder wenn es in der Natur der Sache

liegt, ausüben kann. Daß dem Patriarchen außerhalb des Patriarchats nur ausnahmsweise eine Jurisdiktion zukommt, ergibt sich schon aus can.216 §2 n.2. Hat er aber keine Gewalt, dann erübrigt sich die weitere Feststellung, daß er keine ordentliche Gewalt habe. Wer kein Pferd hat, hat selbstverständlich auch kein weißes Pferd. Die "natura rei", auf die can.240 §2 über can.216 §2 n.2 hinaus verweist, zeitigt keine weitergehenden Wirkungen der ersteren Vorschrift gegenüber der letzteren. Daß die Patriarchalgewalt an den Grenzen des Patriarchats nicht endet, wenn es die Natur der Sache erfordert (z.B. der Befehl an einen außerhalb des Patriarchats weilenden Bischof, seiner Residenzpflicht nachzukommen), ist in can.216 §2 n.2 nicht gesagt, aber auch nicht in Abrede gestellt. Eine räumlich unbegrenzte Jurisdiktion auf Grund der Natur der Sache beruht auch nicht auf can.240 §2; vielmehr trägt die Sache den Rechtsgrund für die Zuständigkeit des Patriarchen selbst in sich. Einer positiven Norm bedarf es hier ausnahmsweise nicht. Kommt dem Patriarchen nach can.216 §2 n.2 in Verbindung mit den einzelnen Vorschriften des gemeinen und partikularen Rechts eine Jurisdiktion über auswärtige Ritusgemeinschaften zu, dann sind diese Befugnisse schon nach can.139 §1 ordentliche Gewalt(59). Can.240 §2 ist sowohl in seiner negativen als auch in seiner positiven Aussage überflüssig.

Im Gegensatz zum lateinischen Recht gibt es nach can. 216 §2 n.2 eine (direkte) Jurisdiktion über Gläubige außerhalb des eigenen Territoriums. Haben diese Gläubigen als Untergebene des Patriarchen zu gelten oder nicht? Diese Frage gehört zu dem Fragenkomplex des can.142 §1, den L. Bender in seiner Abhandlung "Clausula in can.142 novi Iuris Orientalis adjecta ad textum can.201 §1" in "REVUE DE DROIT CANONIQUE", Band 1957, Seite 378 ff. eingehend erörtert hat.

Eine Jurisdiktion im Sinne des can.216 §2 n.2 wäre
(59) Mörsdorf S.246

nach CIC can.201 §1 nur durch Begründung eines partiellen Über- und Unterordnungsverhältnisses möglich ("ratione tituli particularis"). Can.142 zwingt nicht zu einer derartigen juristischen Konstruktion. Während CIC can.201 einen uneingeschränkten Grundsatz aufstellt, enthält can.142 den Hinweis, daß etwas anderes bestimmt werden kann. Man könnte daher can.142 in wörtlicher Auslegung dahin verstehen, daß die direkte Gewaltausübung auch ein partielles Über- und Unterordnungsverhältnis nicht voraussetzt. Es ist aber Bender zuzugeben, daß es den Begriffen der Gewalt, des Oberen und des Untergebenen widerspricht, jemandem Gewalt über einen anderen einzuräumen, ohne den letzteren als Untergebenen des ersteren anzusprechen. Die auswärtigen Ritusangehörigen sind daher insoweit als Untergebene des Patriarchen anzusehen, als diesem ausdrücklich eine Jurisdiktion über sie gegeben ist.

Can.216 §2 n.2 betrifft nur jene Gläubigen, die ohne rituseigene Hierarchie sind. Gegenüber einem Archiepiskopat, einer Provinz, einer Eparchie oder auch nur einer Exarchie besteht weit weniger Anlaß zur Obsorge durch den Patriarchen als gegenüber Gläubigen unter ritusfremder Hierarchie.

Die Befugnisse des Patriarchen über auswärtige Gläubige können sich sowohl aus dem gemeinen als auch aus dem partikularen Recht ergeben. Die einschlägigen Bestimmungen des gemeinen Rechts zählen zu den interessantesten Vorschriften des Ostrechts.

Allen Rechten und Pflichten des Patriarchen gegenüber auswärtigen Gläubigen liegt die Idee der Zusammengehörigkeit des ganzen Ritus zugrunde. Da der Ritus als Kultform das einigende Band abgibt, betreffen die einschlägigen Vorschriften fast durchweg die rein seelsorgerische Betreuung der Gläubigen.

Nach can.260 §1 n.2d kann der Patriarch unter bestimmten Voraussetzungen auswärtige Ritusangehörige einem ritusfremden Hierarchen unterstellen. Unbedingt erforderlich ist die Zustimmung des Apostolischen Stuhls. Ferner muß dem Patriarchen partikularrechtlich die "cura

fidelium" übertragen sein. Ob das zutrifft kann im Einzelfall zweifelhaft sein. Diese Frage wird zu bejahen sein, wenn der Patriarch berechtigt und verpflichtet ist, den Gläubigen Seelsorger zu schicken und sie visitieren zu lassen. Damit sind aber noch nicht alle Voraussetzungen für die Benennung eines Hierarchen erfüllt. Can.260 §1 n.2d ist nämlich keine unmittelbare Ermächtigungsnorm für den Patriarchen. Die einleitenden Worte "Si ita ferat ius particulare" gelten auch hier. Das Partikularrecht muß also dem Patriarchen die "cura fidelium" einräumen und ihm die Befugnis zur Benennung des zuständigen Hierarchen zugestehen. Folglich hat die Patriarchalsynode die Möglichkeit, dem Patriarchen die "cura fidelium" zu übertragen, ohne daß dies nach can.260 §1 n.2d das Recht der Benennung des Hierarchen nach sich ziehen würde. Can.260 §1 n.2d statuiert kein Recht des Patriarchen, sondern nur eine an verschiedene Voraussetzungen geknüpfte Gesetzgebungskompetenz für die Patriarchalsynode.

Anders sind die can.261,262 aufgebaut. Hier handelt es sich nicht um selbständiges gemeinsames Recht und auch nicht um eine Sanktion des bestehenden und künftigen Partikularrechts. Vielmehr sind gemeinsames und partikulares Recht miteinander verflochten. Eine gemeinrechtliche Befugnis - die Sendung von Geistlichen zum Zwecke der Seelsorge oder der Visitation - ist von der Existenz bestimmter partikularrechtlicher Vorschriften abhängig ("si in eodem fideles ei potestas competat ad normam can.216 §2 n.2"). Welcher Art oder welchen Umfangs die potestas des Patriarchen sein muß, ist nicht gesagt. Mit der Verweisung auf can.216 §2 n.2 ist nicht viel gedient. Dieser Vorschrift kann nicht entnommen werden, ob schon die geringfügigste Jurisdiktion des Patriarchen als potestas im Sinne der can.261,262 angesehen werden kann. Vor allem sagt can.216 §2 n.2 nicht, ob dem einzelnen Patriarchen überhaupt eine Jurisdiktion über auswärtige Ritusangehörige zukommt. Dies muß vielmehr den speziellen Vorschriften des gemeinen und partiku-

laren Rechts entnommen werden. Da die wenigen gemeinrechtlichen Vorschriften (can. 260, 261, 262) ihrerseits eine Jurisdiktion des Patriarchen voraussetzen, ist letztlich das Partikularrecht entscheidend. Mit ihm stehen und fallen die Befugnisse des Patriarchen aus can. 261, 262. Damit sind diese gemeinrechtlichen Bestimmungen für sich allein wertlos.

Can. 216 §2 n. 2 schreibt eine Verknüpfung von gemeinem und partikularem Recht nicht vor. Sie ist aber in den genannten Kanones durchgeführt worden.

Das Partikularrecht kann die Jurisdiktion des Patriarchen nach can. 216 §2 n. 2 beliebig erweitern. Dabei ist nicht zu befürchten, daß die Patriarchalsynode die Rechte des Patriarchen über Gebühr ausdehnen könnte. Denn jede Ausweitung der patriarchalen Jurisdiktion ist mit einer Belastung des Patriarchats verbunden.

Der Presbyter, der nach can. 261 als Seelsorger zu den Gläubigen außerhalb des Patriarchats geschickt werden kann, braucht nicht aus der eigenen Eparchie des Patriarchen genommen zu werden. An der Adskription an die Heimateparchie ändert sich nichts. Jedoch wird der Presbyter für die Dauer seines Dienstes unmittelbar dem Patriarchen unterstellt, in Angelegenheiten seiner Tätigkeit aber dem Ortshierarchen des neuen Wirkungsbereiches (can. 261 §3 n. 1, §2 n. 3). Am Ende eines jeden Jahres hat dieser Presbyter einen schriftlichen Bericht an die Ostkongregation und an den Patriarchen zu richten, in dem er über die Gläubigen und seine Arbeit zu berichten hat (can. 261 §2 n. 5). Nach Unterrichtung des Apostolischen Stuhls kann der Patriarch den Presbyter zurückrufen. Sobald dieser in das Patriarchat zurückgekehrt ist, untersteht er wieder der Jurisdiktion des Ortshierarchen der Heimateparchie (can. 261 §3).

Nach can. 369 kann der Apostolische Exarch vom Patriarchen geeignete Presbyter anfordern. Can. 261 ist auf diesen Tatbestand nicht anzuwenden. Die Gläubigen einer Exarchie haben ihren eigenen Hierarchen, die Gläubigen, von denen can. 261 handelt, dagegen nicht. Demzufolge ist

die Stellung der Presbyter in beiden Fällen recht verschieden. Der in eine Exarchie gesandte Kleriker untersteht ganz dem Exarchen. Der Presbyter des can.261 untersteht zwar in Ausübung seiner Tätigkeit dem (ritusfremden) Ortshierarchen, trägt aber gegenüber dem Patriarchen eine viel größere Verantwortung als jener, der in eine Exarchie geschickt wurde.

Im Vergleich zu den Rechten des Patriarchen innerhalb des Patriarchats sind seine Befugnisse über auswärtige Ritusangehörige recht bescheiden. Der Grund dafür liegt darin, daß ihm keine Jurisdiktion über auswärtige Hierarchen zukommt. Das Kernstück der Jurisdiktion eines Oberbischofs ist die Jurisdiktion über die Bischöfe. Da diese wegfällt, ist es nicht verwunderlich, daß nur noch einige wenige Befugnisse des Patriarchen übrigbleiben.

2. Unterkapitel

Die Teilhabe des Patriarchen an den übrigen Funktionen der Jurisdiktion

§11. Der Patriarch und die Gesetzgebung

Im Bereich der Gesetzgebung gibt es im schroffen Gegensatz zur Kompetenz des Papstes und der Bischöfe keine Zuständigkeit des Patriarchen. Die Idee der Gewalteneinheit ist hier nicht verwirklicht. Die Gesetzgebung ist allein Sache der Patriarchalsynode(can.243 §1,349). Der Patriarch hat nur die Synode einzuberufen, sie zu leiten und die beschlossenen Gesetze zu verkünden(can.243 §2). Ferner ist er bis zum Zusammentritt der nächsten Synode zur authentischen Interpretation befugt. Er kann ferner von den Gesetzen dispensieren, wobei er aber wieder an Mitwirkungsrechte Dritter gebunden ist(can.243 §§3,4).

Dem Patriarchen kommt jedoch eine Art Verordnungsrecht zu. Zur Anwendung und Durchführung der Gesetze kann er aus eigenem Recht Befehle und allgemeine Anordnungen erlassen(can.245 §1 n.1). Eine ausdrückliche Ermächtigung in den Partikulargesetzen ist hierfür nicht mehr erforderlich. Die Bedeutung dieses Rechts hängt von der Ausführlichkeit, Ausfüllungsfähigkeit und Ausfüllungsbedürftigkeit der partikularen Gesetze ab. Je eingehender diese selbst alle Einzelheiten der Anwendung und Durchführung regeln, um so weniger bleibt noch Platz für allgemeine Anordnungen nach can.245 §1 n.1.

Darüber hinaus kann der Patriarch an Klerus und Volk Unterweisungen richten(can.245 §1 n.2), die die Reinheit der Lehre, die Förderung der Frömmigkeit, die Abschaffung von Mißständen und die geistlichen Übungen der Gläubigen zum Gegenstand haben können. In diesem Katalog läßt sich vieles unterbringen. Schließlich ermächtigt can.245 §1 n.3 den Patriarchen zum Erlaß von Enzykliken "*circa quaestiones ad propriam ecclesiam ac ritum pertinentes*". "*Propria ecclesia*" bedeutet hier den Ritus im Rechtsinne, also die Gemeinschaft der Gläubigen, die sich zu einer bestimmten Kultform bekennen. Mit "*ritus*" selbst

ist der Ritus im liturgischen Sinne gemeint.

Die Befugnisse des Patriarchen aus can.245 §1 sind nicht zur Gesetzgebung zu rechnen. Andererseits haben sie mit der Gesetzgebung vieles gemeinsam. Allen Maßnahmen nach can.245 §1 ist es eigentümlich, daß der Patriarch nicht einen Einzelfall regelt, sondern abstrakt und in einer für das ganze Patriarchat verbindlichen Weise zu gewissen Fragen Stellung nimmt. Die Kirche macht zwischen dem Gesetz und einer Enzyklika nicht diesen großen Unterschied, wie er etwa zwischen einem weltlichen Gesetz und der programmatischen Erklärung des Regierungschefs besteht. Die Bedeutung der Enzykliken für die Soziallehre der Kirche macht das hinreichend erkennbar. Entscheidend ist letzten Endes nicht die Form, in der sich die Leitung der Kirche vollzieht, sondern die Tatsache, daß jede Maßnahme der kirchlichen Obrigkeit, sei es der Erlaß eines Gesetzes oder die Herausgabe einer Enzyklika oder dergl., ein Ausfluß der Hirtschaft der Kirche ist. Unter diesem Aspekt können und dürfen die Befugnisse des Patriarchen nach can.245 §1 nicht unterschätzt werden.

§12. Die Zuständigkeit des Patriarchen im Bereich der Rechtsprechung

Nach dem Prozeßrecht der Ostkirche gibt es eine ausgedehnte erstinstanzliche Zuständigkeit von Gerichten auf Patriarchatsebene. Dabei kommen drei verschiedene Gerichte in Betracht: die Ständige Synode (die mit der in Verwaltungsangelegenheiten tätigen Ständigen Synode vollkommen identisch ist), das ordentliche Patriarchalgericht und der Patriarch selbst.

Das wichtigste Gericht des Patriarchats ist die Ständige Synode. Die Wendung "*Patriarchae cum Synodo permanenti competit iudicare*" (can. 17, 18) ist etwas irreführend. Es könnte der Eindruck entstehen, als läge die Entscheidung in der Hand zweier Organe: des Patriarchen und der Ständigen Synode. Dem ist aber nicht so. Es entscheiden nicht die Synode und der Patriarch, auch nicht der Patriarch mit der Synode, sondern die Synode einfachhin. Die Ständige Synode fällt als Kollegium die eine Entscheidung. Der Patriarch gehört selbst zur Synode und bräuchte daher nicht eigens neben dieser erwähnt zu werden. Es hätte genügt zu sagen: *Synodo permanenti competit iudicare*. Die Ausdrucksweise des Gesetzes hat aber dennoch eine positive Bedeutung, wenn ein Patriarchat keine Ständige Synode, sondern nur einen Patriarchalrat hat (IOpers. can. 297; Näheres in §18). Da der Patriarch nicht zu diesem Rat gehört, aber an den gerichtlichen Entscheidungen des Rates unbedingt mitwirken muß, weil ein Zweiergericht gar nicht gut denkbar ist, bringen can. 17, 18 eindeutig zum Ausdruck, daß der Patriarch auf alle Fälle zum Spruchkollegium gehört. Can. 17, 18 wollen also besagen; *Synodo permanenti vel Patriarchae cum Consilio patriarchali competit iudicare*.

Der Ständigen Synode obliegt die Aburteilung aller einfachen Delikte der Bischöfe (can. 17 §1 n.1). Zu den einfachen Delikten gehören alle Strafsachen, die nicht mit Amtsentsetzung ("*privatio*"), Absetzung ("*depositio*") oder Degradation geahndet werden. Die übrigen Delikte

sind causae maiores. Ihre Aburteilung ist allein Sache des Apostolischen Stuhls. Die Synode hat den Prozeß vorzubereiten und dann dem Apostolischen Stuhl zur Entscheidung vorzulegen(can.17 §1 n.2).

Auf zivilrechtlichem Gebiet obliegt der Ständigen Synode die Entscheidung wichtigerer Angelegenheiten der Bischöfe und aller Streitsachen der Eparchien(can. 18 §1). Die Patriarchalsynode ist kein erkennendes Gericht. Sie hat lediglich zu bestimmen, welche Sachen zu den wichtigeren Angelegenheiten zu rechnen sind ("causae gravioris momenti") und damit zum Kompetenzbereich der Ständigen Synode gehören sollen. Diese Aufgabe ist aber von derjenigen eines Kompetenzkonfliktgerichts verschieden. Die Patriarchalsynode entscheidet nicht aus konkretem Anlaß, sondern bestimmt allgemein und zählt nach Möglichkeit einzeln auf, was zur Zuständigkeit der Ständigen Synode gehört(can.18 §2). Soweit in Streitsachen der Bischöfe die Ständige Synode nicht zuständig ist, entscheidet der Patriarch(can.18 §3). Dabei hat er die Vorschriften über die Bildung eines Dreiergerichts zu beachten. Dem Patriarchen ist es unbenommen, in diesem Dreiergericht den Vorsitz zu übernehmen. Can.18 §3 ist die einzige Vorschrift, die eine Zuständigkeit des Patriarchen begründet. Das ordentliche Patriarchalgericht entscheidet in allen Fällen des can.19 sowie in den ihm vom Gesetz an anderen Stellen reservierten Sachen(Näheres unter §19).

In welchem Verhältnis steht nun der Patriarch zu seinem Gericht? Ist er der ordentliche Gerichtsherr und spricht das Patriarchalgericht an seiner Stelle Recht? Ordentlicher Richter erster Instanz ist der Bischof selbst(CIC can.1572; can.37), wenn nicht eine höhere Zuständigkeit begründet ist. Das Gericht spricht an Stelle des Bischofs Recht, der Bischof kann diese Aufgabe selbst wahrnehmen, wenn er auch in der Regel davon absehen soll. Entsprechendes gilt für die Gerichte des Metropoliten und des Papstes. Das Verhältnis des Patriarchen zum ordentlichen Patriarchalgericht ist an-

derer Natur. Der Patriarch ist in den erstinstanzlichen Sachen der can.17 ff. nicht der ordentliche Gerichtsherr des Patriarchats. Die Ständige Synode und das ordentliche Patriarchalgericht sprechen nicht an Stelle des Patriarchen Recht, sondern handeln in eigener Zuständigkeit. Daß diese beiden Gerichte keine Stellvertretungsorgane des Patriarchen sind, ergibt sich u.a. daraus, daß für jedes der drei Gerichte die Zuständigkeit genau festgelegt ist. Ein stellvertretendes Gericht hätte keinen eigenen Kompetenzbereich. Die Eigenständigkeit der Ständigen Synode und des ordentlichen Patriarchalgerichts hat zur Folge, daß der Patriarch in den Kompetenzbereich dieser beiden Gerichte nicht eingreifen darf. Er ist allein in den Fällen des can.18 §3 zuständig.

Gegen die Urteile der Ständigen Synode und des Patriarchen nach can.17,18 findet die Berufung an den Apostolischen Stuhl statt. In beiden Fällen ist eine andere Berufungsinstanz gar nicht denkbar, da jeweils der Patriarch am erstinstanzlichen Urteil mitwirkt und dessen Korrektur nur durch die einzige übergeordnete Stelle, den Apostolischen Stuhl, erfolgen kann(can.74). Gegen die erstinstanzlichen Urteile des Patriarchalgerichts nach can.19 ist die Berufung an den Apostolischen Stuhl oder an andere Richter gegeben, die vom Patriarchen zu bezeichnen sind(can.73 §1: "in prima instantia"). Eine Entscheidung durch den Patriarchen selbst ist dabei nicht zulässig. Darf er schon in erster Instanz die unter can.19 fallenden Sachen nicht an sich ziehen, so muß ihm erst recht die Entscheidung über die Berufung verwehrt sein. Praktisch entscheidet in den Fällen des can.19 das Patriarchalgericht zweimal, doch jedesmal in anderer Besetzung. Die für die Entscheidung über die Berufung zuständigen Richter muß der Patriarch im voraus für alle Berufungen bestimmen. Das folgt aus dem Zweck der Sache und dem Partizip("nominatos"), da bei einer Bestimmung im Einzelfall wohl das Gerundiv("nominandos") gewählt worden wäre. Can.73 §2 kommt bei Beru-

fungen in Sachen der can.17 ff. nicht zur Anwendung. Die Berufung gegen Urteile nach can.17,18 ist speziell in can.74 geregelt und in Sachen des can.19 ist der Patriarch nicht beteiligt und damit die Voraussetzung für can.73 §2 nicht gegeben.

Nicht uninteressant ist die Rolle der patriarchalen Instanz im Bereich der "einfachen" Gerichtsbarkeit, zu der alles gezählt wird, was in erster Instanz bei den bischöflichen Gerichten anläuft. In allen Appellations-sachen, die vor das Patriarchalgericht gehören, hat der Patriarch die ordentliche Gerichtsgewalt(can.72 §1). Das Patriarchalgericht entscheidet hier im Gegensatz zu den Fällen des can.19 an Stelle des Patriarchen. Eine Kompetenzverteilung zwischen dem Patriarchen und dem Patriarchalgericht gibt es daher nicht. Der Patriarch bzw. sein Gericht entscheidet dabei meistens in dritter Instanz(Bischof - Metropolit - Patriarch, can.72). Gerichte dritter Instanz gibt es auch bei uns in Deutschland sowie in Spanien(60). Im Gegensatz zu diesen deutschen und spanischen Gerichten ist der Patriarch ordentlicher und nicht nur delegierter Richter dritter Instanz(can.72 §1, IO pers.can.139). In zweiter Instanz entscheidet der Patriarch, wenn in erster Instanz ein Metropolit in seiner Eigenschaft als Orts-hierarch entschieden hat oder gegen ein Urteil des Eparchialgerichts des Patriarchen Berufung eingelegt wird(can.72 §1 nn.2,3). Läßt der Patriarch in beiden Fällen sein ordentliches Patriarchalgericht entscheiden, dann kommt die Sache in dritter Instanz vor den Apostolischen Stuhl oder die vom Patriarchen bezeichneten anderen Richter(can.73 §1: "in secunda instantia"). Hat aber der Patriarch in zweiter Instanz selbst entschieden, sei es allein oder als Mitglied des Spruchkollegiums, dann geht es nicht an, daß er selbst die Richter bestimmt, die sein eigenes Urteil überprüfen sollen. Deshalb sind in diesen Fällen allein die päpstlichen Gerichte zuständig(can.73 §2). Der Patriarch

kann aber auch in erster Instanz selbst entschieden haben, nämlich als Gerichtsherr seiner Eparchie (can. 37 §1). Eine Berufung an den Patriarchen als solchen gegen das Urteil des Patriarchen als Bischof wäre unsinnig. Die Entscheidung über die Berufung kann auch nicht dem Patriarchalgericht übertragen werden. Dieses müßte stellvertretende Gewalt ausüben und die Entscheidung des eigenberechtigten Gewaltträgers überprüfen. Das ist aber unmöglich, auch wenn das Gericht stellvertretende Patriarchalgewalt ausüben würde, während der Patriarch in Ausübung seiner bischöflichen Gewalt gehandelt hat. Ein Berufungsverfahren vor dem Patriarchalgericht würde zudem das Ansehen des Patriarchen beeinträchtigen. Die Stellvertretereigenschaft des Gerichts hätte ferner zur Folge, daß die neue, möglicherweise anderslautende Entscheidung ebenfalls als Urteil des Patriarchen gelten würde. Ein unmögliches Ergebnis. Daher ist unter den genannten Voraussetzungen selbst in den kleinsten Dingen der Apostolische Stuhl die reguläre Berufungsinstanz (can. 72 §1 n.2, 73 §2). Das ist ein wirklich merkwürdiges Ergebnis. Während sich bisher gezeigt hat, daß die umfangreichen Befugnisse des Patriarchen zu einer weitgehenden Unabhängigkeit von Rom führen, treffen wir hier auf das Gegenteil: Eine Angelegenheit der Orientalen kommt vor den Apostolischen Stuhl, obwohl sie nach dem Recht der Lateinischen Kirche zunächst nicht dorthin käme (CIC can. 1594). Besondere Bedeutung kommt dieser Regelung in all den Fällen bei, in denen von Amts wegen Berufung eingelegt werden muß (can. 493). Dieses bemerkenswerte Ergebnis hat seinen Grund darin, daß der Patriarch mehreren Stufen der Hierarchie angehört, für seine Eparchie Bischof, Metropolit und Patriarch in einer Person ist. Die Eigenart des Berufungsverfahrens als eines Kontrollverfahrens bringt es mit sich, daß die Rechte des Bischofs, Metropoliten und Patriarchen nicht von einer Person wahrgenommen werden können. Andererseits ist eine Überprüfung der Urteile durch einen Metropolit mit der Jurisdiktion des Patriarchen über diesen nicht zu vereinbaren.

Die Ständige Synode wird aus gutem Grund nicht mit den Aufgaben eines Berufungsgerichts betraut. Sie würde dadurch zu sehr belastet und von ihrer primären Aufgabe, den Patriarchen bei der Verwaltung des Patriarchats zu unterstützen und zu beraten, abgehalten.

Die drittinstantzliche Zuständigkeit des Patriarchalgerichts ist sehr zu begrüßen. Dieses dürfte nämlich über das umfangreiche Partikularrecht im allgemeinen besser informiert sein als die päpstlichen Gerichte.

4. Kapitel

Die Vorzugsrechte des Patriarchen

§13. Die Privilegien des Patriarchen

Die Patriarchen besitzen nach dem neuen Ostrecht umfangreiche Privilegien. Die meisten davon sind in can. 283 ff. aufgezählt. Einen Teil dieser Privilegien haben die Patriarchen mit den Kardinälen gemeinsam (can. 283 nn. 1, 2, 3, 4). Im übrigen sind die Privilegien verschiedenen. Dabei sind dem Patriarchen die Privilegien mehr seines Amtes wegen, dem Kardinal dagegen um seiner Person willen gegeben (can. 283 nn. 5 ff., can. 185 nn. 7 ff.). Der Patriarch darf kraft Privilegs im ganzen Patriarchat das Sakrament der Taufe und der Firmung spenden. Dergleichen kann er bei Eheschließungen und kirchlichen Verlobungen assistieren (can. 284). Daß er dabei die üblichen Formalien beachten, insbesondere die erforderlichen Eintragungen machen muß, ist an sich eine Selbstverständlichkeit, da anderenfalls das Privileg nur zur Unordnung führen würde.

Auch für die Privilegien des Patriarchen ist das Partikularrecht von Bedeutung. Allerdings sind ihm hier feste Schranken gesetzt. Das Partikularrecht kann dem Patriarchen nur jene Privilegien einräumen, die in can. 285 einzeln aufgeführt sind. Sonst könnte durch das Partikularrecht die kirchliche Rangordnung verändert werden. Dies könnte zwar nicht expressis verbis geschehen, da der Vorrang der Kardinäle gemeinrechtlich festgelegt ist. Das Partikularrecht könnte aber privilegienmäßig ein Übergewicht der Patriarchen schaffen und das liegt nicht im Interesse der Kirche.

Die can. 283 ff. enthalten nicht alle Privilegien des Patriarchen ("Praeter alia privilegia"). Sie finden sich an den verschiedensten Stellen des Gesetzes, so z.B. in IOiud. can. 15 n. 2 der privilegierte Gerichtsstand des Patriarchen beim Papst.

§14. Die Stellung des Patriarchen in der Gesamtkirche

Über die Rangordnung der Patriarchen untereinander ist man sich scheinbar einig. Es wird an der alten Reihenfolge Konstantinopel, Alexandrien, Antiochien und Jerusalem festgehalten. Führen mehrere Patriarchen den gleichen Titel, wie z.B. die drei unierten Patriarchen von Antiochien, so regelt sich die Präzedenz nach dem Amtsalter und notfalls nach dem natürlichen Alter(can.219 §1). Das gleiche gilt für die übrigen Patriarchen des Orients(can.219 §2). Im Verhältnis der beiden Gruppen zueinander gehen die alten Patriarchen des Orients den übrigen vor. Der Vorrang des Sitzes ist stärker als der Vorrang des Alters. Das gilt auch gegenüber den vier kleinen Patriarchen der Lateinischen Kirche, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Römischen Kurie. Die Präzedenz der übrigen orientalischen Patriarchen(can.219 §2) gegenüber den kleinen Patriarchen ist verschieden. Auf den Ritus kommt es jedenfalls nicht an(can.37 n.4, CIC can.106 n.4). Ob der Patriarch eine Jurisdiktion ausübt oder nicht, ist auf seinen "gradus" ohne Einfluß. Deshalb werden die übrigen Patriarchen des Orients den kleinen Patriarchen grundsätzlich gleichgestellt. Für die Präzedenz ist das Amtsalter entscheidend(can.37 n.3). Ist z.B. der Patriarch von Venedig schon länger im Amt als der armenische Patriarch, so hat ersterer den Vorrang. Das gilt jedoch nur innerhalb der Kurie. Außerhalb der Römischen Kurie haben die Patriarchen mit (patriarchaler) Jurisdiktion den Vorrang(can.219 §3 n.2). Die Präzedenzordnung ist somit folgende: Der koptische Patriarch von Alexandrien, die drei Patriarchen von Antiochien nach ihrem Amtsalter, der lateinische Patriarch von Jerusalem, der armenische und der chaldäische Patriarch nach ihrem Amtsalter und zum Schluß die vier kleinen Patriarchen nach ihrem Alter(can.219 §3 n.2). Innerhalb der Römischen Kurie können ein oder mehrere kleine Patriarchen dem armenischen und chaldäischen Patriarchen vorgehen(can.37 n.3; (61)).

Ob insbesondere diese letztere Regelung den Wünschen der Orientalen gerecht wird, hat sich noch nicht gezeigt. Dagegen ist die gemeinsame Stellung aller Patriarchen in der kirchlichen Hierarchie bereits auf den entschiedenen Widerstand der Ostkirche gestoßen. Gegenstand der Kritik ist, daß die Patriarchen den Kardinälen und - nach Auffassung orientalischer Juristen - gemäß can. 215 §2 auch den päpstlichen Legaten nachstehen. Von Seiten der Ostkirche wünscht man, daß die Patriarchen ihren Rang unmittelbar nach dem Papst einnehmen(62). Dieser Rang kommt aber nach dem Gesetz den Kardinälen zu(can. 185 n.21). Der Vorrang unter Legaten und Patriarchen ist im Gesetz nicht geregelt. Zutreffend wird in der Interpretation vom 21.8.1958(63) darauf hingewiesen, daß can.215 §2 expressis verbis einen Vorrang der Legaten vor den Patriarchen nicht begründet, da der Patriarch nicht unter den Begriff des Hierarchen fällt(Iosignif.can.306 §4). Jedoch dürfte aus dem Relativsatz "oui non sint cardinalitia dignitate insigniti" zu folgern sein, daß die Legaten ihren Platz nach den Kardinälen und vor den Patriarchen einnehmen. Diese Bestimmung soll nun einer differenzierenden Regelung weichen. Die Konzessionen an die Patriarchen sind jedoch gering. Der Patriarch soll einem Legaten nur vorgehen, wenn er sich in seinem eigenen Gebiet befindet und den Zeremonien oder(64) Offizien seines eigenen Ritus vorsteht. Hat der Legat ein besonderes Mandat mit Vorrang übertragen bekommen, so geht er auch unter den genannten Voraussetzungen dem Patriarchen vor. Die Ostkirche dürfte sich damit nicht zufrieden geben.

Die Auseinandersetzung um den Rang der Patriarchen in der Gesamtkirche ist darauf zurückzuführen, daß die Ostkirche infolge ihrer sehr starken Traditionsgebundenheit an die vor dem Schisma bestehenden Verhältnisse anknüpfen möchte. Die Lateinische Kirche hat aber seit dieser Zeit eine Entwicklung durchgemacht, die auch nicht

(62) HK XIII S.86 f.

(63) Acta Apostolicae Sedis 1958 S.550

(64) nicht "und" wie in HK XIII S.87

einfach rückgängig gemacht werden kann. Nachdem die Katholische Kirche praktisch nur noch aus dem lateinischen Ritus bestand, mußte die Hierarchie zwangsläufig mehr zentralistisch aufgebaut werden. Seit dem Schisma fielen die Patriarchen mit Jurisdiktion in der kirchlichen Hierarchie aus, die Unionen waren häufig nur von kurzer Dauer und so ist es nur zu gut verständlich, daß die aufstrebenden Kardinäle seit dem 15. Jahrhundert den Vorrang vor den Patriarchen haben. Mit der steigenden politischen Macht des Papsttums im Mittelalter, dem Niedergang des Konziliarismus und der wachsenden geistigen Macht des Papsttums im 19. Jahrhundert trat das föderalistische Denken in der Kirche weiter zurück.

Ob die gegebene Rangordnung sachgerecht ist oder nicht, mag dahinstehen. Auf keinen Fall kann und darf im Vorrang der Kardinäle und Legaten vor den Patriarchen eine Zurücksetzung der Ostkirche erblickt werden. Der Vorrang kommt allen, also auch den orientalischen Kardinälen und Legaten zu. Die Behauptung von der angeblichen Benachteiligung der Ostkirche kann man auch nicht mit dem Hinweis aufstellen, daß der abendländische Patriarch als Papst den höchsten Rang einnehme, also immer ein Lateiner an der Spitze der Gesamtkirche stehe. Es kann ja auch ein Orientale Papst werden. Die Wahl eines Orientalen zum Papst hätte ferner zur Folge, daß das abendländische Patriarchat in orientalische Hände käme. Ein Orientale bliebe auch als Papst, abendländischer Patriarch und Bischof von Rom seinem orientalischen Ritus zugehörig, da das Papsttum nicht an den lateinischen Ritus gebunden ist und die übrigen Ämter des Papstes demgegenüber nur von untergeordneter Bedeutung sind. Jede gegenteilige Ansicht würde dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Riten widersprechen. Dagegen können die orientalischen Patriarchen nicht dem lateinischen Ritus angehören, da hier das Patriarchenamt im Vordergrund steht und dieses jeweils auf einen bestimmten Ritus ausgerichtet ist, während das Papsttum überrituellen

Charakter hat. Daher kann auch ein Lateiner nicht zum orientalischen Patriarchen gewählt werden, da seine Wahl als (verbotene) Verleitung zum Rituswechsel anzusehen wäre(can.7). Die Orientalen haben also in dieser Hinsicht mehr Möglichkeiten als die Lateiner. Außerdem würde und müßte ein orientalischer Papst weitestgehend in die Angelegenheiten der Lateinischen Kirche hineinregieren, während ein lateinischer Papst wegen der umfangreichen Rechte der orientalischen Patriarchen mit Sachen der Ostkirche viel weniger zu tun hat. Eine Benachteiligung der Ostkirche ist daher nicht ersichtlich. Die Aufregung der Orientalen wäre nur begründet, wenn es einen "gradus" gäbe, zu dem sie keinen Zutritt hätten. Dem ist aber nicht so. Es gibt augenblicklich zwei orientalische Kardinäle und damit ist dem Anteil der Ostkirche an der Gesamtkirche vollauf Genüge getan. Freilich ist es für die Angehörigen eines orientalischen Ritus nur schwer faßbar, daß nicht der Patriarch, sondern ein anderer Prälat, der die Kardinalswürde besitzt oder Legat ist, der höchste kirchliche Würdenträger innerhalb des Ritus sein soll. Aber ein gewisses Umdenken ist bei einer Union nun einmal unerläßlich und zwar für beide Seiten. Von Seiten der Kirche ist dies dadurch geschehen, daß dem Patriarchen umfangreiche Rechte eingeräumt wurden, obwohl das der Grundkonzeption des führenden lateinischen Ritus widerspricht. An den unierten Gemeinschaften liegt es, den Werdegang in der Gesamtkirche anzuerkennen, wenn auch diese lange Zeit mit der Lateinischen Kirche so ziemlich identisch war.

Mehr Berechtigung hat die Kritik an den Rechten des Patriarchen. Dessen Ansehen wird zweifellos dadurch beeinträchtigt, daß seine Maßnahmen "voraufgehender Autorisierung oder nachträglicher Bestätigung unterliegen sollen"(65). Es wäre wohl besser gewesen, dem Patriarchen etwas weniger Befugnisse einzuräumen, dafür aber die weitgehenden Beschränkungen wegfällen zu lassen.

(65) HK XIII S.86

Notfalls könnte der Apostolische Stuhl wegen des Jurisdiktionsprimats ja doch eingreifen. So hätte man etwa den Bischöfen in allen Strafsachen den Gerichtsstand beim Papst zubilligen können. Als Ausgleich dafür hätte man dem Patriarchen im Falle des can.248 §1 n.1 den päpstlichen Konsens erlassen und in can.251 ff. die Bestätigung des neugewählten Bischofs zugestehen können. Dadurch wäre auch das unheilvolle "beschleunigte Verfahren" restlos überflüssig geworden.

Sollte das Ostrecht nochmals eingehend überprüft werden, was nicht ausgeschlossen erscheint, dann ist besonders die Notwendigkeit dieser Einschränkungen in jedem Einzelfall kritisch zu untersuchen.

5. Kapitel

Die interimistische Verwaltung des Patriarchats

§15. Die Sedisvakanz

Die Sedisvakanz tritt beim Patriarchat unter den gleichen Voraussetzungen ein wie bei der Eparchie (can. 306, 468 §1), also durch den Tod des Patriarchen, durch Verzicht, sobald dessen Annahme dem Patriarchen mitgeteilt ist, durch den fingierten Verzicht in den Fällen des can. 130 und durch die dem Patriarchen mitgeteilte strafweise Amtsentsetzung. Im Gegensatz zu der globalen Verweisung in can. 306 kommt jedoch eine "translatio" nicht in Betracht. Die Besetzung der Patriarchenstühle erfolgt ausschließlich durch Wahl. Dabei kann nur ein Angehöriger des eigenen Ritus gewählt werden und nicht auch der Patriarch eines anderen Ritus.

Sofern der Apostolische Stuhl im Falle der Sedisvakanz nicht anders verfügt, geht die Verwaltung des Patriarchats auf den weiheältesten Kurienbischof über (can. 307, Näheres über die Kurienbischofe in §17). Das Partikularrecht kann andere Bestimmungen treffen, doch steht auch eine solche Regelung unter dem Vorbehalt des päpstlichen Eingriffsrechts. Obwohl dies ohne weiteres aus dem Primat abgeleitet werden kann, ist es auch noch ausdrücklich im Gesetz erwähnt. Das bedeutet, daß der Papst nicht nur in ganz außergewöhnlichen Fällen, sondern bei jedem konkreten Anlaß eingreift.

Die erfolgte Regelung versteht sich nicht von selbst. Die interimistische Verwaltung des Patriarchats wäre auch anders denkbar. Nicht zu empfehlen wäre ein Übergang der Verwaltung auf den Synkellus. Dieser ist - sofern überhaupt vorhanden - nur für einen Teil des Patriarchats bestellt (can. 241). Das würde an sich nicht entgegenstehen, ihm beim Eintritt der Sedisvakanz die Verwaltung des ganzen Patriarchats zu übertragen. Es dürfte aber meist ein Kurienbischof und demzufolge nur selten ein Synkellus vorhanden sein. Ein bestimmter Amtsträger, der häufig gar nicht da ist, kann nicht gut zum gesetz-

lichen Verwalter des verweisten Patriarchats erklärt werden.

Man könnte aber in Erwägung ziehen, die interimistische Verwaltung entsprechend der Verwaltung der Eparchien einem Kollegium zu übertragen. Dabei wäre zuerst an die Ständige Synode zu denken. Diese ist auf Grund ihrer weitgehenden Mitspracherechte mit den Verwaltungsaufgaben des Patriarchats vertraut. Das Kollegium könnte nach dem Tod des Patriarchen durch Beiziehung des Substituten(can.290 §1) wieder auf die gesetzliche Fünffzahl gebracht werden. Gegen eine Verwaltung durch die Ständige Synode spricht aber, daß ein Kollegium zwar für eine beratende Tätigkeit geeignet ist, bei der Erledigung laufender Aufgaben jedoch zu langsam arbeitet. Das gilt vor allem dann, wenn das Kollegium nur selten zusammenkommt.

Ähnliche Bedenken sprechen gegen eine Übertragung der Verwaltung auf sämtliche Kurienbischöfe. Dazu kommt noch die Unbestimmtheit der Zahl der Kurienbischöfe. Sind drei Kurienbischöfe vorhanden, so kann man von einem echten Kollegium sprechen ("tres faciunt collegium") und ist mit einer gedeihlichen Arbeit zu rechnen. Bei zwei Kurienbischöfen kann die Arbeit dagegen sehr schwierig sein.

Schließlich wäre noch an ein Wahlrecht eines dieser Kollegien zu denken. Dabei bestünde wiederum die Gefahr, daß die Ständige Synode nicht rasch genug zusammentreten könnte. Ein Wahlrecht der Kurienbischöfe wäre angesichts ihrer unbestimmten Zahl höchst problematisch. In Anbetracht dieser Umstände kann die gesetzliche Lösung nur als sachgerecht bezeichnet und befürwortet werden.

Mit dem Tod des Patriarchen werden auch seine Provinz und seine Eparchie vakant. Die Metropolitangewalt geht auf den Verwalter des Patriarchats über(can.310 §1 n.1). Entsprechendes gilt hinsichtlich der Eparchie des Patriarchen(can.309). Praktisch obliegt aber die Verwaltung der Eparchie dem Synkellus, der auf alle Fälle im Amt

bleibt(can.437 §2). Während der Synkellus einer anderen Eparchie nur bis zur Ernennung des interimistischen Verwalters im Amt bleibt(can.437 §1,469), dauert das Amt des Synkellus der Eparchie des Patriarchen bis zum Amtsantritt des neuen Patriarchen und darüber hinaus fort. Die Rechtslage ist mit derjenigen des römischen Bistums vergleichbar(66). Der Synkellus ist nur an das Verbot der Novation gebunden(can.437 §2). Das gleiche gilt aber auch für den eigentlichen Verwalter der Eparchie, den Kurienbischof selbst(can.310 §2).

Auch eventuell vorhandene Synkelli des Patriarchats bleiben im Amt(can.311 §2). In diesem Falle werden dem Administrator auch die Verwaltungsaufgaben des Patriarchats weitgehend abgenommen. Andererseits ist von der Zuständigkeit des Kurienbischofs all das ausgenommen, was der Patriarch nicht ohne Zustimmung oder nur nach erfolgter Anhörung der Bischöfe ausführen kann(can.311 §1). Der Administrator hat nur die in can.284 genannten Privilegien. Dagegen stehen ihm in der Regel alle dem Patriarchen eingeräumten habituellen Vollmachten zu(can.310 §1 n.2).

Als Hauptaufgabe des Kurienbischofs verbleibt die Einberufung der Wahlsynode und die ordnungsgemäße Vorbereitung der Patriarchenwahl(can.308 n.3). Die Leitung der Wahl steht ihm nicht zu(can.227). Auf der Wahlsynode genießt er auch nicht den ihm sonst gebührenden Vorrang(can.312). Das Amt des Administrators endet mit der Inthronisation des neuen Patriarchen und nicht schon mit der Annahme der Wahl(can.238 §1). Der neue Patriarch ist verpflichtet, von dem Verwalter des Patriarchats einen Rechenschaftsbericht zu verlangen(can.313).

(66) Constitutio "Vacantis Apostolicae Sedis" n.20

§16. Die Sedisimpedienz

Für den Fall der Impedienz ist die Verwaltung des Patriarchats etwas anders geregelt als bei der Sedisvakanz (can. 314). Sofern der Patriarch nicht einen bestimmten Bischof oder Priester bezeichnet, geht die Verwaltung des Patriarchats auf den ältesten Residenzbischof über. Diese abweichende Regelung muß ihren tieferen Sinn haben. Es dürfte dabei die Überlegung mitgespielt haben, daß die Sedisvakanz in aller Regel nur von kurzer Dauer sein wird, während sich die Sedisimpedienz über Jahre hinziehen kann. Bei längerer Verhinderung des Patriarchen wird es oft nicht zu vermeiden sein, daß neue Aufgaben in Angriff genommen werden. Das Verbot der Novation kann dem nicht unbedingt entgegenstehen. Dieses will nur verhindern, daß die Rechte des Patriarchen beeinträchtigt werden. Daher ist alles erlaubt, was für das Patriarchat oder den Patriarchen nur von Vorteil ist. Man wird darüber hinaus allgemein sagen können, daß das Verbot der Novation dort keine Gültigkeit haben kann, wo es sich zum Nachteil der Sache auswirken würde. Je länger die Verhinderung andauert, um so mehr muß dieses Verbot in den Hintergrund treten.

Dem Administrator kommt aus diesem Grunde bei Impedienz eine größere Bedeutung zu als bei Sedisvakanz. Mit Rücksicht auf die unbestimmte Dauer der Verhinderung des Patriarchen ist es angebracht, einen Verwalter zu bestellen, der über die erforderliche Autorität verfügt. Das ist beim Senior des residierenden Episkopats am ehesten gewährleistet. Freilich ist es diesem nicht möglich, seine ganze Arbeitskraft den Aufgaben des Patriarchats zu widmen, da er seine eigene Eparchie beibehält. Da die Synkelli des Patriarchen im Amt bleiben, braucht sich der Patriarchatsverwalter auch gar nicht um alle Einzelheiten zu kümmern.

Die Leitung der Eparchie des Patriarchen steht bei Impedienz dem für die Eparchie bestellten Synkellus zu (can. 314 §1 n.1). Hier ist der Synkellus selbst der

Verwalter der Eparchie. Dagegen verbleibt ihm im Falle der Sedisvakanz zwar sein Amt als Synkellus, aber der eigentliche Verwalter ist rechtlich der Patriarchatsverwalter(can.309). Bei Sedisimpedienz hat der Patriarchatsverwalter mit der Eparchie des Patriarchen nicht mehr und nicht weniger zu tun als mit jeder anderen Eparchie auch.

II. Teil

Die übrigen gesetzlichen Organe der Patriarchalverfassung

6. Kapitel

Die Kurie des Patriarchats

§17. Allgemeines

Unabhängig von der gesetzlichen Regelung ist es eine Selbstverständlichkeit, daß der Patriarch nicht alle Aufgaben allein erledigen kann. Ebenso wie der Papst und die Bischöfe ist auch der Patriarch auf die Mitarbeit anderer angewiesen.

Der Patriarch hat für das Patriarchat eine Kurie einzurichten und zu unterhalten(can.286). Patriarchat und Eparchie des Patriarchen müssen jeweils eine Kurie für sich haben, die von der anderen Kurie völlig getrennt ist. Das gilt vor allem in sachlicher Hinsicht. Die Eparchialkurie darf nicht mit Angelegenheiten der Patriarchatsverwaltung betraut werden und umgekehrt. Es ist jedoch zulässig, daß eine Person in beiden Kurien ein Amt bekleidet, soweit das vereinbar ist. Richter, Auditor oder Kirchenanwalt kann jemand nur in einer Kurie sein(can.298). Überhaupt sollen Personalunionen nach Möglichkeit immer vermieden werden.

Zur Kurie des Patriarchats gehören die Ständige Synode, der Gerichtshof, das Amt für Vermögensverwaltung, die Kanzlei und ein Patriarchalrat. Alle diese Ämter und der Patriarchalrat sind notwendige Bestandteile der patriarchalen Kurie. Die Mitglieder des Patriarchalrats haben kein Kirchenamt im engeren Sinne, auch nicht nach der erweiterten Definition des IOsignif.can.305 §1, da ihr Amt keinerlei Jurisdiktion, auch keine "alia publica potestas" mit sich bringt. Läßt der Patriarch Bischöfe wählen, denen er ein Amt mit Residenzpflicht überträgt, so gehören auch diese zur Kurie(can.287 §2). Soweit die Organisation der patriarchalen Kurie nicht ausdrücklich geregelt ist, sind die Vorschriften über die bischöfliche Kurie entsprechend anzuwenden(can.287

§3). Trotzdem bestehen zwischen der bischöflichen und der patriarchalen Kurie, von der höheren Zuständigkeit der letzteren ganz abgesehen, erhebliche Unterschiede. Die bischöfliche Kurie ist durchwegs dazu bestimmt, dem Bischof Hilfsdienste zu leisten(CIC can.363, can. 429: "opem praestant"). Es gibt keine Zuständigkeit einer kurialen Behörde außerhalb der eigenen Kompetenzen des Bischofs. Das folgt zwangsläufig aus der Eigenschaft der Kurie als eines Hilfsorgans.

Das Verhältnis des Patriarchen zu seiner Kurie ist ein wesentlich anderes. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß dem Patriarchen nur die Befugnisse zustehen, die ihm ausdrücklich vom Gesetz eingeräumt werden. Er ist nicht zuständig in den Fällen der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Patriarchalgerichts(IOiud.can. 19). Das gleiche gilt bei all jenen Vorschriften, in denen von den Befugnissen der Ständigen Synode(IOiud. can.17; can.248 §2,260,263 usf.) oder des Ökonomen die Rede ist(can.299 §2 n.1,(66)). Die alleinige Zuständigkeit liegt hier bei den kurialen Behörden selbst. Sie handeln nicht an Stelle des Patriarchen, sondern aus eigenem Recht. Deshalb können diese Behörden auch nicht im üblichen Sinne als Hilfsorgane bezeichnet werden, da sie nicht die Geschäfte des Patriarchen erledigen, sondern ihre eigenen. Das hat weiter zur Folge, daß dem Patriarchen ein Weisungsrecht nur zusteht, wo ihm ein solches ausdrücklich zugebilligt wird. Das ist beim Ökonomen der Fall(can.299 §2 n.3: "pendet"), nicht aber bei der Ständigen Synode oder beim Patriarchalgericht 1. Instanz. Diese Rechtslage bedeutet eine beachtliche Dekonzentration der kirchlichen Verwaltung. Das monarchische Prinzip rückt etwas in den Hintergrund und an seine Stelle tritt ein System der Gewaltenteilung (Patriarch-Gericht, Ökonom) bzw. der kollegialen Zusammenarbeit(Patriarch - Synode). Dabei hängt es weitestgehend von der Persönlichkeit des Patriarchen ab, wie sich die Dinge in der Praxis entwickeln. Eine kraftvolle Persönlichkeit kann

(66) Mörsdorf S.248: "eigenen Geschäftsbereich"

durch ihren Einfluß die Geschicke des Patriarchats mehr oder minder allein bestimmen. Andererseits ist es auch denkbar, daß der Patriarch vor allem die Ständige Synode nicht für seine Ziele gewinnen kann. Die gleiche Rechtsordnung kann sich in den einzelnen Patriarchaten verschieden auswirken.

Im Gegensatz zur bischöflichen und in Übereinstimmung mit der päpstlichen Kurie ist die patriarchale Kurie ferner durch das Fehlen eines Synkellus und das Vorhandensein von Kurienbischöfen gekennzeichnet. Selbst wenn ein Synkellus vorhanden ist, gehört er nicht zur Kurie. Die Kurienbischöfe sind jedenfalls nach der erweiterten Definition des IOsignif.can.305 §1 Inhaber eines Kirchenamtes im engeren Sinne. Dafür spricht schon die Bezeichnung "Episcopi in curia officium cum residentia habentes". "Officium" ist nach IOsignif.can.305 §2 ein Kirchenamt im engeren Sinne. Etwas anderes steht nicht fest. Im Gegenteil, das Amt der Kurienbischöfe weist alle Merkmale eines Kirchenamtes im engeren Sinne auf. Es ist "stabiler constitutum", denn es handelt sich um eine ständige gesetzliche Einrichtung. Daß das Amt nicht immer besetzt zu sein braucht, steht dem nicht entgegen. Es gibt mehrere Kirchenämter, die nur zeitweise besetzt sind(67). Das Amt wird ferner nach Vorschrift der Gesetze übertragen(can.257). Mit dem Amt ist schließlich auch ordentliche Gewalt verbunden. Die Kurienbischöfe haben im Falle des can.259 §4 n.2 die Bischöfe der Ständigen Synode zu vertreten. Bei der Bestellung und Abberufung des Administrators einer Eparchie sind immer nur die Kurienbischöfe zu hören(can.249 §1 n.4,§2). Daneben werden den Kurienbischöfen vom Patriarchen andere Aufgaben übertragen. Dabei dürfte vor allem die Bestellung zum Synkellus in Betracht kommen. Das kann allerdings nur im Wege der Delegation geschehen, da es einen gesetzlichen Aufgabenbereich nicht gibt. Eine analoge Anwendung des can.434 ist nicht gerechtfertigt.

(67) Jone, Kan.145 §1,

§18. Die Ständige Synode

Das wichtigste Organ der Patriarchalverfassung ist neben dem Patriarchen die Ständige Synode. Sie ist ein fünfköpfiges Gremium, bestehend aus dem Patriarchen selbst und vier Bischöfen. Das Senioratsprinzip, an das man zunächst denken möchte, ist bei der Zusammensetzung der Ständigen Synode auch nicht teilweise verwirklicht. Zwar gehören bei der erstmaligen Bildung der Ständigen Synode für die ersten fünf Jahre die beiden weihenältesten Bischöfe der Synode an. Diese Regelung hat aber nur Ordnungscharakter oder allenfalls die Bedeutung eines zeitlichen Vorrangs der älteren Bischöfe. Auch für diese beiden Bischöfe gilt die Vorschrift des can.289 §1, wonach die Mitglieder der Synode(vom Patriarchen abgesehen) nur fünf Jahre im Amt sind. Nach dem Ablauf dieser Zeit kommen die beiden nächstältesten Bischöfe an die Reihe. Die praktische Gestaltung der Dinge hängt von der Größe des Patriarchats ab. In einem großen Patriarchat mit vielen Bischöfen können lange Zeit hindurch immer die älteren, aber auch immer die jüngeren Bischöfe an der Reihe sein. Das hängt mit dem Absterben der älteren und dem Nachrücken der jüngeren Bischöfe zusammen. Vom Gesetz ist keine der möglichen Variationen beabsichtigt. Der Sinn des Gesetzes ist allein der, daß sämtliche Bischöfe der Reihe nach der Ständigen Synode angehören und anschließend wieder die ältesten zum Zuge kommen sollen. In kleineren Patriarchaten ist das auch der Fall. Hier kann jeder Residenzbischof mehrmals der Synode als gesetzliches Mitglied nach can.289 §2 angehören.

Der Zeitraum von fünf Jahren ist kein Fixum. Stirbt ein gesetzliches Mitglied der Synode, so tritt nicht etwa bis zum Ablauf der vollen fünf Jahre ein Ersatzmann ein, sondern es folgt der nächstälteste Bischof nach und damit beginnt dessen fünfjährige Amtsdauer.

Von den anderen beiden Bischöfen der Synode wird der eine vom Patriarchen ernannt, der andere von den Bischöfen des Patriarchats gewählt(can.289 §3). Passiv wahl-

berechtigt sind alle Bischöfe, die nicht schon nach can.289 §2 der Ständigen Synode angehören. Auch ein Titularbischof kann gewählt oder ernannt werden. Soweit nur residierende Bischöfe als Mitglieder der Synode in Betracht kommen, ist dies, wie can.289 §2 zeigt, ausdrücklich gesagt. Ob die Titularbischöfe auch das aktive Wahlrecht haben, ist nicht klar ersichtlich. Der Besitz des passiven Wahlrechts besagt jedenfalls noch lange nicht, daß sie auch aktiv wahlberechtigt sind. Im Gegensatz zum weltlichen Recht ist im kirchlichen Recht der Kreis der aktiv Wahlberechtigten fast immer kleiner als der der passiv Wahlberechtigten. Gegen das aktive Wahlrecht der Titulare spricht, daß es sehr häufig besonders erwähnt ist, wenn sie an den Befugnissen der residierenden Bischöfe teilhaben sollen (can.224: "etiam titulares"). Ein weiterer Anhaltspunkt ist can.297 §1 n.2. Danach wird der zweite Bischof des Patriarchalrats nur von den Residenzbischöfen gewählt. Diese Bestimmung könnte man analog anwenden und das aktive Wahlrecht auch im Falle des can.289 §3 n.1 allein den Residenzbischöfen zuerkennen. Ein Umkehrschluß ist aber wohl eher gerechtfertigt als eine analoge Anwendung. Da can.289 §3 n.1 im Gegensatz zu can.297 §1 n.2 von den Bischöfen schlechthin spricht, sind auch die Titulare damit gemeint. Dieses Ergebnis wird durch folgende Überlegung bestätigt: Es ist bei aller Inkonsequenz des kanonischen Rechts kaum denkbar, daß "Episcopus" in ein und demselben Paragraphen eine unterschiedliche Bedeutung hat. Da die Titulare in "Episcoporum" eingeschlossen sind, ist dies auch bei "Episcopis" anzunehmen (CIC can.18). Die Titularbischöfe haben somit aktives und passives Wahlrecht. Der Patriarch hat dagegen kein Wahlrecht, weil ihm schon die Ernennung eines Mitgliedes der Synode zukommt.

Die beiden Mitglieder der Synode, die vom Patriarchen ernannt bzw. von den Bischöfen gewählt werden, können nach Ablauf der fünf Jahre abermals in die Syn-

ode berufen werden. In gleicher Weise ist für beide je ein Substitut zu bestimmen. Der vom Patriarchen ernannte Substitut vertritt den vom Patriarchen in die Synode berufenen Bischof und den Patriarchen selbst. Er vertritt ihn aber nicht in der Führung des Vorsitzes. Insoweit wird der Patriarch immer von einem ordentlichen Mitglied der Synode vertreten(can.290 §1). Die ersteren beiden Mitglieder der Synode werden von den nächstältesten Residenzbischöfen vertreten. Eine Vertretung der Synodalen durch die Kurienbischöfe findet nur im Falle des can.259 §4 n.2 statt. Dabei entscheidet der Patriarch allein mit den Kurienbischöfen. Die Bildung eines Gremiums aus den anwesenden Synodalen und den Kurienbischöfen ist unzulässig.

Wo auf längere Zeit keine Synode gebildet werden kann, ist ein Patriarchalrat zu schaffen(can.296). Dieser Rat ("Consilium") hat mit dem wissenschaftlichen Beirat des can.303 nichts zu tun. Er besteht nur aus zwei Mitgliedern, einem Residenzbischof nach der Reihenfolge des Weihealters und einem weiteren Bischof, der gewählt wird. Passiv wahlberechtigt sind alle Bischöfe, aktiv nur die Residenzbischöfe(can.297 §1). Nach fünf Jahren wird der Rat ebenso erneuert wie die Synode. Er hat in allem die Aufgaben und Befugnisse der Ständigen Synode wahrzunehmen.

Es ist auffallend, aber nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes unbestreitbar, daß der Patriarch im Gegensatz zu seiner Mitgliedschaft in der Ständigen Synode nicht Mitglied des Rates ist. Die abweichende Auffassung von Mörsdorf(68) ist mit can.297 §1 nicht zu vereinbaren. Diese Besetzung hat zur Folge, daß der Rat seine Beschlüsse einstimmig fassen muß, was zu einem argen Hemmschuh werden kann.

Die Synode ist jeweils bei Veranlassung, mindestens aber dreimal jährlich einzuberufen(can.295). Sie ist auch dann "einzuberufen", wenn die Patriarchalsynode oder die Wahlsynode tagt(can.294). Die Rechte der Stän-

digen Synode können nicht von einem höheren Gremium an sich gezogen werden. Ist ein Mitglied der Synode und gleichzeitig dessen Vertreter am Erscheinen verhindert, so ist die Stimme schriftlich abzugeben. Dabei ist zunächst die Stimme des ordentlichen Mitglieds einzuholen. Ist auch das nicht möglich, so dürfte es zulässig sein, die Stimme des Vertreters schriftlich zu erholen. Dieses Verfahren ist nur für den Fall vorgesehen, daß der vom Patriarchen ernannte oder von den Bischöfen gewählte Synodale und die jeweiligen Vertreter verhindert sind (can.290 §2 n.2). Hinsichtlich der beiden gesetzlichen Mitglieder der Synode(can.289 §2) glaubte der Gesetzgeber von einer entsprechenden Bestimmung absehen zu können, da ja alle residierenden Bischöfe als Vertreter in Betracht kommen. Sollte dennoch der Fall eintreten, daß keiner der gesetzlichen Vertreter erscheinen kann, so steht einer analogen Anwendung des can.290 §2 n.2 nichts entgegen.

Sind Fragen der Person eines Synodalen oder seiner Eparchie zu entscheiden, so ist der Bischof von der Abstimmung ausgeschlossen. An seiner Stelle stimmt sein Vertreter ab(can.290 §3). Der ausgeschlossene Bischof ist jedoch in der Sache zu hören. Dieser Fall des gesetzlichen Ausschlusses ist nicht schon immer dann gegeben, wenn sich ein Beschluß der Synode auf die Person eines Bischofs oder dessen Eparchie irgendwie auswirkt. Denn es trifft mehr oder minder immer zu, daß die Interessen eines Mitgliedes der Synode von der Entscheidung berührt werden. Voraussetzung des Ausschlusses ist, daß die Entscheidung nicht für das Patriarchat allgemein, sondern speziell für den Bischof oder dessen Eparchie von Bedeutung ist. Das ist etwa der Fall, wenn die Synode über ein Mitglied zu urteilen hat(10iud.can.17) oder ein Kloster der Jurisdiktion des Bischofs enthoben werden soll(can.263 §1).

Die Aufgaben der Ständigen Synode sind sehr umfangreich und von recht verschiedener Art. Nicht zuständig ist die Ständige Synode für die Gesetzgebung. Dagegen

ist sie das wichtigste Patriarchalgericht erster Instanz (IOiud.can.17,18). Die Hauptaufgaben der Ständigen Synode liegen im Bereich der Verwaltung. Auch hierbei sind ihre Befugnisse wieder von verschiedener rechtlicher Natur. Es ist zu unterscheiden zwischen dem eigenen Entscheidungsrecht, dem Zustimmungsrecht und dem Recht, vom Patriarchen gehört zu werden. Ein eigenes Entscheidungsrecht steht der Ständigen Synode nur selten zu. In Betracht kommt z.B. die Anordnung einer Überprüfung der Vermögensverwaltung(can.299 §3). Am häufigsten sind die Zustimmungsrechte der Synode(can.260,263,265,281 usf.). In all diesen Fällen wird der Patriarch in doppelter Funktion tätig. Einmal hat er als Mitglied der Ständigen Synode an dem Beschluß mitzuwirken, d.h. mit abzustimmen. Zum anderen obliegt es dem Patriarchen, die dem Beschluß der Ständigen Synode entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Daher ist es im Gegensatz zu IOiud.can.17,18 durchaus gerechtfertigt, wenn es in can.260 usf. heißt: "Patriarcha de consensu Synodi permanentis potest", der Patriarch mithin zweimal erwähnt wird.

Der Patriarch ist nicht verpflichtet, von der Zustimmung der Synode Gebrauch zu machen. Deshalb hätte es auch nicht viel Sinn, wenn die Ständige Synode von sich aus aktiv würde und einen Antrag einbrächte. Streng genommen ist es gar nicht zulässig, daß aus der Mitte der Synode Anträge eingebracht werden und über diese abgestimmt wird. Denn die Synode hat nur ein Zustimmungsrecht, kein Antragsrecht. Sie ist ihrer Bestimmung nach nicht Motor, sondern Bremse. Die Initiative liegt beim Patriarchen. Für Anregungen von Seiten der Bischöfe ist nicht die Ständige Synode, sondern die Bischofskonferenz der rechte Ort und die rechte Zeit.

Schließlich muß die Ständige Synode vom Patriarchen bei bestimmten Anlässen gehört werden. Diese Form der Mitwirkung ist besonders bei der Einrichtung und der Besetzung der Kurienämter vorgesehen(can.300,303).

Die Mitwirkung der Synode ist nicht auf die im Gesetz ausdrücklich genannten Fälle beschränkt. Nach

can.288 ist die Synode dazu berufen, den Patriarchen in allen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu unterstützen. Allerdings ergibt sich aus can.288 nur die Pflicht des Patriarchen, die Synode anzuhören. Ein Zustimmungsrecht der Synode kann aus dieser Vorschrift nicht abgeleitet werden. Auch ist eine Rechtshandlung des Patriarchen nicht deshalb nichtig, weil er entgegen can.288 die Synode überhaupt nicht zu Rate gezogen hat. Wegen Nichtbeachtung der Rechte der Synode ist eine Handlung des Patriarchen nur dann nichtig, wenn ein entsprechendes Recht der Synode für den betreffenden Fall ausdrücklich festgelegt ist. Die Rechtsunsicherheit wäre zu groß, wenn die Rechtsgültigkeit einer Maßnahme von der oft zweifelhaften Frage abhinge, ob ein "negotium maioris momenti" vorliegt oder nicht. Die Wendung "ius statuit" in can.35 §1 erfaßt nur ausdrückliche Bestimmungen des Gesetzes im Einzelfall. Es ist somit in den Fällen des can.288, die nicht gleichzeitig von einer speziellen Vorschrift erfaßt werden, lediglich ein "nobile officium" des Patriarchen, die Ständige Synode zu Rate zu ziehen.

Can.288 ist nicht die einzige Vorschrift, die dem Patriarchen von einsamen Entschlüssen abrät. Dasselbe geschieht in can.259 §3. Es wird nicht immer ganz leicht sein, die "negotia maioris momenti" des can.288 von den "negotiis extraordinariis vel peculiarem difficultatem praeseferentibus" des can.259 §3 zu scheiden. Der Unterschied dürfte darin liegen, daß can.288 auf die große Bedeutung, can.259 §3 dagegen auf die Ungewöhnlichkeit der Aufgabe abstellt. Auch Bagatellsachen können für den Patriarchen ungewöhnlich sein. Es können aber auch beide Merkmale gegeben sein. In einem solchen Falle geht can.259 §3 vor, da hier der Kreis der mitwirkenden Personen größer ist.

§19. Das Patriarchalgericht

Die Stellung des Patriarchalgerichts ist bereits bei der Erörterung der richterlichen Zuständigkeit des Patriarchen umrissen worden (§12 oben).

Das Patriarchalgericht ist vom Eparchialgericht des Patriarchen zu unterscheiden. Die Richter, der Glaubensanwalt und die Auditoren dürfen nicht gleichzeitig in beiden Gerichten tätig sein (can. 298 §3). Diese von can. 286 abweichende Bestimmung ist zumindest hinsichtlich der Richter eine Selbstverständlichkeit. Niemandem kann die Überprüfung des eigenen Urteils überlassen sein. Von den bedeutenderen gerichtlichen Aufgaben kann nur das Amt des Bandsverteidigers in beiden Gerichten wahrgenommen werden. Auch das ist sachlich begründet. Der Bandsverteidiger darf nicht völlig objektiv sein. Er hat sich immer für die Gültigkeit der Ehe oder der Weihe einzusetzen. Ein anderer Bandsverteidiger würde, ja müßte in der Berufungsinstanz den gleichen Antrag stellen, nämlich die Nichtigkeitsklage abzuweisen. Deshalb steht einer Ämterhäufung nichts entgegen, sie ist sogar zweckmäßig und arbeitssparend.

Die Zuständigkeit des Patriarchalgerichts ist in IOiud.can.19 für die erste Instanz abschließend geregelt. Es entscheidet außerdem in zweiter bzw. dritter Instanz bei Berufungen gegen Urteile der Metropolitangerichte und des Eparchialgerichts des Patriarchen (IOiud.can.72 §1 nn.2,3).

Kommt eine Sache an den Apostolischen Stuhl, so ist die Rota nicht ohne weiteres zuständig. Es gilt auch hier der Grundsatz der Allzuständigkeit der Ostkongregation (can.195 §2, IOiud.can.79 §2). Die Rota kann nur entscheiden, wenn ihr die Sache von der Ostkongregation überlassen wird. Trotzdem wird die Rota nicht als delegiertes Gericht tätig. Wenn auch ihre Zuständigkeit bedingt ist, so ergibt sie sich doch aus dem Gesetz. Damit übt die Rota ordentliche Gewalt aus (Vergl. hierzu

die Spezialmandate des Synkellus, can.434 §1 n.2).

Das Prozeßrecht der Ostkirche ist als ein glücklicher Wurf in der Reihe der bisher erschienenen Teilpublikationen des Ostrechts anzusehen. Neben der bereits eingangs erwähnten positiven Weiterentwicklung des Prozeßrechts ist noch darauf hinzuweisen, daß das Prozeßrecht in sich abgeschlossen ist. Beim Studium des Prozeßrechts, das zudem nur selten, dafür aber in recht wesentlichen Punkten vom lateinischen Recht abweicht, gewinnt man ein klares Bild von der Verfassung und dem Verfahren der Gerichte. Im Gegensatz zum Personenrecht hat man es beim Prozeßrecht vermieden, die bestehenden Zustände zu sanktionieren bzw. eine andere Gestaltung der Dinge durch das Partikularrecht zuzulassen. Bei dieser Kritik kann freilich nicht verkannt werden, daß dieser Unterschied seinen guten Grund hat. Die orientalischen Riten dürften sich wohl kaum darüber aufhalten, daß sie ihr gerichtliches Verfahren, mag es auch alt-hergebracht sein, jetzt nach dem neuen Prozeßrecht zu gestalten haben. Etwas ganz anderes ist es, wenn die gewohnten Rechte ihrer Patriarchen in Frage stehen. Die Diskussion um das neue Recht macht das deutlich. Die Orientalen interessieren in erster Linie die Rechte ihrer Patriarchen und deren Stellung in der Gesamtkirche. Deshalb hat der Gesetzgeber gut daran getan, daß er im Personenrecht die Rücksichtnahme auf die Tradition dem Wunsch nach Rechtseinheit - vielleicht in einem noch zu geringen Maße - überordnete. Rechtseinheit ist gut, wenn sie ohne Beeinträchtigung des guten Einvernehmens aller Beteiligten erreicht werden kann. Den hohen Preis des kirchlichen Friedens ist sie nicht wert.

§20. Die übrigen Ämter der Kurie

In der Kurie ist ein eigenes Amt für Vermögensverwaltung einzurichten. Sachlich ist auch dieses Amt von dem der Eparchie des Patriarchen streng zu scheiden, doch ist eine Verwaltung in Personalunion zulässig. Der Ökonom wird im Einverständnis mit der Ständigen Synode vom Patriarchen ernannt und entlassen(can.299 §2 n.3). Verwandten und Verschwägerten des Patriarchen bis zum vierten Grad einschließlich kann das Amt gütlicherweise nicht übertragen werden. Diese Vorschrift ist nicht als zu streng zu werten, wenn man die vom lateinischen Recht verschiedene Bestimmung des Verwandtschafts- bzw. Schwägerschaftsgrades berücksichtigt(can.24,25).

Der Ökonom des Patriarchats hat einen eigenen Geschäftsbereich und übt somit keine stellvertretende Gewalt aus(can.299 §2 n.1,(69)). Dadurch unterscheidet er sich vom Ökonom der Eparchie, der keinen eigenen Geschäftsbereich hat(can.438 §3). Von der Ständigen Synode und dem Patriarchalgericht erster Instanz ist seine Stellung dadurch verschieden, daß er trotz seines eigenen Geschäftsbereichs in seiner Amtsführung vom Patriarchen abhängig ist(can.299 §2 n.3). Darin liegt das Sonderbare der rechtlichen Stellung des Ökonomen, daß er einerseits einen eigenen Geschäftsbereich hat, andererseits aber dennoch abhängig ist. Das gibt es bei sonstigen Behörden irgendeiner Kurie nicht. Die Worte "pendet in munere exercendo" sind der Schlüssel für das Verständnis des Verhältnisses von Patriarch und Ökonom. Gewiß kommt darin eine Abhängigkeit des letzteren zum Ausdruck. Diese Abhängigkeit kann aber nur darin bestehen, daß der Patriarch über die Ordnungsmäßigkeit der Vermögensverwaltung wacht und bei gegebenem Anlaß die Geschäftsführung des Ökonomen beanstandet. Can.299 §2 n.3 kann nicht eine Befugnis des Patriarchen entnommen werden, dem Ökonom bindende Weisungen zu er-

teilen oder bestimmte Geschäfte der Vermögensverwaltung selbst zu übernehmen(ges. Ausnahmen in can.169 §1). Eine solche Befugnis des Patriarchen würde die Gliederung der Verwaltung in eine geistliche und eine zeitliche Verwaltung illusorisch machen. Auch könnte von einem eigenen Geschäftsbereich des Ökonomen nicht mehr gesprochen werden. Ist der Patriarch mit der Arbeit des Ökonomen nicht einverstanden, so kann er diesen darauf hinweisen und ihn schließlich mit Zustimmung der Ständigen Synode absetzen, aber nicht selbst in die Vermögensverwaltung eingreifen.

Zur Kurie des Patriarchats gehört auch eine eigene Kanzlei. Der Kanzler ist der erste Notar des Patriarchats und Verwalter des patriarchalen Archivs(can.300 §2). Dieses Archiv(can.304) ist von dem der Ständigen Synode(can.291 §2) und dem der Eparchie(can.439) verschieden.

Schließlich gehört noch ein wissenschaftlicher Beirat zur Kurie. Aus can.303 kann nicht entnommen werden, daß die Bildung des Rates im Belieben des Patriarchen stünde und die Ständige Synode zu der Frage gehört werden müßte, ob überhaupt ein Rat gebildet werden soll. Can.303 bezieht sich nur auf die Ernennung der einzelnen Mitglieder des Rates, dessen Bildung vom Gesetz zwingend vorgeschrieben ist. Alle in can.287 §1 aufgezählten Institutionen müssen geschaffen werden. Die Kurienbischöfe sind die einzigen Angehörigen der Kurie, deren Bestellung dem Gutdünken des Patriarchen überlassen ist(can.287 §2,257). Wäre auch die Bildung eines Rates dem Patriarchen überlassen, dann wäre der Rat nicht in §1, sondern in §2 des can.287 aufgeführt.

Für alle Fragen der Liturgie ist eine Kommission zu bilden(can.302), die aber nicht zur Kurie gehört.

Finanziert wird die Kurie aus Mitteln, die der Patriarch zu diesem Zweck verwenden darf(can.305). Welche Mittel das sind, verrät das Gesetz nicht. Soweit diese Mittel nicht ausreichen, haben die einzelnen Eparchien Beiträge zu entrichten, deren Höhe von der Patriarchalsynode festgelegt wird.

7. Kapitel

Die Patriarchalsynode

§21. Die Einberufung der Synode und ihre Mitglieder

Die größte Synode innerhalb des Patriarchats ist die Patriarchalsynode. Sie ist das Parlament des Patriarchats und darf angesichts der großen Bedeutung des Partikularrechts nicht unterschätzt werden.

Die Patriarchalsynode wird mit Zustimmung der Ständigen Synode vom Patriarchen so oft einberufen, wie dieser es für erforderlich hält, jedoch mindestens alle zwanzig Jahre (can.344). An der Synode müssen alle Bischöfe, Apostolischen Verwalter von Eparchien, Exarchen und Interimsverwalter aus dem Patriarchat teilnehmen (can.341 §1, 340 §1: "Patriarchae subjecti"). Sie alle haben auf der Synode volles Stimmrecht. Ferner müssen die Präsiden der niederen und höheren monastischen Verbände sowie die Generaloberen aller übrigen Religiösen eingeladen werden (can.342 §1). Den Präsiden der monastischen Verbände, nicht aber den Generaloberen, kann vom Apostolischen Stuhl oder von den Vätern der Synode volles Stimmrecht eingeräumt werden (can.341 §2: ein Beispiel für den Vorrang der Monasterien vor den Orden und Kongregationen). "Patres Synodi" im Sinne des can.341 §2 sind nur die von vornherein vollberechtigten Mitglieder der Synode, denn es kann niemandem die Befugnis zustehen, über seine eigenen Rechte abzustimmen, wenn er überdies noch gar kein Stimmrecht hat. Die übrigen Teilnehmer der Synode, deren Zahl in keiner Weise begrenzt ist, haben mit einer Ausnahme immer nur beratende Stimme.

Diese Ausnahme macht der Apostolische Exarch, der gar nicht verpflichtet ist, an der Patriarchalsynode teilzunehmen. Trotzdem soll er der Synode nicht ohne Grund fernbleiben (can.380 §1). Er ist der einzige Orts-hierarch von außerhalb des Patriarchats. Wie die Exarchen des Patriarchats hat auch er volles Stimmrecht. Die Exarchen mit eigenem Gebiet nehmen an der Synode nicht teil.

§22. Die Aufgaben der Synode

Die Synode ist in erster Linie das Gesetzgebungsorgan des Patriarchats. Entgegen dem verfänglichen Wortlaut des can.243 §1 hat der Patriarch bei der Abstimmung auch nur eine Stimme wie die übrigen Teilnehmer der Synode und nicht etwa ein alleiniges Gesetzgebungsrecht wie der Bischof(can.349,(70)). Die von der Patriarchalsynode beschlossenen Gesetze sind vor ihrer Veröffentlichung dem Apostolischen Stuhl vorzulegen wie die Gesetze der entsprechenden kleineren Synoden auch(can.350).

Bei der Überprüfung der beschlossenen Gesetze durch den Apostolischen Stuhl ist besonders darauf zu achten, ob die dem Partikularrecht gesetzten Grenzen beachtet wurden. Diese Prüfung ist verhältnismäßig einfach, wenn die dem Partikularrecht belassenen Möglichkeiten gemeinrechtlich genau festgelegt sind. Zu nennen ist can.285 §1 für die Privilegien des Patriarchen. Soll der Patriarch ein Privileg erhalten, das in can.285 §1 nicht erwähnt ist, so ist dem partikularen Gesetz die Anerkennung zu versagen. Ist eine Materie gemeinrechtlich geregelt, so ist darauf zu achten, ob das partikulare Gesetz von einem gemeinrechtlichen Vorbehalt zugunsten des Partikularrechts gedeckt wird.

Die Patriarchalsynode hat auch ein erhebliches Mitspracherecht in finanziellen Angelegenheiten des Patriarchats. Man wird unwillkürlich an die Rechte des Parlaments bei der Festlegung des Staatshaushalts erinnert. Die Patriarchalsynode hat zu bestimmen, welche Zehnten und Abgaben dem Patriarchen zustehen(can.269 §2) und welche Beiträge die einzelnen Eparchien zur Finanzierung der Kurie des Patriarchats zu leisten haben(can.305).

Eine rechtsprechende Tätigkeit übt die Patriarchalsynode nicht aus. Sie hat lediglich die Zuständigkeit der Ständigen Synode von der des Patriarchen abzugrenzen(IOiud.can.18 §2).

Ausnahmsweise ist die Patriarchalsynode auch mit einem Zustimmungsrecht bedacht(can.248). Die gleiche Befugnis steht jedoch auch der Wahlsynode zu, so daß sich der Patriarch häufig an die letztere wenden dürfte. In den Fällen der can.316,311 ist nicht die Patriarchalsynode als solche zuständig, da die Entscheidung allein bei den Bischöfen liegt. Die Worte "auditis Episcopis in Synodo patriarchali congregatis" dürfen nicht dahin verstanden werden, daß grundsätzlich die Patriarchalsynode als solche zuständig und dabei nur das Stimmrecht einiger Synodalen ausgeschlossen wäre. Eine Beschränkung des Stimmrechts gibt es nicht(can.341 §1). Daher müssen derartige Fälle(z.B. can.316) als außerhalb der Zuständigkeit der Patriarchalsynode liegend angesehen werden. Can.311 ist somit unvollständig. Wörtlich genommen umfaßt er die erste Alternative des can.248 §1("de consensu Synodi patriarchalis") nicht, obwohl er sie seinem Sinn und Zweck entsprechend unbedingt erfassen muß.

Provinzial- und Plenarsynoden gibt es innerhalb der Patriarchate nicht(can.340 §§2,4). Dagegen können auch in Patriarchaten gemeinsame Synoden mehrerer Riten abgehalten werden(can.340 §3). Sie können nur von einem päpstlichen Legaten einberufen und geleitet werden, da keinem der beteiligten Patriarchen über die Angehörigen eines anderen Ritus eine Jurisdiktion zusteht.

Anhang

Das Patriarchat der Ostkirche hat im Archiepiskopat ein verkleinertes Ebenbild. Letzteres soll ebenso wie das Patriarchat in mehrere Provinzen gegliedert werden. An der Spitze des Archiepiskopats steht der Erzbischof. Dieser ist aber in keiner Weise mit dem Erzbischof des lateinischen Rechts identisch. Auch die meisten "Erzbischöfe" der Ostkirche sind keine solchen im Sinne des Gesetzes, weil sie nicht einmal Metropolitensind. Der Großteil des Restes, also der Metropolitan-Erzbischöfe, erfüllt die Voraussetzungen des Gesetzes auch nicht, weil sie ihren Sitz innerhalb des Patriarchats haben (can.324: "extra patriarchatus sita"). Erzbischof ist ein Obermetropolit außerhalb des Patriarchats, der vom Papst oder einer Ökumenischen Synode dazu bestimmt oder als solcher anerkannt wurde. Unzutreffend ist daher die in HK XII S.159 vertretene Ansicht, daß alle Metropolitensind außerhalb des Patriarchats Erzbischöfe wären. Denn wo es Obermetropolitensind gibt, muß es auch untergeordnete Metropolitensind geben. Freilich sind echte Erzbischöfe denkbar, die nach außen nur als Metropolitensind mit besonderen Rechten erscheinen, weil die gesetzlichen Zwischenglieder, die gewöhnlichen Metropolitensind, z.Z. noch fehlen, wie das auch in den Patriarchaten häufig der Fall ist. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das gesetzliche Leitbild des Archiepiskopats dem des Patriarchats und nicht dem der gewöhnlichen Provinz entspricht.

Die Bestellung des Erzbischofs erfolgt wie beim Patriarchen durch Wahl(can.325 §§1,2) oder aber durch freie Ernennung von Seiten des Papstes. Die Rechte des Erzbischofs sind in can.326 ff. keineswegs erschöpfend aufgezählt. So fehlt z.B. ein Hinweis auf die Rechte des Erzbischofs aus can.48,55,80,94 §2,99 §2,160,161, 101ud. can.17 §2, 38 §2,72,73 usf. Trotzdem ist die Rechtsstellung des Erzbischofs im Vergleich zu der des Patriarchen eine wesentlich schwächere. Aus can.327 §2 n.2 kann zwar

kein grundsätzlicher Unterschied zwischen der patriarchalen und der erzbischöflichen Jurisdiktion hergeleitet werden. Auch der Patriarch und seine Ständige Synode haben nicht mehr Befugnisse als ihnen das Gesetz ausdrücklich einräumt (§6 oben). Can. 327 §2 n.2 will nur besagen, daß in Sachen, die zur Zuständigkeit des Patriarchen gehören, eine Analogie zugunsten des Erzbischofs nicht zulässig ist. Aber in vielen Fällen, in denen der Patriarch kraft ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift zuständig ist, hat der Erzbischof keine oder nur beschränkte Befugnisse. Der Patriarch kann Provinzen, Eparchien und Exarchien errichten usw. (can. 248). Der Erzbischof hat dieses Recht zum Teil nur dann, wenn partikularrechtlich nichts Gegenteiliges bestimmt ist (can. 327 §1, 328). Im Ordensrecht hat der Erzbischof nur einige wenige Befugnisse, die kaum von Bedeutung sind (IOrel. can. 143, 158). Vor allem gibt es keine Orden und Genossenschaften des erzbischöflichen Rechts. Die Exemtion ist immer eine päpstliche. Eine Einrichtung nach Art der Stauropegien gibt es in den Archiepiskopataten nicht. Das Vermögensrecht kennt keinerlei Zuständigkeit des Erzbischofs (IOtemp. can. 258 ff.). Ein allgemeines Devolutionsrecht gegenüber den Metropolitane gibt es nicht (can. 326 §1 n.4). Der Patriarch kann mit Zustimmung der Ständigen Synode laisierte Kleriker wieder in den geistlichen Stand aufnehmen (can. 260 §1 n.2c), sofern es das Partikularrecht vorsieht. Dem Erzbischof kann partikularrechtlich eine solche Befugnis nicht zuerkannt werden, da can. 156 §2 n.2 nur für das Patriarchat einen Vorbehalt macht. Ein sehr großer Unterschied besteht zwischen Patriarch und Erzbischof hinsichtlich der Privilegien, deren der Erzbischof nur wenige hat (can. 332, 333, 334). Der Unterschied macht sich auch im Gerichtswesen bemerkbar. Der Erzbischof ist mit seiner Ständigen Synode nicht in ordentlicher Weise zur Aburteilung von Bischöfen zuständig (IOiud. can. 17 §2).

Das Archiepiskopat hat auch keine vollständige eigene Kurie. Es hat lediglich eine Ständige Synode, ein eigenes

Gericht und einen eigenen Ökonom(can.327 §2 n.1,329). Kurienbischöfe, einen eigenen Kanzler sowie einen wissenschaftlichen Beirat gibt es in der Kurie des Erzbischofs nicht.

Die unterschiedliche Rechtsstellung von Patriarch und Erzbischof wirkt sich auch auf die Metropoliten des Patriarchats bzw. des Archiepiskopats aus. Die umfangreichen Befugnisse des Patriarchen haben zur Folge, daß den unterstellten Metropoliten nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung zukommt. Mit den freien Metropoliten verhält es sich umgekehrt. Da sie unmittelbar unter dem Papst stehen, kommt ihnen alles zu, was weder dem Papst noch den Bischöfen obliegt. Die Metropoliten eines Archiepiskopats nehmen eine Mittelstellung ein. So hat die fehlende Gerichtsgewalt des Erzbischofs in Kriminalsachen zur Folge, daß die Delikte der Metropoliten nur von den päpstlichen Gerichten abgeurteilt werden können. Devolutionsrechte des Patriarchen(can.249 §1 n.3) stehen im Archiepiskopat nicht dem Erzbischof, sondern den Metropoliten zu(can.320 §1 n.1). Der Erzbischof ist insoweit nur zuständig, wenn ein Metropolitansitz vakant ist(can.326 §1 n.4). Die Rechte der freien Metropoliten gehen noch weiter(can.320 §2 n.1: "Metropolitae, non subjecto insuper competit"). Sie können Provinzial- und Plenarsynoden abhalten(can.340 §§2,4), Bischofskonferenzen einberufen(can.351), die Regionalgerichte besetzen(10iud.can.38 §2) usf.

Etwas schwierig ist die Frage zu beantworten, welche Metropoliten das Pallium tragen. Can.321 bestimmt für die Metropoliten außerhalb eines Patriarchats, also für die freien und die einem Erzbischof unterstellten Metropoliten, daß sie binnen drei Monaten ab Empfang der Bischofsweihe um das Pallium nachzusuchen haben. Das Pallium ist das Zeichen ihrer Metropolitangewalt und sein Besitz Voraussetzung für die Ordination von Bischöfen. Wie aber ist es mit den Metropoliten eines Patriarchats? Tragen sie nicht auch das Pallium als Zeichen ihrer Metropolitangewalt? Haben sie etwa gar keine eigentliche

Metropolitangewalt? Ist bei ihnen der Besitz des Palliums nicht Voraussetzung für die Ordination von Bischöfen, die doch auch ihnen zusteht(can.319 n.1)?

Das Gesetz gibt auf alle diese Fragen keine Antwort. Es spricht in can.321 ausdrücklich nur von den Metropolitene außerhalb des Patriarchats. Unbestreitbar besitzen auch die Metropoliten eines Patriarchats echte Metropolitangewalt. Auch bei ihnen ist der Besitz des Palliums Voraussetzung für eine erlaubte Ordination von Bischöfen. Ist es doch selbst dem Patriarchen nicht gestattet, vor dem Empfang des Palliums Bischöfe zu ordinieren(can.238 §3)! Demnach müßten auch die Metropoliten eines Patriarchats das Pallium tragen.

Ebenso sprechen grundsätzliche Erwägungen dafür, daß auch die Metropoliten eines Patriarchats das Pallium tragen. Der Unterschied zwischen den Metropoliten eines Patriarchats und eines Archiepiskopats ist nicht so groß, daß eine solche Differenzierung, wie sie die Vorenthaltung des Palliums darstellen würde, gerechtfertigt wäre. Es ist auch unter dem Patriarchen noch Platz für Metropoliten, die, von Einzelheiten abgesehen, den Metropoliten eines Archiepiskopats durchaus gleichgestellt werden können. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Metropoliten eines Patriarchats bei aller Unterordnung dennoch Rechte haben, die nicht einmal den lateinischen Metropoliten zukommen(can.319 n.1). Es ist nicht gut denkbar, daß es echte Metropoliten ohne Pallium geben sollte.

Die gesetzliche Regelung kann nicht anders erklärt werden, als daß das Gesetz eine "Lücke" enthält. Der Satz, daß das Pallium die Metropolitangewalt symbolisiert und diese in vollem Umfang erst nach der Verleihung des Palliums ausgeübt werden darf, gilt allgemein(CIC can.276). Daher muß das Pallium auch von den Metropoliten eines Patriarchats getragen werden.



